

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



MPIfG Discussion Paper 13/1

Alternative Geldkonzepte – ein Literaturbericht

Philipp Degens



Philipp Degens
Alternative Geldkonzepte – ein Literaturbericht

MPIfG Discussion Paper 13/1
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
February 2013

MPIfG Discussion Paper
ISSN (Print)
ISSN (Internet)

© 2013 by the author

Philipp Degens is a research fellow in the Department for Cooperative Studies at the University of Cologne.

philipp.degens@uni-koeln.de

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Abstract

In the present economic and financial crisis, alternatives to the current money system have increasingly become the subject of debate. This paper reviews the literature on selected alternative concepts of money. It identifies approaches that complement the established system with parallel currencies and seek to reduce its dysfunctions at the local and regional level. It then discusses various proposals for a comprehensive reform of the system, which involve controlling the quantity of money either centrally by strengthening central banks, or decentrally via the market. Finally, it shows how the concepts differ regarding how they analyze the problem, which functions of money they focus on, where they identify levels and mechanisms of control, and what their fundamental objectives are.

Zusammenfassung

In der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise werden wieder vermehrt Alternativen zum bestehenden Geldsystem diskutiert. Das vorliegende Discussion Paper bietet einen Literaturüberblick zu ausgewählten alternativen Geldkonzepten. Zum einen werden Ansätze der Systemergänzung durch Komplementärwährungen identifiziert, welche meist auf lokaler oder regionaler Ebene Dysfunktionalitäten des staatlichen Geldes ausgleichen wollen. Zum anderen werden verschiedene Vorschläge zur umfassenden Systemreform diskutiert, bei denen die Steuerung der Geldmenge entweder zentral durch gestärkte Zentralbanken oder dezentral durch die Marktteilnehmer selbst vorgesehen ist. Der vorliegende Bericht zeigt, inwieweit die dargestellten Konzepte sich im Hinblick auf die ihnen zugrunde liegende Problemanalyse, auf die Bedeutung der verschiedenen Geldfunktionen, auf die Steuerungsebenen und -mechanismen sowie ihrer grundlegenden Zielsetzungen unterscheiden.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Zur Kritik am vorherrschenden Geld- und Finanzsystem	4
	2.1 Geldmengensteuerung	7
	2.2 Inflation, Finanzmarktspekulation und Blasen	9
	2.3 Wachstumszwang	11
	2.4 Zinssystem	12
3	Alternative Geldkonzepte zwischen Systemreform und Systemergänzung	14
	3.1 Vorab: Impulse zur Erhöhung der Geldumlaufgeschwindigkeit	14
	3.2 Systemergänzung durch Komplementärwährungen	15
	3.2.1 Zivilgesellschaftliche Komplementärwährungen	17
	3.2.1.1 Typ I: LETS und Tauschringe	18
	3.2.1.2 Typ II: Zeitwährungen und <i>Time Banks</i>	21
	3.2.1.3 Typ III: Regionalgelder	23
	3.2.1.4 Typ IV: Komplementärwährungen unter direkter kommunaler Beteiligung	25
	3.2.2 Von Unternehmen herausgegebene Komplementärwährungen	26
	3.2.2.1 B2C: Bonusmeilen und Paybacksysteme	27
	3.2.2.2 B2B: Barter-Club-Verrechnungssysteme	27
	3.3 Systemreform	29
	3.3.1 Zentrale Steuerung der Geldschöpfung	30
	3.3.1.1 100%-Geld und Chicago-Plan: <i>Full Reserve Banking</i>	31
	3.3.1.2 Vollgeld und Monetative: Wiederherstellung des staatlichen Geldregals	33
	3.3.1.3 Ressourcendeckung	36
	3.3.1.4 Mehrgeldsteuer	38
	3.3.2 Währungspluralismus	39
	3.3.2.1 Denationalisierung des Geldes und <i>Free Banking</i>	40
	3.3.2.2 <i>Ecology of Money</i> und Demokratisierung von Währungen	43
	3.3.2.3 Weltwährungen	45
	3.3.2.4 Parallele Staatswährungen	48
	3.3.3 Freigeld	50

4	Vergleich der Konzepte anhand ausgewählter Merkmale	52
4.1	Reichweite: Ausbreitung und Teilnehmerkreis	54
4.2	Geldfunktionen	55
4.2.1	Tauschmittel (<i>medium of exchange</i>)	56
4.2.2	Recheneinheit und Wertmaßstab (<i>unit of account</i>)	56
4.2.3	Wertaufbewahrung (<i>store of value</i>)	57
4.2.4	Vergemeinschaftung	58
4.3	Geldmedium und Geldschöpfung	59
4.3.1	Medium	59
4.3.2	Mechanismen und Ebenen der Geldschöpfung	59
4.3.2.1	Ebene	59
4.3.2.2	Deckung	61
4.4	Finanzierung und Kostendeckung	61
4.5	Zielsetzung	62
5	Fazit	65
6	Literatur	67

Alternative Geldkonzepte – ein Literaturbericht

1 Einleitung

Nicht zuletzt die gegenwärtige Finanz- und Staatsverschuldungskrise und der mit ihr verbundene Vertrauensverlust in das (national-)staatliche Geldsystem haben zu einem gesteigerten Interesse an alternativen Wirtschafts- und Geldformen beigetragen. Das herkömmliche System (national-)staatlichen Geldes befindet sich in einer systemischen Krise, insofern politisches Handeln augenscheinlich von den Finanzmärkten bestimmt wird. In der öffentlichen Wahrnehmung verlieren Staaten demnach die Steuerungsfähigkeit über eines der wichtigsten, wenn nicht des wichtigsten Instruments moderner Marktwirtschaften: das Geld.

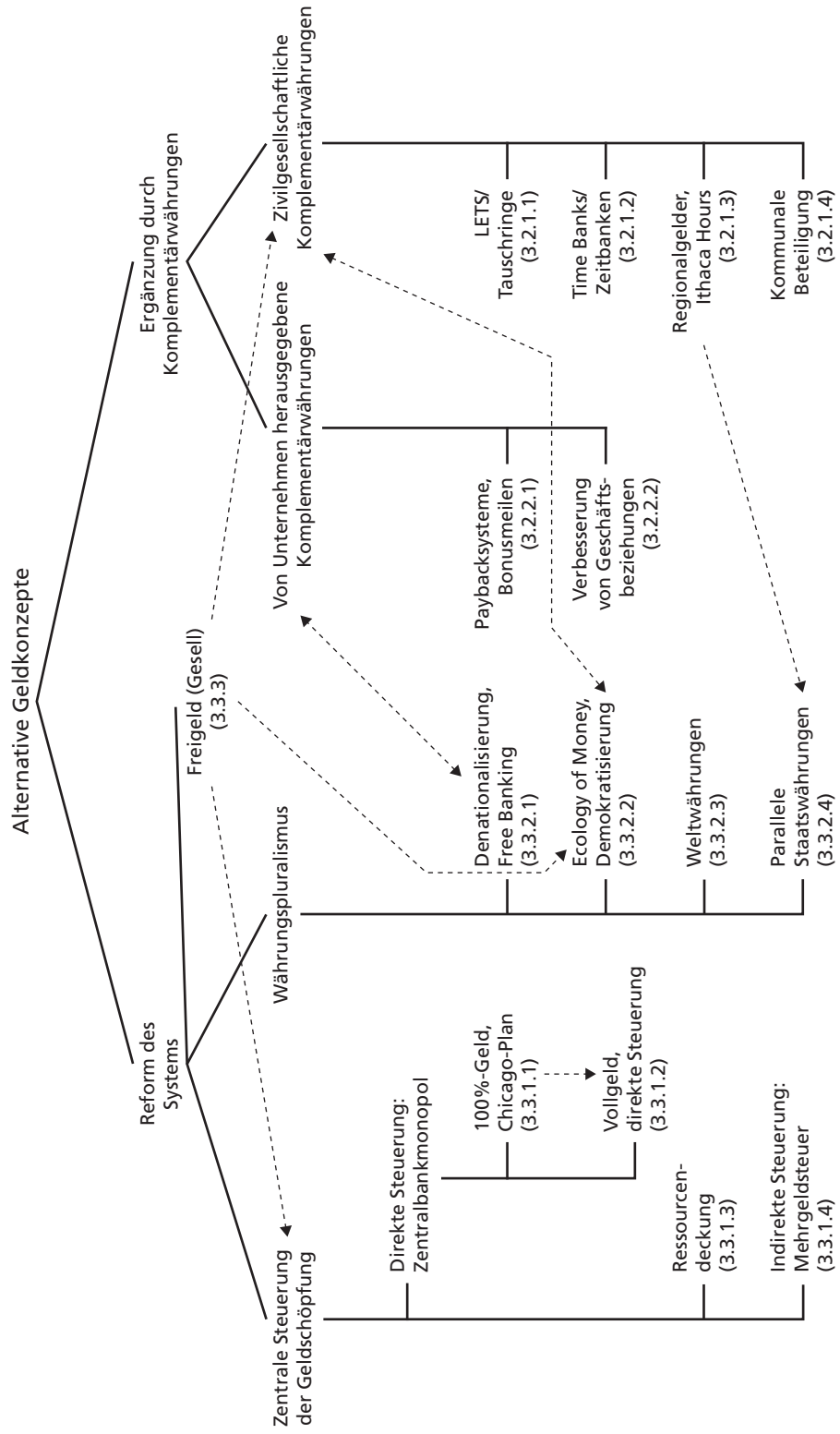
Wie stets in Zeiten großer Krisen werden daher Alternativen diskutiert. Der vorliegende Literaturbericht bietet einen Überblick über ausgewählte alternative Geldkonzepte. Unter den Konzepten finden sich solche, die eine konsequente Reform der Institution Geld beziehungsweise des Geldsystems darstellen, darüber hinaus aber auch Praxisbeispiele für alternative Gelder, welche meist auf lokalem oder regionalem Niveau eingeführt werden. Diese haben weniger die Änderung der staatlichen Geldordnung zum Ziel, sondern sehen sich als lokale Ergänzung.

Die vorgenommene Literaturobwertung basiert auf wirtschafts-, sozial- und politikwissenschaftlichen Veröffentlichungen, die sich nicht ausschließlich aus einer monetären Perspektive mit alternativen Geldformen beschäftigen. So werden beispielsweise lokale Geldformen als Teil einer sozialen Bewegung oder Instrument ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens gesehen. Der Bericht schließt neben dezidiert wissenschaftlichen Quellen auch stärker praxisnahe Darlegungen, Webseiten und Schriften mit ein.¹

Der Autor und das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung danken der Schmölders-Stiftung, die das Projekt „Alternative Geldkonzepte“ förderte.

1 Unter der verwendeten Literatur stehen zwei Zeitschriften hervor, da sie sich seit vielen Jahren dezidiert mit Themen komplementärer und alternativer Gelder befassen: Die deutschsprachige Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfsÖ; www.zfsö.de) gibt fast jedes Jahr mehrere Artikel zu alternativen Geldkonzepten heraus; das International Journal of Community Currency Research (IJCCR; www.ijccr.net) ebenfalls. Dieses konzentriert sich aber verstärkt auf regionale Ansätze und weniger auf Reformen des Staatsgeldes selbst. Diese beiden Zeitschriften bieten zahlreiche Artikel zu einzelnen Systemen und Länderberichte und sind darüber hinaus Ort zahlreicher Debatten.

Abbildung 1 Alternative Geldkonzepte; wesentliche Einflüsse sind durch die gestrichelten Linien gekennzeichnet



Zum Vorgehen: Zunächst soll in Abschnitt 2 ein kurzer Überblick über verschiedene Ansatzpunkte der Kritik am vorherrschenden Geld- und Finanzsystem geboten werden, auf denen die anschließend betrachteten Konzepte in unterschiedlichem Maße aufbauen. Dann werden in Abschnitt 3 zum einen Möglichkeiten der Systemergänzung durch Komplementärwährungen dargelegt. Zum anderen werden Reformansätze vorgestellt, die das Geldsystem grundlegend zu verändern vorschlagen. Abbildung 1 bietet einen grafischen Überblick über die vorgestellten alternativen Geldkonzepte; wesentliche Einflüsse sind durch die gestrichelten Linien gekennzeichnet.

Bei den Konzepten der Systemergänzung finden sich viele verschiedene Ansätze komplementärer Geldformen, die grundsätzlich neben staatlichem Geld existieren und teilweise an dieses gekoppelt sind (vgl. Abbildung 1). Zu diesen Formen gehören zivilgesellschaftlich getragene Komplementärwährungen wie Tauschringe und Local Exchange Trading Systems (LETS), Time Banks (Zeitbanken), Regionalgelder und unter direkter kommunaler Beteiligung entstandene Komplementärwährungen. Solche Komplementärgeldformen entstehen unter anderem vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Umgestaltung des globalen Wirtschaftssystems hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise und sehen sich als regionale Antworten auf globale Fragen. Ein zweiter Hintergrund sind die enormen technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, die neue Formen von Geld und Geldäquivalenten möglich machen. E-Gelder, elektronische Zahlungssysteme, aber auch virtuelles Cybergeld innerhalb von Computerspielen, welches real gehandelt wird, zählen zu diesen Innovationen. Viele Firmen nutzen Paybacksysteme, Flugmeilen oder Rabattmarken zur Kundenbindung. Auch können Unternehmen ihre Geschäftsbeziehungen verbessern, indem sie gegenseitige Kreditsysteme nutzen. Solche von Unternehmen herausgegebenen kommerziellen Komplementärwährungen können zyklische Schwankungen verringern.

Hinsichtlich der Systemalternativen werden unterschiedliche Ansätze vorgestellt, welche ausgehend von ihren spezifischen Problembestimmungen und -analysen unterschiedliche Lösungsansätze erkennen (in der Abbildung links). Darunter fallen ältere und neuere Ansätze zur Reform der Geldschöpfung. Diese schließen das auf Irving Fisher und die Chicagoer Ökonomen zurückgehende Konzept des 100%-Geldes sowie das darauf aufbauende Vollgeldkonzept von Joseph Huber und James Robertson mit ein. Auch finden sich verschiedene Vorschläge zur Rückkehr zu einem wertgedeckten Geld, wobei oft keine Wiedereinführung des Goldstandards, sondern eine Deckung durch andere endliche ökologische Ressourcen angestrebt wird. Hierzu gehören auch Überlegungen, die Geldmengenentwicklung an Emissionsquoten zu binden. Auch Vorschläge zur indirekten Steuerung der Geldmenge in Form der Erhebung einer Mehrgeldsteuer von Dirk Solte und anderen werden beschrieben. Andere Reformideen stellen die Vorherrschaft staatlichen Zentralbankgeldes infrage. Hierzu gehören libertäre Konzepte zum Währungswettbewerb wie der von Friedrich von Hayek und anderen Vertretern von *Free Banking*, aber auch Überlegungen einer *Ecology of Money*, einer Form des Pluralismus von Währungen, die auf unterschiedliche Geld-Bedürfnisse zwischen der lokalen und internationalen Ebene eingeht. Auch werden ergänzende Weltwährungen gefor-

dert. Daneben finden sich, wie jüngst am Beispiel Griechenlands, verschiedene Forderungen nach parallelen Staatswährungen. Ein dritter Strang der Reformvorschläge zielt nicht so sehr auf eine Wertdeckung oder die Geldmengensteuerung ab, sondern auf eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit durch Negativzinsen. Solche Ansätze folgen dem Freigeldkonzept, das Silvio Gesell Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt hat. Die grundlegende Idee eines Negativzinses wird innerhalb vieler Konzepte diskutiert. Im Gegensatz zu den Komplementärwährungen sind die meisten der Reformvorschläge nicht oder nur in geringem Umfang in die Tat umgesetzt worden.

Abschnitt 4 führt die verschiedenen Konzepte aus einer vergleichenden Perspektive zusammen, indem ausgewählte Merkmale diskutiert werden, welche für eine mögliche Typologie von Geldern und Geldreformkonzepten und für die Möglichkeit ihrer Beurteilung als nützlich erachtet werden. Der Bericht schließt in Abschnitt 5 mit einem kurzen Fazit.

2 Zur Kritik am vorherrschenden Geld- und Finanzsystem

Im Folgenden wird zunächst eine kurze Beschreibung des gegenwärtigen Systems der Geldschöpfung gegeben. Diese Vorbemerkung ist wichtig, weil die verschiedenen alternativen Konzepte auf unterschiedlichen Annahmen in Bezug auf das gegenwärtige System beruhen und keinen einheitlichen Geldbegriff nutzen. Es gibt „no common view of what counts as ‚money‘ in a more general sense“ (Dodd 2005a: 387). Dodd selbst unterscheidet drei Formen heutzutage zirkulierenden Geldes: staatliche Währungen, private E-Gelder und Geldformen lokaler Gemeinschaften.² Geldbegriffe unterscheiden sich unter anderem darin, welche dieser und anderer Geldformen sie tatsächlich als Geld anerkennen und darin, welche Funktionen sie Geld zuschreiben. Auch können Analysen von Geld und alternative Geldkonzepte anhand der jeweiligen Bedeutung differenziert werden, die sie den Funktionen zuschreiben. Zu den wesentlichen Funktionen zählen die des *unit of account*, *medium of exchange* und *store of value*.³ Allgemein lässt sich dabei feststellen, dass Geld vorwiegend als Tauschmittel betrachtet wird und die weiteren Geldfunktionen aus der Tauschmittelfunktion abgeleitet werden (vgl. Ingham

2 Dodd weiter: „It seems that the problem today is not that we cannot agree on a definition of money, but rather that no single definition of money will suffice.“ Er sieht insofern eine „de-territorialization“ von Geld, als elektronisches Geld und alternative Geldformen in den letzten Jahrzehnten neben das staatliche Geld gerückt seien. Ingham hingegen kritisiert die Vorstellung, eine solche „monetäre Fragmentierung“ sei etwas historisch Neues (Ingham 2007).

3 Manche Autoren identifizieren darüber hinaus weitere Geldfunktionen. Mikl-Horke differenziert zwischen Tausch- und Zahlungsmittelfunktion: „Als Geld wird heute im Allgemeinen bezeichnet, was bestimmte Funktionen erfüllt: die Tauschfunktion, die Funktion als Wertmaßstab sowie als Mittel der Wertaufbewahrung und als Zahlungsmittel“ (Mikl-Horke 2011: 190).

2002: 124; Schmölders 1968: 29).⁴ „To serve as a widely accepted medium of exchange is the only function which an object must perform to qualify as money, though a generally accepted medium of exchange will generally acquire also the further functions of unit of account, store of value, standard of deferred payment, etc.“ (Hayek 1990: 55). Im Gegensatz dazu betont Ingham in Keynes'scher Tradition, dass Geld vor allem ein „measure and bearer of abstract value“ sei (Ingham 2002: 124), damit vor allem einen Wertmaßstab und eine Recheneinheit darstelle.⁵ Betrachtet man vornehmlich die Tauschmittelfunktion, lassen sich deutlich mehr Begriffe beziehungsweise Wertgegenstände unter dem Überbegriff Geld subsumieren, als wenn die Wertmaßstabsfunktion zur *differentia specifica* erklärt wird. Ingham spricht nur dann von „full money“, wenn alle Funktionen erfüllt werden (Ingham 2004: 185).

In der Literatur herrscht darüber hinaus Uneinigkeit insbesondere hinsichtlich der Bedeutung der Geldschöpfung durch Zentral- und Geschäftsbanken. Dabei ist eine Unterscheidung von exogenem und endogenem Geld wesentlich. Geld ist insofern exogen, als es für die handelnden Marktteilnehmer als von außen, in der Regel vom Staat oder der Zentralbank gegeben und seine Schöpfung nicht direkt beeinflussbar ist. Dem stehen Konzeptionen endogenen Geldes gegenüber, also Geldes, das von den Marktteilnehmern selbst geschöpft werden kann.⁶ Alternative Geldkonzepte können nun grundsätzlich a) endogenes oder exogenes Geld fordern und b) in ihrer Analyse des gegenwärtigen Systems von endogenem oder exogenem Geld ausgehen.

In Lehrbüchern zur Geldpolitik wird das heutige fraktionale System oft als letztlich exogen bezeichnet, da die Geldmenge von der Zentralbank indirekt gesteuert wird. Das System heißt fraktional, da Geschäftsbanken Kreditgeld unter Berücksichtigung eines bestimmten Anteils an Mindestreserven bei der Zentralbank selbstständig schöpfen können.⁷ In diesem System wird Geld durch Kredite geschöpft, indem „die Kreditinstitute zusätzliche Aktiva im Geschäft mit Nichtbanken aufbauen und letzteren dafür Bankguthaben einräumen“ (Gischer et al. 2012: 71).⁸ Grundlage für den Geldschöpfungs-

4 Diese Sichtweise baut auf Carl Mengers Konzeption von Geld als handelbarer Ware auf; vgl. dazu Ingham (2004: 22f.).

5 Zu den in der ökonomischen Theorie verbreiteten Vorstellungen einer Evolution von einer geldlosen Tauschwirtschaft hin zu einer Geldwirtschaft kritisch Graeber (2012) sowie Ingham (2004: 89–106), die beide auf die historische Fehlerhaftigkeit solcher Vorstellungen verweisen.

6 Wie in Abschnitt 3.2 gezeigt wird, lässt sich die Unterscheidung zwischen endogener und exogener Geldschöpfung auf niedrigerer Ebene darüber hinaus auch fruchtbar bei nicht staatlichen Komplementärwährungen nutzen, indem zwischen Geldschöpfung durch eine zentrale Instanz und durch die Mitglieder selbst unterschieden wird.

7 Zur Unterscheidung der verschiedenen Geldmengenaggregate M0 (Geldbasis, also Bargeld und Guthaben bei der Zentralbank), M1 (Geldbasis plus Giralgeld), M2 (M1 plus Spareinlagen und Termineinlagen), M3 (M2 zuzüglich verbriefteter Forderungen) vgl. Huber (2011: 12).

8 Dieses Schöpfen von Kreditgeld macht eine Eigenart des Gutes Geld aus, die schon Joseph Alois Schumpeter beschreibt: „Kein Anspruch auf Schafe kann die Zahl der Schafe vergrößern. Aber eine Einlage, obwohl sie rechtlich nur einen Anspruch auf gesetzliche Zahlungsmittel darstellt, dient innerhalb sehr weiter Grenzen den gleichen Zwecken, denen dies Geld selbst dienen könnte.“

prozess durch Banken stellt die sogenannte Geldbasis dar, das Zentralbankgeld, welches aus dem Banknoten- und Münzumsatz sowie den Zentralbankkrediten der Kreditinstitute bei der Zentralbank besteht (Gischer et al. 2012: 69). Nimmt eine Geschäftsbank einen Zentralbankgeldkredit auf oder verkauft Wertpapiere an die Zentralbank, kann sie zunächst dieses Geld als Kredit verleihen, indem ein Kunde Kredit erhält. Verwendet der Kunde den Kredit nun, indem er Ausgaben tätigt, fließt Basisgeld ab, beispielsweise durch Bargeldabhebung oder durch Übertragung an eine andere Bank. Wenn das Basisgeld innerhalb des Bankensystems verbleibt (indem das Bargeld bei einer anderen Bank eingezahlt oder als Zentralbankgeldguthaben zwischen den Banken übertragen wird), kann ein neuer Kredit vergeben und somit neues Geld geschöpft werden (vgl. Gischer et al. 2012: 70–76). Die Gesamtgeldmenge entspricht einer um den Faktor des Geldangebotsmultiplikators vervielfachten Menge des Basisgeldes. Begrenzungen für die Geldschöpfung einer Geschäftsbank bestehen insbesondere durch Mindestreservpflichten, Eigenmittelanforderungen bei risikobehafteten Geschäften sowie die notwendige Bargeldhaltung, um Barabhebungswünsche erfüllen zu können. Durch eine Vielzahl technischer Entwicklungen ist der Anteil des Bargeldes im Zahlungsverkehr in den letzten Jahrzehnten enorm gesunken. Bargeld wurde durch Schecks, Überweisungen (darunter Daueraufträge und Lastschriften), Kredit- und Debitkarten oder Geldkarten⁹ sowie Zahlungen über das Internet ersetzt. „Für den Geldschöpfungsprozess hat dies folgende Konsequenzen: Der rückläufige Bargeldeinsatz reduziert die Bargeldhaltungsquote, erhöht dadurch den Multiplikator, reduziert damit die mengenmäßige Bedeutung des Zentralbankgeldes und macht deshalb andere Einflüsse temporär wichtiger“ (Gischer et al. 2012: 79). Gischer et al. betonen deutlich, dass diese Einflüsse lediglich temporärer Natur sind. „Langfristig hat die Zentralbank einen so starken Einfluss auf die Geldmenge, dass wir in den späteren makroökonomischen Kapiteln meist einfach unterstellen werden, die Zentralbank kontrolliere die Geldmenge“ (Gischer et al. 2012: 75). Die Notenbank kann die Geldmenge somit – wenn auch indirekt – steuern, indem sie die Konditionen der Zentralbankgeldbereitstellung vorgeben kann. Grundlage dafür ist ihre Monopolstellung, „als einzige Quelle Zentralbankgeld ausgeben zu können, d.h. ein Zahlungsmittel, das nicht durch andere Aktiva substituiert werden kann und nicht in andere Zahlungsmittel eingelöst werden muß“ (Issing 2007: 93).

Banken ‚schöpfen‘ natürlich keine gesetzlichen Zahlungsmittel, und noch weniger ‚schöpfen‘ sie Maschinen. Sie tun jedoch etwas – vielleicht ist dies leichter im Falle der Ausgabe von Banknoten zu verstehen –, das in seinen ökonomischen Auswirkungen der Schöpfung von gesetzlichen Zahlungsmitteln sehr nahe kommt und das zur ‚Schöpfung‘ von ‚Sachkapital‘ *führen kann*, das ohne diese Handlung nicht geschaffen werden kann. Dies aber ändert die analytische Situation grundsätzlich und macht es sehr unratsam, den Bankkredit anhand des Modells existierender Mittel zu erklären, die durch einen völlig imaginären Sparvorgang von ihren früheren Verwendungen abgezogen und dann von ihren Eigentümern ausgeliehen werden. Es ist realistischer zu sagen, daß die Banken ‚Kredit schöpfen‘, d.h. daß sie im Kreditgewährungsakt Depositen schöpfen, als zu behaupten, daß sie die ihnen anvertrauten Depositen ausleihen“ (Schumpeter 1965: 1352).

- 9 Geldkarten sind ein sehr enges Substitut für Bargeld, da die Aufladung einer Geldkarte zugleich eine Belastung des Sichtguthabens bedeutet. Mit einer Geldkarte zu zahlen bedeutet somit keine weitere Belastung eines Kontos. Dieses relativ junge Medium wurde daher von der Europäischen Zentralbank (EZB) als „Elektronisches Geld“ definiert (Gischer et al. 2012: 78).

In der Diskussion finden sich allerdings erhebliche Zweifel am tatsächlichen Bestehen dieses Monopols, zumal das Zentralbankgeld eine immer geringere Rolle im gesamten Finanzsystem spielt (vgl. Becker 2005). „Das staatliche, von Zentralbanken emittierte Geld [macht] nur einen Bruchteil der im privaten Geschäftsverkehr von den Marktteilnehmern selbst ersonnenen und akzeptierten beziehungsweise kreditär generierten Geldsubstitute aus“ (Paul 2009: 261). Benjamin Friedman befürchtete um die Jahrtausendwende, dass das Zentralbankmonopol wegen der technischen Innovationen (weiter) an Relevanz verlieren und die Fähigkeit der Zentralbanken, Zinssätze zu beeinflussen, verloren gehen könnte (Friedman 1999). Er sieht geringe Regulierungsmöglichkeiten, da jede Ausweitung der Regulierung mit der Nutzung neuer privater Gelder oder Geldsubstitute beantwortet werden kann. Er befürchtet somit ein „regulatory race, in which the monetary authorities in each country continually expanded the coverage of reserve requirements to blanket new issuers of what amounts to money, while the issuers of private monies responded by continually changing their product in order to evade each new set of expanded requirements“ (Friedman 1999: 329).

Am fraktionalen Reservesystem wird unterschiedliche Kritik geäußert. Aus zwei verschiedenen Perspektiven wird zunächst die Geldmengensteuerung kritisiert (2.1). Einerseits wird bemängelt, dass die Steuerbarkeit der Geldmenge durch die Zentralbank faktisch nicht (mehr) gegeben ist, was eine Exogenisierung erforderlich macht. Andererseits wird gerade die Geldmengensteuerung durch Zentralbanken als Problem ausgemacht, da diese aus Gründen politischer Opportunität das Ziel der Geldwertstabilität aus den Augen verlieren. Trotz unterschiedlicher Erklärungen münden diese Sichtweisen im selben Resultat: Das bestehende System erzeugt Inflation, Blasen und Krisen (2.2). Grundlegendere Kritik wird an einem als inhärent angesehenen Wachstumszwang unseres Wirtschafts- und Geldsystems geäußert (2.3). Als Ursache dieses Wachstumszwangs und steigender sozialer Ungleichheit wird der Zinsmechanismus festgemacht, welcher abschließend gesondert thematisiert wird (2.4).

2.1 Geldmengensteuerung

Ein großer Teil der Kritik am vorherrschenden Geldsystem setzt an den Mechanismen der Geldschöpfung und ihrer Kontrolle an. In einem fraktionalen Reservesystem können, wie beschrieben, Zentralbanken die Geldmenge indirekt steuern, indem sie etwa den Leitzins festlegen, zu dem sich Geschäftsbanken Zentralbankgeld leihen können.

Eine erste Kritik an diesem System bezieht sich auf die Tätigkeit der Zentralbanken, insbesondere an einer Politisierung der Geldmengensteuerung. Der zentrale Vorwurf lautet, dass Zentralbanken durch laxer Geldmengensteuerung selbst zu einer Aufblähung der Geldmenge beitragen, welche letztlich zu einer erhöhten Blasenbildung und Krisenanfälligkeit führt (Paul 2012: 19f.; zur dahinterliegenden Vorstellung einer rein exogenen Schöpfung von Geld durch Zentralbanken S. 27f., 147f.). Diese Kritik kann sich

somit an die Politisierung der Zentralbanken oder aber, radikaler, an das Zentralbanksystem als solches richten (vgl. Hayek 1990). So wird argumentiert, dass die Komplexität des dezentralen Wirtschaftssystems eine effiziente Steuerung über eine zentrale Instanz unmöglich macht. Weil also die Geldmenge nicht vernünftig steuerbar sei, lautet eine Schlussfolgerung, dass das Monopol zur Geldschöpfung gebrochen werden und an seine Stelle ein Free-Banking-System eingeführt werden solle (vgl. 3.3.2.1). Eine andere, oftmals mit Free Banking kombinierte Forderung ist die Rückkehr zu einem wertgebundenen Geld, konkret meist nach einer Rückkehr zum Goldstandard. Denn während im Goldstandardregime die Wertbindung prinzipiell für restriktive Geldpolitik sorgte, entfielen mit dem Übergang zum Fiatgeldsystem jegliche Grenzen der Ausweitung des Geldangebotes durch Zentralbanken (White 2011: 499).

Der zweite Kritikstrang bezweifelt das Monopol der Zentralbanken und beruft sich auf die Möglichkeiten multipler Giralgeldschöpfung (Buchgeldschöpfung) durch Geschäftsbanken. Dieser Sichtweise zufolge sind nicht die Zentralbanken mit unverantwortlicher Politik die Ursache für die Geldmengensteigerung, sondern ihre systemisch bedingte Unfähigkeit, die Geldmenge überhaupt steuern zu können. Denn der größte Teil der umlaufenden Menge aus Zentralbankgeld und Geldsurrogaten wird von den Geschäftsbanken, somit endogen, also von den Marktteilnehmern selbst, geschöpft (vgl. Smithin 2006; Huber 2011; Paul 2012: 127).¹⁰ Damit sei eben dieses fraktionale Reservesystem mit der Möglichkeit multipler Geldschöpfung der Banken die „monetäre Ursache der *finanziellen* Gründe der Banken- und Staatsschuldenkrise“ (Huber 2012: 31). Hier kommen zwei Kritikpunkte zusammen. Einerseits befördere der Geldschöpfungsmechanismus solche Krisen, andererseits werden die Kosten dieser Krisen ungerecht verteilt: Die „Vorteile der Geldschöpfung [sind] weitgehend privatisiert, während die damit verbundenen Risiken und Lasten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden“ (Verein Monetäre Modernisierung 2012: 8).

Als Konsequenz der multiplen Giralgeldschöpfung hat sich in dieser Sichtweise das Wachstum der monetären Sphäre von der realwirtschaftlichen Entwicklung entkoppelt (Huber 2012: 34). Vermögen wachsen bedeutsam schneller als die Gesamtwirtschaft. Symptom dieses Prozesses ist die Inflation von Vermögenswerten, die sich wiederkehrend in Preisen von Aktien, Immobilien und Rohstoffen zeigt und sich schließlich in der Blasenbildung an Finanzmärkten ausdrückt (Huber/Robertson 2000, 2008). Die Geldmenge M1 besteht zu knapp 20 Prozent aus Zentralbank- und zu 80 Prozent aus

10 In der Literatur herrscht allerdings Uneinigkeit über die Vorstellung einer Giralgeldschöpfung, zumal „aus dem Nichts“, welche beispielsweise von Creutz kritisiert wird (Creutz 2005a: 22, 2011: 31, ausführlich 1993: 158–164). Creutz nutzt in seiner Kritik einen engeren Geldbegriff, der lediglich Münzen und Banknoten (M0) umfasst. Daher hält er eine Forderung, Geldschöpfung in die öffentliche Hand zu legen, für obsolet. Im Gegensatz dazu Paul: „Wenn das Geld also dem Kredit entspringt – und wenigstens in Hinblick auf unsere gegenwärtige Geldverfassung scheint mir kein anderer Schluß erlaubt [...]“ (2012: 187). Zu dieser Diskussion vgl. Löhr (2011b).

Geschäftsbankengeld (Huber 2012: 10); M3¹¹ wird schätzungsweise zu mehr als 97 Prozent privat erzeugt, also überwiegend durch private Kreditinstitute. Solte spricht von einer gigantischen Geldblase und einer immer stärkeren Schuldenbasierung der Realwirtschaft, in der die Geldbasis, also das Zentralbankgeld immer weniger Gewicht hat (Solte 2009b). Das Verhältnis der Geldbasis zu verbrieften Geldansprüchen (Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Aktien, Fondsanteile etc.) liege mittlerweile bei weniger als 1:50 (Solte 2009a: 6). Insbesondere technologische Entwicklungen haben zu dieser Situation beigetragen. Bargeldlose Zahlungen und generell Giroguthaben als Zahlungsmittel sind mittlerweile mit großem Abstand meistgenutzte Zahlungsvorgänge.

Huber und Robertson sehen in der privaten Geldschöpfung durch Banken auch deshalb ein Problem, weil Banken durch prozyklische Kreditvergabe Konjunkturzyklen verschärfen:

In Zeiten des Aufschwungs vergeben sie mehr Kredite, in Zeiten des Abschwungs weniger. Das von den Banken über Kredite geschöpfte Geld ist für die Schwankungen der Geldmenge verantwortlich und trägt so erheblich zur Überhitzung und Unterkühlung der Wirtschaft bei. Der derzeitige Mechanismus der Geldschöpfung verstärkt den Boom und verschlimmert die Depression. (Huber/Robertson 2008: 40)

Insbesondere die Assetpreisinflation von Immobilien und Finanztiteln resultiert in einer „Überanlage (aktivisch) und Überschuldung (passivisch)“, was nach dem Platzen der Blase zu einer bilanziellen Schieflage führe, da der „Wert der Aktiva zwar schrumpft, die Schulden aber Schulden bleiben“ (Huber 2012: 37; zur Assetpreisinflation auch Löhr 2011b: 44–46).

Die Möglichkeit der Privatbanken zur Kreditgeldschöpfung erzeuge dabei nicht nur einen eklatanten Mangel an Steuerbarkeit durch den Staat, sondern trage direkt zum Schuldenproblem der Staaten bei: „Heute nehmen Regierungen Schulden in einem Geld auf, dessen Neuschöpfung sie den Banken selbst genehmigt haben und für das sie Zinsen an Banken und Privatpersonen zahlen müssen“ (Huber/Robertson 2008: 17).¹²

2.2 Inflation, Finanzmarktspekulation und Blasen

Wie bereits ersichtlich wurde, lassen sich analog zu den Ansichten über die Geldmengensteuerung verschiedene Stränge zur Erklärung von Inflation und Blasenbildung wiederfinden. Gemeinsam ist diesen Perspektiven, dass die Ursache für viele Krisen im

11 M3 ist gemäß der Definition der EZB das breiteste Geldmengenaggregat, welches Bargeldumlauf, Sichteinlagen, Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist sowie Termineinlagen mit begrenzter Laufzeit von bis zu vier Jahren beinhaltet.

12 Die Bedeutung der Staatsverschuldung als Basis der Nachfrage nach privatbanklichen Krediten betont auch Ingham (2004: 141–144).

derzeitigen Geldsystem gesehen wird, welches nicht in der Lage sei, stabiles Geld hervorzubringen.¹³ Stattdessen komme es zu Inflation und/oder einer Überhitzung der Wirtschaft, die schließlich in Bankrotten und Krisen mündet. Allerdings unterscheiden sich die vorgestellten Perspektiven in der Analyse der dahinter stehenden Mechanismen. Daher tendieren auch Vorschläge für Alternativen in unterschiedliche Richtungen. Ein für diese Untersuchung bedeutender Unterschied ist die Zuschreibung des Problems zu schlechter oder falscher Politik der Notenbanken einerseits, und zur Geldausweitung durch Privatbanken andererseits.¹⁴

Der erste Strang der Kritik richtet sich, und somit kann er der libertären Tradition zugerechnet werden, nicht ausschließlich an die mangelnden Kapazitäten, sondern auch grundlegend an die *benevolence*, also den Willen der Zentralbanken, eine angemessene Geldpolitik zu betreiben (vgl. Hayek 1990; Horwitz 2011). Als Problem wird insbesondere die Politisierung der Geldsteuerung gesehen.¹⁵ Die Geldmengenkontrolle werde unzulässigerweise politischen Zielen wie der (erfolglosen) Senkung der Arbeitslosigkeit oder der Erzielung von Seignioragegewinnen unterworfen (vgl. Hayek 1977). Eine lockere Geldpolitik (etwa starke Ausweitung der Geldmenge durch eine Niedrigzinspolitik in Krisenzeiten) zur Anregung von Wirtschaftswachstum erhöhe langfristig die Krisenanfälligkeit.¹⁶ Wenn Zentralbanken eine Politik lockeren Geldes nutzen, bestehe die Gefahr, dass die monetäre Sphäre zu stark von der realwirtschaftlichen abweiche: „[A] credit-fueled investment boom will run out of juice as the real scarcities of the economy reassert themselves. You can't fool people indefinitely into thinking that investment prospects are better than they really are“ (White 2011: 499). Übermäßige Geldschöpfung kann aus dieser Sicht auch durch die Finanzierung von Haushaltsdefiziten¹⁷ durch die Notenbank (Budgetinflation) oder durch Interventionen der Wechselkurse verursacht werden (vgl. Issing 2007: 221).

Der zweite Strang setzt an der stark eingeschränkten indirekten Geldmengensteuerungsfähigkeit der Banken an. In dieser Perspektive wird den Zentralbanken zwar grundsätzlich der Wille zur Inflationsbekämpfung zugeschrieben, sie werden also als potenziell *benevolente* Planer gesehen, jedoch haben sie nicht (mehr) die Fähigkeiten beziehungs-

13 Schließlich steht Inflation immer im Zusammenhang mit einer Zunahme der (gesamten) Geldnachfrage in Relation zum Angebot. Eine Änderung der Geldmenge (bei konstantem Realprodukt) ist mit einer Änderung des Preisniveaus untrennbar verbunden und somit ein monetäres Phänomen (vgl. etwa Issing 2007: 216–218).

14 Man könnte daher auch von Staatsversagen und Marktversagen sprechen.

15 Im fraktionalen Reservesystem obliegt den Zentralbanken die Inflationskontrolle, da sie Preisstabilität gewährleisten sollen. Nach deutschem Vorbild soll auch die Europäische Zentralbank (politisch) unabhängig sein und in erster Linie der Geldwertstabilität verpflichtet sein (vgl. Gischer et al. 2012: 57–59).

16 Zur laxen Geldpolitik insbesondere der FED unter Greenspan als (Teil-)Ursache der gegenwärtigen Finanzkrise siehe Paul (2012: 20ff.).

17 Regierungen geben in der Regel mehr aus, als sie an Steuern und sonstigen Einnahmen einnehmen, sodass Kreditgeld durch Staatsverschuldung geschöpft wird (zum Wählerklientelismus siehe auch Huber 2012: 35f.).

weise Möglichkeiten, die private Geldschöpfung der Banken zu steuern. Eine solche Steuerung wird als systembedingt unmöglich angesehen. Aufgrund der geringen Geldmengensteuerungskapazitäten ist in dieser Sicht eine Vermeidung von Inflation, wie sie die Zentralbanken zum (Teil-)Ziel haben, praktisch unmöglich und es kommt zu gravierenden Finanzmarktspekulationen und der regelmäßig wiederkehrenden Bildung von Blasen (vgl. Huber/Robertson 2000, 2008). So liegt zwar der Anstieg der Verbraucherpreise durchschnittlich bei lediglich gut zwei Prozent; der Anstieg der Vermögenswerte war über die letzten Jahrzehnte jedoch deutlich höher. Nach Huber handelt es sich bei dieser Assetpreis-inflation um das Entstehen spekulativer Blasen (zum Beispiel Huber 2012: 34f.).

2.3 Wachstumszwang

Das gegenwärtige Wirtschaftssystem ist in besonderem Maße auf Wachstum angewiesen (ausführlich vgl. Freydorf et al. 2012). Manche Kritiker unterstellen eine auf dem Zinssystem basierende Wachstumsnotwendigkeit. Zinsen verursachen demnach zumindest dann einen Wachstumszwang, wenn sie angespart werden und der Zinseszinsmechanismus zum Tragen kommt (Kennedy 2006: 24–26).¹⁸ Das reale Zinsniveau könne nicht dauerhaft größer als die reale Wachstumsrate sein, ohne dass es zu Krisen komme.

Eine Form der Herleitung der Wachstumsnotwendigkeit findet sich bei Binswanger (2009, 1994, 2012; vgl. auch die Beiträge in Verein Monetäre Modernisierung 2012). Das für das Funktionieren des Wirtschaftskreislaufs notwendige Geld wird nur geschöpft, wenn Schulden aufgenommen werden, denn Geld ist zum größten Teil Kreditgeld, das von Geschäftsbanken ausgegeben wird. Die Zinszahlungen auf die Schulden erfordern eine weitere Erhöhung der Geldmenge, da mehr Geld als der ursprüngliche Kredit zur Begleichung der Schulden benötigt wird.¹⁹ Dadurch entsteht Druck auf die Realwirtschaft, die Güterproduktion auszuweiten, um das zu erwirtschaften, was durch den Kredit und die Zinszahlungen eingefordert wird (vgl. die Beiträge in Verein Monetäre Modernisierung 2012).²⁰ Im Wirtschaftskreislauf leiht sich also ein Unternehmer Geld, welches er zur Investition und Produktion und zur Erzielung von Gewinnen nut-

18 Eine ausführliche Kritik an der Vorstellung eines auf dem Zinsmechanismus basierenden Wachstumszwangs findet sich bei Wenzlaff et al. (2012).

19 Binswanger verweist auf die Asymmetrie der Schuldbeziehung, auf der die Geldschöpfung beruht. Schließlich muss der Kreditnehmer nicht nur die Schuld begleichen, sondern auch Zinsen zahlen. „Die Banken hingegen müssen nur einen kleinen Teil der Schuld begleichen, nämlich den (geringen) Teil, der in Banknoten eingelöst wird“ (Binswanger 2012: 16).

20 In ihrer Kritik an dieser These bezeichnen Wenzlaff et al. die Vorstellung des Wachstumszwangs aufgrund der Notwendigkeit, bei einer Kreditgeldschöpfung zusätzlich zum Kredit die Zinsen erwirtschaften zu müssen, als „Denkfalle“, da die Geldzirkulation aus der Analyse ausgeschlossen wird. Auf Basis der Saldenmechanik zeigen sie, wie auch die über die Kreditsumme hinausgehenden Kreditkosten ohne weitere Verschuldung des Kreditnehmers zur Verfügung stehen (Wenzlaff et al. 2012: 9f.).

zen möchte. Nach Binswanger ist es aber gesamtwirtschaftlich unmöglich, dass Unternehmen im Saldo Gewinne erzielen, also „alle zusammen mehr Geld einnehmen als ausgeben“ (Binswanger 2012: 19). Gesamtwirtschaftlich sind Gewinne – welche allein zur Deckung des Risikos notwendig sind – nur möglich, wenn stets neues Geld in den Kreislauf fließt. Dieses Geld entsteht durch Kredite der Unternehmen bei Banken, das sie wiederum investieren und somit zusätzliche Produktionsleistungen einsetzen. Ein darauf basierender Wachstumsdrang²¹ „macht aber nicht bei der Forcierung des realen Wachstums halt“, sondern fördere Spekulation (Binswanger 2012: 21f.). Der Wachstumsdruck auf die reale Wertschöpfung ergibt sich durch die Renditeerwartungen der Finanzvermögenshalter. Die grundlegende Problematik besteht nun in der Endlichkeit der Natur, die dem unendlichen Wachstumsdrang des Geld- und Finanzsystems gegenübersteht. Eine Reduzierung und Qualifizierung des Wachstums erfordert neben einer ökologischen Steuerreform eine Geldreform.

2.4 Zinssystem

Die Kritik am Wachstumszwang sowie die an der wachsenden Ungleichheit und Inflation wird oftmals eingebettet in eine umfassende Kritik des Zinses beziehungsweise des Zinssystems (Kennedy 2006). Solche Kritik geht insofern über die Aspekte mangelnder Steuerung oder mangelnder Steuerungsmöglichkeiten, wie sie bisher vorgestellt wurden, hinaus, als sie eine oftmals als a priori gegebene Eigenschaft des kapitalistischen Geldsystems selbst angreift: den Zins (Guptara 2008). Zinsen müssen zusätzlich zur Kreditsumme gezahlt werden. Somit muss der Kreditnehmer mit seiner Investition einen Überschuss erwirtschaften. Creutz verweist wiederholt darauf, dass Zinsen „durch Abzug vom Arbeitsertrag aufgebracht“ (Creutz in Kennedy 2006: 237) werden müssen und daher einen Mechanismus der Ungleichheit darstellen: Etwa vier Fünftel der Bevölkerung erarbeiten die Zinszahlungen, von welchen circa 10 Prozent der Bevölkerung als Geldbesitzer profitieren (Kennedy 2006: 33f.). Zins fördert Ungleichheit, verteilt Einkommen und Vermögen von unten nach oben (Betz 2005a: 12). Schließlich vermögen Kreditgeber, eine relativ risikolose Kapitalverzinsung zu erzielen, da eine (risikoarme) Geldanlage unabhängig vom tatsächlichen Erfolg des kreditfinanzierten Projekts in der Regel inklusive Zinsen zurückgezahlt wird (Guptara 2008: 80).

Kennedy spricht von „verdeckten“ Folgen des Zinses, weil „[d]ie meisten Menschen glauben, nur dann zinspflichtig zu sein, wenn sie Geld borgen, jedoch keine Zinsen zahlen zu müssen, wenn sie sich nicht verschulden“ (Kennedy 2006: 27). Sie schätzt demgegenüber, dass die Preise für Güter und Dienstleistungen des täglichen Lebensbedarfs

21 Binswanger unterscheidet zwischen einem systemnotwendigen *Wachstumszwang*, den er aus globaler Perspektive auf 1,8 Prozent schätzt (Binswanger 2012, ausführlich 2009) und dem *Wachstumsdrang*, welcher dem Gewinnmaximierungsstreben der Unternehmer entspringt.

durchschnittlich 30 bis 50 Prozent Zinsen enthalten. Daraus folgert sie, dass ein zinsloses Geld die Kaufkraft um 25 Prozent erhöhen würde (Kennedy 2006: 27; Beispiele für verschiedene Preise auf S. 28).

In der herkömmlichen volkswirtschaftlichen Theorie werden über den Mechanismus des Zinses Sparen und Investitionen in Einklang gebracht. Sparer erhalten den Zins als Kompensation für ihren Verzicht auf Konsum, insofern lässt sich der Zins als notwendige Entschädigung der auf der Gegenwartspräferenz beruhenden Unwilligkeit, nicht zu konsumieren, sehen. Zinsen stellen also einen Mechanismus dar, der grundsätzlich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöhen kann, schließlich verteuert der Zins das Horten, indem Opportunitätskosten entstehen. Der Zins enthält dabei verschiedene Komponenten: eine Bankmarge, mit welcher die Bank für ihre intermediäre Funktion entlohnt wird, eine Risikoprämie, da Rückzahlungen ausfallen können, sowie die Liquiditätsprämie nach Keynes oder die soziale Diskontrate in der österreichischen Schule (vgl. Wenzlaff et al. 2012: 8f.).

Eine umfassende Kritik am Zins liefert Silvio Gesell (1916). Seiner Theorie nach entstehen Zinsen vor allem als Entschädigung für den Besitzer von Geld oder Gold. Denn eine Besonderheit der Ware Geld sei ihre Haltbarkeit. Im Gegensatz dazu verursacht die Lagerung von Produkten Kosten, weshalb Produzenten darauf angewiesen sind, ihre Waren abzusetzen. Zurückhalten von Geld, also das Entziehen von Geld aus dem Wirtschaftskreislauf, verursacht aber keine Kosten. Geldhalter können daher Zinsen für die Bereitstellung von Geld verlangen.²² Diese Zahlungen entschädigen den Besitzer von Geld für den zeitweiligen Verzicht auf diesen Vorteil. Gesell hält diesen Vorteil in seiner Kapitalismuskritik für ungerechtfertigt. Er fordert daher eine Liege- oder Strafgeldgebühr auf das Horten von Geld, einen Negativzins. Dieser setzt Anreize, Geld zinsfrei oder zu niedrigen Zinsen zu verleihen. Der Negativzins stellt Geld somit mit anderem Kapital gleich, indem er eine Liegegebühr oder Hortungskosten darstellt.

Betz verweist darauf, dass auch Gesells Kritik auf einer Vorstellung exogenen Geldes, also von der Zentralbank bereitgestellten Geldes, beruht. Schließlich impliziert die Argumentation, Zinsen seien der Preis für die Bereitstellung des Geldes, dass Kredite in der Tat auf Spareinlagen basieren (Betz 2005a: 8f.). Nimmt man hingegen wie Betz die Vorstellung endogener Geldschöpfung der Banken und die Entstehung des Kredits quasi aus dem Nichts an, verliert diese Rechtfertigung des Zinses ihre Grundlage. Betz hält daher den Zins an sich für moralisch verwerflich, da er empirisch eben nicht einer Entschädigung für alternative Anlagemöglichkeiten von Sparern entspreche. Schließlich müssen Investitionen keine Sparleistungen vorangehen. Somit lässt sich eine Zinskritik sowohl für den Fall endogener als auch für den Fall exogener Geldschöpfung erkennen.

22 Gesell liefert somit eine monetäre Theorie des Zinses (vgl. Ilgmann/Menner 2011: 387).

3 Alternative Geldkonzepte zwischen Systemreform und Systemergänzung

Im Folgenden werden verschiedene alternative Geldkonzepte vorgestellt, die in unterschiedlichem Maße und verschiedenen Kombinationen auf den skizzierten Kritikpunkten aufbauen. Dabei wird unterschieden zwischen solchen Ansätzen, die das bestehende System ergänzen und jenen, die auf einer mehr oder weniger umfassenden Reform des bestehenden Staatsgeldes aufbauen. Erstere erkennen in lokalen und regionalen, komplementären Währungen Mechanismen des Ausgleichs von Fehlern des Staatsgeldes. Letztere fordern entweder eine Stärkung beziehungsweise Wiedereinführung eines strikten Zentralbankmonopols der Geldschöpfung oder aber seine Abschaffung zugunsten eines freien privatwirtschaftlichen Geldangebots. Der Übergang zwischen Systemergänzung und Systemreform ist dabei fließend: Wenn mehrere Komplementärwährungen auf verschiedenen Ebenen und zu verschiedenen Zwecken zusammengeführt werden, lässt sich bereits ein währungspluralistisches System erkennen, das die Staatswährungen nicht mehr nur ergänzt, sondern substituiert und somit das Geldsystem im Kern reformiert.

Bei einem Vergleich der Vorschläge ist neben dem Kriterium der Steuerung (staatlich-zentral versus marktlich-dezentral) das der Implementierung einer Umlaufsicherung besonders bedeutend. Unter den Anhängern nahezu aller hier vorgestellten Ansätze befinden sich Befürworter und Gegner einer Demurrage, also einer Spielart des Negativzinses zur Erhöhung der Geldumlaufgeschwindigkeit. Aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für verschiedene Konzeptionen wird daher vorab die Grundidee einer Umlaufsicherung nach Gesell (3.1) vorgestellt, ehe verschiedene Komplementärwährungen zur Ergänzung des nationalstaatlichen Geldsystems (3.2) sowie Vorschläge zu umfassenderen Systemreformen (3.3) erläutert werden.

Die Darstellung der verschiedenen Konzeptionen berücksichtigt die folgenden Merkmale: die Steuerungsebene und die Akteure der Steuerung; die Erfüllung der Geldfunktionen des *medium of exchange*, *unit of account* und *store of value*; die Bedeutung des Zinses sowie die allgemeine Zielsetzung.

3.1 Vorab: Impulse zur Erhöhung der Geldumlaufgeschwindigkeit

Auf Gesells berühmtes Freigeld berufen sich verschiedene Geldreformer. Daher soll vorab der Kern der Gesell'schen Lehre dargestellt werden. In Abschnitt 3.3.3 wird eine Freigeldreform auf nationalstaatlicher Ebene ausführlicher erörtert.

Der Grundgedanke des Freigeldes ist, dass die verschiedenen Geldfunktionen nicht unabhängig voneinander sind. Im Gegenteil: Die Funktion der Wertaufbewahrung schränkt die Funktion des Tauschmittels ein. Wird Geld gehortet, wird es dem Umlauf

entzogen. Geld hat also verschiedene Funktionen, die nicht gleichzeitig zu verwirklichen sind. Wenn Geld knapp ist, dann konkurrieren Individuen um die Nutzung von Geld zu diesen Funktionen. Wenn nicht genug Geld vorhanden ist, dann muss der Gegenwert des Geldes steigen, damit die Tauschmittelfunktion noch erfüllt wird. Die Güter werden billiger und es gibt einen Anreiz, gehortetes Geld wiederum zum Tausch zu verwenden. Positive Zinsen üben aber auch einen Anreiz aus, Geld zurückzuhalten, um seinen Wert nicht nur zu erhalten, sondern zu steigern. Daher fordert Gesell Liegegebühren auf Geld, wie sie auch bei anderen Kapitalformen anfallen. Geldhaltung wird damit verteuert, die Gebühren wirken somit als negativer Zins. Dieser Negativzins setzt starke Anreize, Geld im Umlauf zu belassen, etwa durch eigenen Konsum, Investitionen oder aber durch Kreditgewährung. Für solche Kredite würde sich ein Zinssatz nahe null ergeben, weil dieser bereits einen Vorteil gegenüber den Kosten der Geldhaltung darstellt. Gesells Freigeldkonzeption schätzt die Wertaufbewahrungsfunktion von Geld somit geringer als die Tauschmittelfunktion. Ziel der Umlaufsicherung durch Negativzinsen ist die Einschränkung der Wertaufbewahrungsfunktion zugunsten der Tauschmittelfunktion.

Obwohl Gesell im Mainstream der ökonomischen Theorie weiterhin ignoriert wird, wurden seine Überlegungen in den 1930er-Jahren von bedeutenden Ökonomen wie Irving Fisher (1933) und John Maynard Keynes ausdrücklich gewürdigt: „Those reformers who look for a remedy by creating artificial carrying cost for money through the device of requiring legal-tender currency to be periodically stamped at a prescribed cost in order to retain its quality as money, have been on the right track“ (Keynes 1997: 234). Viele der folgenden Konzepte betreten diesen Pfad.

3.2 Systemergänzung durch Komplementärwährungen

Unter Komplementärwährungen lassen sich allgemein Währungen verstehen, die innerhalb spezifischer Gruppen in Ergänzung zum gesetzlichen Zahlungsmittel (staatlichem Geld) insbesondere als Tauschmittel genutzt werden. Sie sollen die existierenden Währungen ergänzen und dadurch spezifische Dysfunktionalitäten ausgleichen. Unter Komplementärwährungen fallen Tauschringe und Local Exchange Trading Systems (LETS), Zeitbanken und Regionalgelder sowie Barter-Club-Verrechnungssysteme zwischen Unternehmen, Gutscheine- und Punktesysteme von Unternehmen für Kunden oder Cybergeld.²³ Weltweit gibt es mehr als 5.000 Komplementärgeldsysteme, zu denen neben kleinen, lokal begrenzten Tauschsystemen auch größere Tauschringe wie der schweizerische genossenschaftliche Wirtschaftsring WIR mit einem Jahresumsatz von umgerechnet 1,6 Milliarden Schweizer Franken gehören. In Deutschland existieren schätzungsweise 136

23 Letzteres wird im vorliegenden Bericht nicht gesondert behandelt. Bitcoins sind ein Beispiel für Cybergeld (vgl. Aron 2011).

Systeme (vgl. Schroeder et al. 2011: 35).²⁴ Weite Verbreitung finden komplementäre Regionalgelder insbesondere auch in Großbritannien,²⁵ den USA,²⁶ Japan²⁷ und, vor allem seit der dortigen Wirtschaftskrise um die Jahrtausendwende, Argentinien²⁸.

Rösl liefert eine Kategorisierung der Geldbestände von Inländern, indem er zwischen nationaler Währung, ausländischen Währungen, offiziellen und inoffiziellen Geldern unterscheidet. Er sieht das Aufkommen von Komplementärwährungen als eine Form der Währungssubstitution, die sich dann verbreitet, wenn „das heimische Geld seine Funktion als Tauschmittel, als Recheneinheit oder als Wertaufbewahrungsmittel nur noch sehr eingeschränkt erfüllt“ (Rösl 2008: 244). Die Reichweite der existierenden Komplementärgeldformen ist dabei meist begrenzt. Sie stellen „kleine Inseln im großen Meer der kapitalistischen Geldwirtschaft“ (Creutz 2005b: 31f.) dar, denen Creutz zugesteht, „dass sie vielfältige Möglichkeiten des Lernens und des Sammels eigener Erfahrungen bieten“, aber nicht mit staatlichen Währungen konkurrieren können (Creutz 2005b: 32).²⁹

In der Wissenschaft wurden die komplementären Geldformen lange Zeit vernachlässigt, doch steigt das Interesse an der „Diversifizierung von Geld“ durch lokale Ergänzungswährungen zunehmend (Dodd 2005b: 560f.). So lässt sich in den letzten Jahren ein beträchtlicher Zuwachs an Studien zum Thema feststellen (Überblicke bei Schroeder et al. 2011; Hallsmith/Lietaer 2011; Slay 2011). Es liegen beispielsweise Arbeiten zu einzelnen Regionalgeldern oder Ländern (Collom 2008; Gómez/Helmsing 2008; Seyfang 2004; Thiel 2011; Sademach 2012) sowie Ansätze von Typologienbildungen vor (Blanc 2011; Martignoni 2012). Manche Autoren analysieren vornehmlich monetäre Aspekte (Kennedy/Lietaer 2004), andere betrachten überwiegend soziale Dimensionen wie Reziprozität und Community-Building (Seyfang 2004; Williams et al. 2001b; Glover 1999; Lee 1996). Auch werden Komplementärwährungen als geeignetes Werkzeug lokaler Wirtschaftsentwicklung (North 1999, 2002; Seyfang 2001), als Instrument nachhaltigen Konsums (Seyfang 2006) oder als Gegengewicht zur Globalisierung (Pacione 2011) untersucht. Daneben gibt es eine größere Zahl populär- und nicht wissenschaftlicher Arbeiten und Selbstbeschreibungen von Protagonisten der Komplementärgeldbewegung.³⁰

24 Ausführlich zu Komplementärwährungen in Deutschland vgl. Thiel (2011), Volkmann (2009), Wagner (2009) sowie aus juristischer Perspektive Sademach (2012).

25 Zu Komplementärwährungen in Großbritannien vgl. Seyfang (2001b, 2004), North (2005, 2007) und Adams/Mouatt (2012).

26 Hierzu vgl. Collom (2005), Krohn/Snyder (2008).

27 Japan nimmt eine Art Vorreiterrolle ein. Hintergrund ist die lange Rezession seit Beginn der 1990er-Jahre, in deren Folge viele dezentrale Systeme erprobt wurden (Lietaer 2008b). Zu Komplementärwährungen in Japan vgl. Hirota (2011).

28 Zu Argentinien Komplementärwährungen und ihrem Scheitern vgl. Preissing (2009: 123–164), Ould-Ahmed (2010), Gómez (2010, 2012) sowie Gómez und Helmsing (2008).

29 Die insgesamt marginale Rolle von Komplementärwährungen wird von Befürwortern allerdings auf eine aktive Behinderung durch den Staat zurückgeführt. So wurden die erfolgreichen Experimente der 1930er-Jahre in Deutschland, Österreich und den USA für illegal erklärt (Hallsmith/Lietaer 2011: 211f.).

30 Stellvertretend sei auf die Informationen unter <www.complementarycurrency.org> und die ausführliche Literaturdatenbank unter <www.cc-literature.org> verwiesen.

Akteure und Herausgeber von Komplementärwährungen können informelle Netzwerke, Non-Profit-Organisationen, aber auch profitwirtschaftliche Unternehmen sein. Bei einigen Modellen sind darüber hinaus öffentliche, meist kommunale, Organisationen beteiligt. Die folgende Überblicksdarstellung unterscheidet grundlegend zwischen zivilgesellschaftlich hervorgebrachten Komplementärwährungen und solchen, die von Unternehmen zu kommerziellen Zwecken herausgegeben werden.³¹

3.2.1 Zivilgesellschaftliche Komplementärwährungen

Zivilgesellschaftlich organisierte, initiierte und/oder verfasste Formen von Komplementärgeldern stellen eine mittlerweile weit verbreitete Form von Komplementärgeldern dar, wenn ihre Reichweite hinsichtlich der Nutzerzahlen und der Geldmenge sowie der Umsätze auch weiterhin eher gering ist.³² Zu den historischen Vorläufern im 19. Jahrhundert werden die von Robert Owen eingeführten Arbeitszeitbörsen und Pierre-Joseph Proudhons Tauschbanken ebenso wie Silvio Gesells Freigeld gezählt (Wagner 2009). Darüber hinaus zählt das Social-Credit-Konzept von Clifford Hugh Douglas als Bezugspunkt (North 2007: 66–76).

Viele zivilgesellschaftliche Komplementärwährungen können aufgrund ihrer oft globalisierungskritischen oder antikapitalistischen Ausrichtung als alternative Wirtschaftsmodelle auf lokaler Ebene angesehen werden (North 2007; Glover 1999; Boulianne 2006). So geben Teilnehmer von Tauschringen als Motiv zur Partizipation häufig an, dass sie an einer Alternative zur Geldwirtschaft und an einer sozialen Gemeinschaft teilhaben wollen (North 2007: 87). Es sind oft soziale und außermonetäre Werte, die zivilgesellschaftlich initiierte Komplementärwährungen auszeichnen und ihr Überleben trotz eher geringen ökonomischen Erfolges sichern (M. S. Evans 2009). Nach North sind solche Tauschringe Möglichkeiten der Gesellschaft, die Kontrolle über die ökonomische Sphäre (zurück-)zugewinnen (North 2007: 89). Betont wird, dass diese Systeme keine Alternative oder Konkurrenz zum herkömmlichen Geld- und Wirtschaftssystem darstellen, sondern (lediglich) „alongside the mainstream economy“ existieren können (North 2007: 101).³³

31 Auf die in der Literatur diskutierte rechtliche Stellung und die Zulässigkeit von Komplementärwährungen wird in diesem Bericht nicht näher eingegangen. Zu juristischen Fragen in Deutschland vgl. Sademach (2012), Godschalk (2004) und Rösl (2006); zu Frankreich und allgemein vgl. Blanc (2009) und Fare (2012); zu den USA vgl. Zarlenga (2002) und Solomon (1996, Kapitel 7).

32 Kurze Überblicke verschiedener Beispiele aus unterschiedlichen Kontinenten bietet beispielsweise Lietaer (2001: 193–206). Auf der Seite <www.complementarycurrency.org> finden sich Beschreibungen dort registrierter Komplementärwährungen.

33 North sieht dies, wie andere Befürworter, nicht als Problem an. Er sieht in LETS mikropolitische Alternativen zum Kapitalismus, die innerhalb bestimmter Grenzen als „resistant practice“ fungieren und gleichzeitig die Vision einer Alternative bieten (North 2007: 101). Greco beschreibt Komplementärwährungen ähnlich: „Community currencies are complementary to, and operate in parallel with, the dominant national money systems. They are intended to serve purely as a medium of exchange that circulates among a limited group of associated traders who may be geographically proximate or widely dispersed“ (Greco 2001: 13).

Die konkreten Ziele solcher Ansätze unterscheiden sich ebenso wie die Ausgestaltung der Geldformen und können die Stärkung regionaler Wertschöpfung, nachhaltiges Wirtschaften, die Generierung von Sozialkapital und Gemeinschaftssinn oder die Schaffung antizyklischen Wachstumspotenzials umfassen. Viele solcher Komplementärwährungen implementieren Umlaufimpulse durch Negativzinsen. Einige Gelder, gerade jüngere, sind an die staatliche Leitwährung gekoppelt und (meist gegen Gebühren) konvertierbar. Grundsätzlich folgen komplementäre Währungen dem Prinzip der kooperativen Selbsthilfe.

Diese zivilgesellschaftlichen Ansätze lassen sich, der Literatur folgend, grob in LETS und Tauschringe (Typ I), Zeitbanken oder Time Banks (Typ II), Regiogelder und Ithaca Hours (Typ III) sowie die von Blanc als eigenständiger Typus identifizierten Gelder mit starker kommunaler Beteiligung (Typ IV) unterscheiden (Blanc 2011; Collom 2011 betrachtet lediglich die ersten drei Typen).³⁴ Diese Einteilung ist insofern nicht trennscharf, als viele real existierende Währungen Mischformen sind.

3.2.1.1 Typ I: LETS und Tauschringe

LETS werden oft als parallele Wirtschaftskreisläufe auf nicht monetärer Basis bezeichnet. Der Name „LETSystem“ entstammt ursprünglich dem von Michael Linton in wirtschaftlicher Krisenzeit Anfang der 1980er-Jahre gegründeten System in Comox Valley, Kanada (North 2007: 85), und ist mittlerweile Oberbegriff für einen bestimmten, weit verbreiteten Typ von Komplementärwährungen, bei dem (Arbeits-)Zeit in der Regel zwar als eine (normative) Richtlinie für den Tauschwert eines Gutes angesehen wird, diesen aber nicht vollständig determiniert (Blanc 2011: 8). LETS dienen dazu, Güter und Dienstleistungen zu handeln, ohne dabei auf Liquidität, gemessen in der staatlichen Währung, angewiesen zu sein. Bei LETS handelt es sich demnach um Tauschringe,

34 Blanc (2011) betrachtet aus einer Perspektive der Sozialwirtschaft (*Économie Sociale*) ausschließlich zivilgesellschaftlich begründete Komplementärwährungen und schließt somit nationale oder staatliche Währungen ebenso aus wie von Unternehmen herausgegebene komplementäre Gelder. Ausgangspunkt für Blancs Ansatz ist Polanyis Abgrenzung der Prinzipien Tausch, Redistribution und Reziprozität (Polanyi 1957), welche den Systemen Markt, Staat und Gemeinschaft zugeordnet werden können. Davon ausgehend gruppiert Blanc Komplementärwährungen in drei Idealtypen von Projekten, deren Natur er als ökonomisch, territorial sowie gemeinschaftlich bezeichnet. Blanc unterscheidet nun zwischen Komplementärwährungen entlang dieser drei Prinzipien sowie hinsichtlich der spezifischen Ausgestaltungen, Ziele und Akteure. So kommt er zu vier verschiedenen Generationen beziehungsweise Typen. Tauschringen (Typ I) und Zeitbanken (Typ II) liegt in diesem Sinne eine gemeinschaftliche Natur zugrunde. Das primäre Gestaltungsprinzip ist Reziprozität, gefolgt von Markt (im Falle der Zeitbanken), respektive Redistribution (bei den Tauschringen). Regionalgelder (Typ III) basieren demgegenüber stärker auf dem Markt, während komplexe, kommunal (mit-)getragene Gelder (Typ IV) zwar ebenfalls primär der Logik des Marktes folgen, aber enge Verbindungen zu Redistribution und Reziprozität aufweisen. Fare schlägt auf Blanc aufbauend vor, Versuche von Karbonwährungen als fünfte Generation von Komplementärwährungen aufzufassen (Fare 2012). Vgl. dazu Abschnitt 3.3.1.3.

in denen auch und vor allem Dienstleistungen und Güter getauscht werden, die nicht über den Markt koordiniert werden können, zumindest für bestimmte Personen nicht über einen Markt zu erwerben oder zu veräußern sind (Überblicke zu LETS bieten Williams 1996; Seyfang 2001b, 2004; Peacock 2006).

Mitglieder solcher lokalen Organisationen geben ihre Angebote und Nachfragen in einem Verzeichnis an und tauschen sie auf Basis ihrer lokalen Währung. Diese Währung besteht dabei oft aus einer virtuellen Verrechnungseinheit, nicht aus physisch existierendem Geld. Sie ist grundsätzlich nicht konvertibel in die staatliche Währung (Blanc 2011; Peacock 2006), wenn auch Zahlungen in einer Kombination von beiden Währungen erfolgen mögen, sodass prinzipiell eine Verrechnung möglich ist.³⁵ Außerhalb des Tauschrings können mit der Währung keine Leistungen erworben werden.

Die virtuellen, in LETS genutzten Gelder fungieren somit als Tauschmittel. In ihrer Funktion als Wertmaßstab hingegen hängen sie weiterhin von der staatlichen Währung ab,³⁶ da der Wert der jeweiligen Währung oftmals in ein Verhältnis zur staatlichen Währung gesetzt wird (Peacock 2003: 97).³⁷ Geschöpft wird das Geld im Moment des Tauschvorganges in Form eines Kredits. Als Wertaufbewahrungsmittel eignen sich die Geldformen von LETS nicht.

Wie andere lokale Komplementärwährungen auch, erfüllen die lokal verankerten, reziprozitätsbasierten LETS eine vergemeinschaftende Funktion, indem sie soziale Beziehungen der Mitglieder untereinander stärken (Williams 1996; Peacock 2006).

In der Literatur werden mögliche Wirkungen von LETS hinsichtlich ihrer ökonomischen, sozialen und gemeinschaftsbildenden Zielsetzungen untersucht. Dabei wird insbesondere die begrenzte Reichweite (North 2005) sowie die Problematik langfristiger Stabilität thematisiert (Williams 1996; van Ouytsel/Vanderweyden 2004). Die Reichweite oder der Nutzerkreis könnte deutlich gesteigert werden, wenn sie zur Begleichung von Steuerschulden herangezogen werden könnten (beispielsweise Zarlenga 2002: 660). Wenn der Staat LETS als Zahlungsmittel akzeptieren würde, stiege nämlich die allgemeine Akzeptanz von LETS unter allen Steuerpflichtigen.

35 Servet sieht hierbei einen Unterschied zwischen französischen und anglophonen Komplementärwährungssystemen. Während bei französischen Systemen wie dem SEL (*système d'échange local*) die nationale Währung überwiegend vollständig abwesend sei, würden bei Tauschvorgängen in anglophonen LETS oftmals lokale und nationale Währungen kombiniert (Servet 2009: 86).

36 Es gibt allerdings auch Ausnahmen, also LETS, bei denen das *unit of account* durch Zeit gemessen wird. So etwa die von Boulianne (2006: 266f.) untersuchten LETS in Quebec.

37 „[T]heir function as money-of-account is entirely parasitic on the national currency [...]; a fully-fledged monetary economy is a precondition of LETS insofar as LETS' currencies are related to the national money-of-account“ (Peacock 2006: 1070). Insofern ist Wagners Definition von LETS als „nicht monetärer Kreislauf“ irreführend (Wagner 2009: 32f.).

Es besteht allerdings ein Konflikt zwischen ökonomischem Wachstum, also der Ausweitung lokaler Gelder auf größere Personenkreise sowie der Ausweitung von Transaktionen unter den Mitgliedern, und den Motiven der meisten Mitglieder, LETS zu nutzen. Sollen LETS zu einer breiten Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der ökonomisch schwächeren Mitglieder beitragen, müssen sie expandieren. Viele Teilnehmer könnten aber kein Interesse an einer Expansion haben, da sie die vergleichsweise hohe Intimität einer engen Gemeinschaft verlieren könnten (Peacock 2006: 1076) oder eine nachhaltige, auf Lokalität basierende Lebensweise anstreben. Da die Mehrheit der Mitglieder ökonomisch nicht auf das LETS angewiesen ist, steht dieser Wunsch einer Expansion entgegen:

LETS are thus in a dilemma: becoming economically significant may dilute the values that members pursue, which, for many, represent the *raison d'être* of LETS, but remaining economically insignificant implies remaining somewhat „elitist“ in their membership and relinquishing the fulfillment of their potential to help the less fortunate. (Peacock 2006: 1078)

In der Tat scheitern viele Tauschringe nach einer kurzen Phase der Expansion oder unterliegen zumindest einem starken Rückgang im Tauschvolumen (Blanc 2011: 8). Als eine Ursache des Niedergangs wird oftmals eine mangelnde zentrale Steuerungskapazität beziehungsweise fehlende Sanktionsmechanismen gegenüber Mitgliedern gesehen, die sich nach einer Verschuldung aus den Tauschaktivitäten zurückziehen (Kent 2005: 132, welche sich auf Douthwaite 1999 bezieht). Es handelt sich somit um ein klassisches Trittbrettfahrerproblem.

Hinsichtlich sozialer, Ungleichheit reduzierender Wirkungen von LETS wird unter anderem die Eingliederung von Ausgegrenzten ins Arbeitsleben thematisiert. LETS fördern überwiegend Austausch jenseits formaler Beschäftigung, ihre Möglichkeiten zur Schaffung regulärer Beschäftigung sind daher gering (Williams et al. 2001a; van Ouytsel/Vanderweyden 2004). Sie können jedoch informelle Beschäftigung erleichtern und zu sozialer Inklusion beitragen (Seyfang 2001b, 2004). Allerdings bleibt dieses Potenzial umstritten. Schließlich sind gerade arme, vom Arbeitsmarkt ausgegrenzte Personen von den Tauschsystemen in weit höherem Maße abhängig als solche, die einer formellen Beschäftigung nachgehen. Letztere können das Tauschsystem so lange nutzen, wie sie wollen, haben aber immer eine Exit-Option, die sie gerade dann nutzen können, wenn auf dem Markt ein (deutlich) höherer Preis für ihre Leistungen oder Güter zu erzielen ist als innerhalb des Tauschsystems (Paul 2009; vgl. Lee 1996; Boulianne 2006). Die höhere Abhängigkeit und Beteiligung der Arbeitslosen und gering Qualifizierten mag demnach ein nicht intendiertes Hindernis für die Reduzierung von Ungleichheit darstellen. Denn ihre Angebote basieren in größerem Maße auf arbeits- und zeitintensiven Tätigkeiten, während Angehörige der Mittelschicht eher wertvollere Gegenstände oder auf qualifizierteren Fähigkeiten basierende Dienstleistungen anbieten, die zu einem geringeren Anteil den Einsatz von Zeit erfordern (Ingham 2004: 185). Ungleichheiten zwischen höher und geringer qualifizierten (potenziellen) Arbeitnehmern können daher durch

LETS reproduziert werden (Bowring 1998: 104; vgl. auch Peacock 2006). Dies gilt insbesondere dann, wenn Preise zwischen den Tauschpartnern frei ausgehandelt werden können.³⁸

Zusammenfassung: Typ-I-Komplementärwährungen stellen ein medium of exchange dar; die Geldfunktionen des store of value und unit of account sind eingeschränkt. Geld entsteht in diesen Systemen endogen durch die wechselseitigen Kredite der Mitglieder selbst. Ihre Reichweite ist grundsätzlich lokal beziehungsweise regional begrenzt, obwohl es auch Systeme gibt, welche eine supraregionale Nutzung vorsehen oder möglich machen wollen.

3.2.1.2 Typ II: Zeitwährungen und *Time Banks*

Zeitbanken sind auf Gegenseitigkeit beruhende Tauschsysteme, bei denen die Mitglieder untereinander Güter und Dienstleistungen auf Basis der zu ihrer Herstellung benötigten Zeit eintauschen. Zeitbanken entstanden ebenfalls in den 1980er-Jahren.³⁹ Die zentrale Bedeutung der Zeit stellt einen wesentlichen Unterschied zu LETS dar, welche Zeit nicht – zumindest nicht zwingend – als Verrechnungseinheit nutzen (vgl. Adams/Mouatt 2012).⁴⁰ Der Begründer der Zeitbanken, Edgar Cahn, sah ein definitorisches Prinzip in der Gleichsetzung einer geleisteten Arbeitsstunde mit einem Time Dollar (Cahn 2001).⁴¹ Die menschliche Arbeitszeit fungiert somit als *unit of account* (Hallsmith/Lietaer 2011: 137ff.). Gleichzeitig unterliegt der Tausch in Zeitbanken nicht oder zumindest deutlich weniger einer ökonomischen Logik als in LETS, bei denen sich Preise aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bilden. Das leitende Prinzip besteht vielmehr aus multilateraler Reziprozität (Blanc 2011: 8). Reziproke Tauschbeziehungen zielen darauf ab, ausgegrenzte oder ökonomisch benachteiligte Gruppen, beispielsweise Ältere, Kranke, Frauen, Arbeitslose oder Kinder, zu unterstützen. Daher werden Zeitbanken auch als sozialpolitisches Instrument gesehen und arbeiten mit lokalen Regierungen und Behörden zusammen oder werden von der öffentlichen Seite

38 Daher wird auch argumentiert, dass Zeitbanken (also auf gleichgewichteter Arbeitszeit basierende Komplementärwährungen) soziale Exklusion besser verringern können als LETS, da sie auf dem einfachen Prinzip der Gleichheit einer jeden Arbeitsstunde basieren (Seyfang 2002).

39 Cahn wird meist als Begründer genannt, auch wenn unabhängig von seinem Projekt beispielsweise in Italien die *Banche del Tempo* entstand (Blanc 2011: 8). Ein weiteres wegweisendes System ist der *Fureai Kippu* (Fürsorge-Tickets) in Japan (Lietaer 2008b: 212f.).

40 Allerdings wird diese Abgrenzung der Begriffe nicht einheitlich verwendet. Insbesondere bezeichnen sich einige Zeitbanken als LETS (Hubert 2004: 171). Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Transaktionen bei LETS meist auf direkten Kontakten und Verhandlungen zwischen Individuen basieren und nicht über eine zentrale Broker-Institution gesteuert werden (vgl. Adams/Mouatt 2012).

41 In vielen Zeitbanken wird eine einfache, egalitäre Zeitwährung verwendet. Ebenfalls verbreitet ist eine qualifizierte Zeitwährung, bei der die zu verrechnenden Stunden nach Qualifikation gewichtet werden (Hubert 2004: 176f.).

mitinitiiert.⁴² Time Banks unterhalten in der Regel ein lokales Büro oder einen Laden vor Ort, also einen zentralen Ort der Zusammenkunft. Bezahlte Mitarbeiter pflegen die Datenbanken und übernehmen weitere Aufgaben wie die Rekrutierung neuer Mitglieder, Organisation von Veranstaltungen, Bereitstellung von Information etc. Die meisten Zeitbanken werden in Zusammenarbeit mit bereits existierenden Institutionen wie Krankenhäusern, Kirchen, (Senioren-)wohnheimen oder Schulen errichtet (Collom 2011: 148). Der hohe Organisationsgrad zeigt sich ebenfalls in nationalen Dachorganisationen (Adams/Mouatt 2012).

In einer umfassenden Studie unter Mitgliedern einer etablierten Zeitbank identifiziert Collom vier verschiedene Motivationen zur Partizipation: ökonomische oder instrumentelle, ideologische oder wertebasierte, soziale und altruistische Motivationen (Collom 2011; auch Collom et al. 2012: 111–142). Dabei stellt er fest, dass die meisten Mitglieder aus einer ökonomischen Motivation heraus an Zeitbanken teilnehmen, wenn diese auch mit sozialen Zielen verbunden ist (Collom 2011: 163). Genutzt werden Zeitbanken besonders von denjenigen, die aufgrund ihrer schwachen ökonomischen Position verstärkt auf sie angewiesen sind, wie zum Beispiel Arbeitslose.

Anwendung findet das Prinzip der Zeitbanken etwa auch in Seniorengenossenschaften und ähnlichen Altenpflegeprojekten, bei denen jedoch der Tausch in die Zukunft verschoben wird. Hier erwerben Mitglieder durch Pflege- und andere Dienstleistungen Ansprüche auf Versorgungsleistungen, die sie zu einem späteren Zeitpunkt einlösen können (zu Seniorengenossenschaften ausführlich Köstler 2006; Köstler/Schulz-Nieswandt 2010). Somit wird die Tauschfunktion durch eine Wertaufbewahrungsfunktion ergänzt, welche sich allerdings auf spezifische Leistungen innerhalb des Mitgliederkreises bezieht und nicht extern konvertibel ist. Demgegenüber führen *Care Banks* eine Versicherung ein, in der eigene Dienstleistungen als Versicherungsprämie fungieren und im Bedarfsfall einen Anspruch auf Hilfsleistungen von anderen Mitgliedern begründen, der unabhängig von der Höhe der vorab selbst getätigten Leistungen ist (zu Care Banks Hallsmith/Lietaer 2011: 139f.).

Zusammenfassung: Solche Typ-II-Komplementärwährungen stellen im Gegensatz zum Typ I nicht nur ein medium of exchange dar, sondern übernehmen ebenfalls die Funktion eines unit of account. Als store of value dienen sie jedoch nicht beziehungsweise, im Falle mancher Seniorengenossenschaften, sehr eingeschränkt. Zeitbanken tragen zur Vergemeinschaftung bei. Geld wird durch die Tauschpartner selbst, dezentral und endogen geschöpft. Ihre Reichweite ist lokal stark begrenzt. Durch Steuerbefreiungen aufgrund der gemeinnützigen Zielsetzungen, aber teilweise auch durch direkte Leistungen, werden sie oftmals gefördert.

42 Aufgrund ihres gemeinnützigen Zweckes sind in Großbritannien und den USA Umsätze beziehungsweise Einnahmen in Zeitbanken oftmals von der Steuer befreit (Seyfang 2002). Vgl. <www.timebanking.org/?resource=useful-articles> [30.9.2012].

3.2.1.3 Typ III: Regionalgelder

Eine weitere Form der Komplementärwährungen sind Regionalgelder und ähnliche Formen der Komplementärwährungen. Hinsichtlich der Reichweite unterscheiden sich Regionalgelder von Zeitbanken und LETS durch eine größere regionale Ausbreitung. So definieren Kennedy und Lietaer die Regionalwährung als „eine Form der Komplementärwährung, die zum Ziel hat, mithilfe ungenutzter Ressourcen auf regionaler Ebene bislang unbefriedigte Bedürfnisse zu stillen. Praktisch bedeutet dies, dass sie einen wesentlich breiteren Anwendungsbereich besitzt als Lokalwährungen“ (Kennedy/Lietaer 2004: 77).⁴³ Nach Blanc unterliegen Regionalgelder und ähnliche Komplementärwährungen stärker der Marktlogik als Lokalwährungen, die der Logik der Reziprozität, oder, unter Einbeziehung kommunaler öffentlicher Institutionen, der Redistribution, folgen (Blanc 2011). Ähnlich verweist Schussmann darauf, dass Regionalwährungen stärker in der formalen Wirtschaft genutzt werden als Tauschringe und Zeitbanken, welche im informellen Sektor wirken (Schussman 2005: 4).⁴⁴ Solche Typen von Komplementärwährungen, zu denen neben den deutschen Regiogeldern die bekannten Ithaca Hours, aber auch die brasilianischen Gemeinschaftsbanken gehören, verfolgen primär ökonomische Zwecke, wenn diese auch mit sozialen oder vergemeinschaftenden Zwecken einhergehen können (Blanc 2011: 8f.). Meist werden sie von Non-Profit-Organisationen, manchmal von genossenschaftlichen Banken eingeführt oder verwaltet.

Regiogelder sind meist im Verhältnis 1:1 an die jeweilige staatliche Währung gekoppelt. Auch hinsichtlich dieser Kopplung unterscheiden sie sich deutlich von den älteren Komplementärwährungen wie Zeitbanken und Tauschringen. Die Währungen sind in der Regel konvertibel in die staatliche Währung, wobei Umtauschgebühren einen Abfluss vermeiden sollen.⁴⁵ Regionalgelder werden im Tausch gegen die staatliche Währung ausgegeben.⁴⁶ Die Geldschöpfung basiert somit auf einer hundertprozentigen Deckung durch das jeweilige gesetzliche Zahlungsmittel. Im Unterschied zu Komple-

43 Kennedy und Lietaer nutzen diese Abgrenzung gegenüber lokalen Währungen; sie beziehen unter Regionalgelder auch Währungen von Unternehmen ein, die überwiegend regionale Verbreitung finden (Beispiel jüngst in Kennedy et al. 2012).

44 In der Literatur finden sich weitere Abgrenzungskriterien, die allerdings nicht überall zutreffen. So sehen Krohn und Snyder die Emission physischen Geldes als ein Abgrenzungskriterium, da LETS und Zeitbanken kein physisches Bargeld emittierten (Krohn/Snyder 2008: 56). Zu LETS in der hier vorgenommenen Abgrenzung zählen aber auch Papierwährungen wie der argentinische Trueque oder der französische SEL (Blanc 2011: 8).

45 Im Falle der Ithaca Hours ist der Abfluss in den Dollar gar nicht möglich, während die Regiogelder in Deutschland den Abfluss über Gebühren nicht unmöglich machen, aber eindämmen (Blanc 2011: 9).

46 Dabei bieten Rabatte oft Anreize zum Kauf des Regionalgeldes, welche die Reichweite erhöhen sollen. Wenn ein solcher Anreiz nicht bereits implementiert ist, wird er zumindest meist diskutiert. So schlägt Grover vor, den Preis von Ithaca Hours in Dollar um einige wenige Cent zu reduzieren (also zu subventionieren), um den Umlauf zu vergrößern (Grover 2006). Zu der Ausgestaltung des süddeutschen Chiemgauers mit seinen verschiedenen Gebühren siehe Gelleri (2008).

mentärwährungen von Typ I und II werden Regionalgelder nicht dezentral durch die Nutzer des Geldes im Tauschprozess geschöpft, sondern durch eine zentrale Institution, wie beispielsweise eine Genossenschaftsbank.

Regionalgelder unterscheiden sich von anderen komplementären Währungen wie Zeitbanken und Tauschringen insofern, als sie weniger ein Instrument dezentraler Schaffung *zusätzlicher* Liquidität darstellen (hierzu Ryan-Collins 2011: 64). Daher beziehen Regionalgelder nicht im selben Maße ausgegrenzte oder wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen ein. Im Vergleich zu Zeitbanken und LETS werden insgesamt verstärkt Güter der herkömmlichen ökonomischen Sphäre gehandelt. Ziel solcher Währungen ist vornehmlich die Stärkung oder Dynamisierung der regionalen Wirtschaft, indem insbesondere Konsumgüter des täglichen Bedarfs auf regionaler Ebene produziert und gehandelt werden sollen.⁴⁷ Daher werden Beteiligungen kleiner und mittlerer Unternehmen und lokaler Läden angestrebt, die auch untereinander das Regiogeld akzeptieren (Fare 2012: 3). In der Literatur werden in der Tat Erfolge hinsichtlich der regionalen beziehungsweise lokalen Wirtschaftsentwicklung festgestellt, auch weil Transaktionskosten für zwischenbetriebliche Kredite sinken (Grover 2006). Jedoch bleiben die Auswirkungen gering, wenn nicht genügend Anreize bestehen, die parallele Währung zu nutzen.

Um die Umlaufgeschwindigkeit zu sichern oder zu erhöhen, beinhalten viele Regionalgelder unter Berufung auf Gesell und die berühmten praktischen Experimente der 1930er-Jahre mit dem Wära und dem Wörgler Schwundgeld⁴⁸ Negativzinsen. Der Chiemgauer, das umsatzstärkste Regionalgeld in Deutschland, nutzt eine Aufbewahrungsgebühr von 0,02 Prozent am Tag oder 8 Prozent jährlich, sofern sie nicht auf einem „Parkkonto“ geführt und zinslos an andere Teilnehmer weiterverliehen werden (Gelleri 2008: 162). Inwiefern Demurrage bei lokalen oder regionalen Geldern außerhalb von Krisenzeiten tatsächlich hilfreich ist, um den Geldumlauf zu beschleunigen, ist dabei keineswegs sicher. Godschalk sieht keine empirische Evidenz dafür und verweist auf Komplementärwährungen ohne Demurrage mit sehr hohen Geldumlaufgeschwindigkeiten. Greshams Gesetz, also das Verdrängen guter Gelder durch schlechte Gelder, sieht er als geeignete Erklärung für die erhöhte Umlaufgeschwindigkeit von Komplementärwährungen an. Schließlich ist das lediglich regional gültige Geld mit höheren Transaktions- und Informationskosten verbunden und weniger fungibel als staatliches Geld (Godschalk 2012).

Zusammenfassung: Typ-III-Komplementärwährungen stellen ein medium of exchange dar; als unit of account fungiert die nationale Leitwährung, durch welche die Komplementärwährung auch gedeckt wird. Die Funktion des store of value ist vor allem bei Implemen-

47 Gemeinnützige Zwecke werden von Regionalgeldern oftmals durch Gebühren und Abgaben zugunsten spezifischer Projekte, Stiftungen oder Vereine erreicht. Auch hierfür ist der Chiemgauer ein Beispiel.

48 Zu diesen historischen Beispielen vgl. Onken (1986).

tierung einer Demurrage stark eingeschränkt. Geldschöpfung (Umtausch staatlicher Währung) erfolgt durch eine zentrale Instanz. Die Reichweite ist größer als bei Typ-I- und Typ-II-Währungen. Typ-III-Komplementärwährungen sind stärker marktbasiert und werden grundsätzlich für herkömmlichen Handel benutzt; ihre Besonderheit liegt vor allem in der Betonung und Förderung regionalen Wirtschaftens.

3.2.1.4 Typ IV: Komplementärwährungen unter direkter kommunaler Beteiligung

Entwicklungen seit der Jahrtausendwende haben nach Blanc zu einer vierten Generation von Komplementärgeldern geführt, die sich unter anderem durch die bedeutende Rolle kommunaler/lokaler Regierungen von den bisher vorgestellten Komplementärgeldformen unterscheiden (Blanc 2011: 9; Fare 2012: 4f.). Da an der Einführung aber nicht nur Kommunen, sondern notwendigerweise auch Nichtregierungsorganisationen beteiligt sind, werden sie an dieser Stelle unter zivilgesellschaftliche Komplementärgelder gefasst.

Gerade in jüngster Zeit sind verschiedene Pilot- und Versuchsprojekte entstanden, bei denen unter Beteiligung des öffentlichen Sektors (meist auf kommunaler Ebene) eine komplementäre Währung eingeführt und genutzt wird, die Anreize zu speziellem ökologischen oder sozialen Konsumverhalten bietet. Beim Kauf bestimmter biologischer, fair gehandelter oder regionaler Produkte erhalten Kunden Rabattpunkte, die sie für bestimmte Waren oder Leistungen einsetzen können (vgl. Joachain/Klopfert 2011). Inhaber des Rotterdamer NU-spaarpas⁴⁹ sammeln beispielsweise „green loyalty points“, wenn sie Müll trennen, den öffentlichen Nahverkehr nutzen oder fair und lokal hergestellte Produkte kaufen. Mit diesen Punkten können sie bei teilnehmenden örtlichen Läden, Kinos oder dem Nahverkehr Güter oder Leistungen erwerben (Seyfang 2006: 787).

Die technische Abwicklung solcher Systeme erfolgt über elektronische Karten und ein zentrales Rechnungssystem. Beim französischen, an den Euro gebundenen und umlaufgesicherten⁵⁰ SOL⁵¹ (vgl. Fare 2011) beispielsweise wird eine E-Card genutzt, welche verschiedene Elemente verbindet: Auf ihr kann erstens Guthaben in der Komplementärwährung SOL („SOL Eco“) gespeichert werden. Zweitens wird das System durch einen „SOL Temps“ – eine Zeitbank zum gegenseitigen Kredit – ergänzt. Drittens nutzt der öffentliche Sektor „dedicated SOL“, um spezifische Zielgruppen mit verbilligten Leistungen zu versorgen. Insgesamt wird der SOL mit bis zu 30 Prozent subventioniert; unter anderem wurde die Pilotierung des Projekts vom europäischen Sozialfonds der EU gefördert. Allgemein ist die Einführung der Typ-IV-Komplementärwährungen oft kostenintensiv und wird durch den öffentlichen Sektor mitfinanziert (vgl. Blanc 2011).

49 Vgl. <www.nuspaarpas.nl>.

50 Das System nutzt die Demurrage als Umlaufsicherung; „verfallene“ Punkte werden dabei in einen Fonds eingezahlt (Fare 2011).

51 Vgl. <www.sol-reseau.org>.

Seyfang verweist darauf, dass etwa das System des Rotterdamer NU-spaarpas weniger zu *community-building* beiträgt als andere Formen zivilgesellschaftlicher Komplementärwährungen, da dieser im Kern einem stärker individualistischen Ansatz folge: Individuelle Konsumententscheidungen werden durch Punkte belohnt. Die besondere Leistung von NUs liege darin, nachhaltigen Konsum durch die Internalisierung externer Effekte zu fördern. Während der herkömmliche Marktmechanismus soziale und ökologische Kosten nicht berücksichtigt, fließt deren Vermeidung nun reduzierend in die Preisbildung ein (Seyfang 2006: 787).

Unter diesen Typ von Komplementärwährungen fällt auch ein System im brasilianischen Curitiba. Hier werden seit den 1970er-Jahren Busgutscheine gegen die Abgabe getrennten Mülls vergeben, welche als Tauschmittel genutzt werden (Kennedy/Lietaer 2004: 46–49).

Zusammenfassung: Typ-IV-Komplementärwährungen dienen somit als medium of exchange, weniger als store of value und nicht als unit of account. Ebenfalls deutlich eingeschränkt ist die Funktion der Vergemeinschaftung. Sie werden von einer zentralen Instanz geschöpft, ihre Reichweite ist meist lokal begrenzt. Sie dienen als politisches Instrument mit sozialen und/oder umweltpolitischen Zielsetzungen.

3.2.2 Von Unternehmen herausgegebene Komplementärwährungen

Größeres Potenzial als den zivilgesellschaftlichen, regional oder lokal begrenzten Komplementärgeldern kann, was die Verbreitung betrifft, den Komplementärgeldern von Unternehmen zugeschrieben werden, mit denen diese Geschäftsbeziehungen verbessern möchten.⁵² Hierunter fallen Mechanismen der Kundenbindung durch Rabattsysteme wie Paybackpunkte oder Bonusmeilen. Solche Währungen werden in der Regel von Unternehmen ausgegeben und von Kunden genutzt. Sie lassen sich als Gelder beziehungsweise als Geldsurrogate auffassen, insofern sie nicht lediglich Rabatte bei einem Unternehmen gewähren, sondern die Punkte über mehrere Unternehmen hinweg eintauschbar sind. Bei manchen Systemen sind die Punkte übertragbar, möglicherweise auch handelbar. Lietaer und andere identifizieren vier Haupttypen von Währungen zur Verbesserung von Geschäftsbeziehungen („commercial purpose currencies“): Business to Business (B2B), Consumer to Consumer (C2C), Business to Consumer (B2C) und Consumer to Business (C2B) (Hallsmith/Lietaer 2011: 219; auch Kennedy/Lietaer 2004: 240). Die bereits betrachteten Tauschringe und Zeitbanken gehören in diesem Schema den C2C-Beziehungen an. Im Folgenden sollen Beispiele für B2C- und B2B-Währungen kurz vorgestellt werden.

52 In Blancs (2011) Typologie der Komplementärwährungen werden diese Formen nicht berücksichtigt, da sie nicht der Zivilgesellschaft entspringen.

3.2.2.1 B2C: Bonusmeilen und Paybacksysteme

Rabattmarken, Bonusmeilen und Paybacksysteme lassen sich als Kundentreuewährung sehen, da sie zunächst Kunden an ein Unternehmen oder einen Verbund von Unternehmen binden sollen. Sie stellen den Prototyp kommerziell genutzter Komplementärwährungen dar (vgl. Paul 2009). Da Bonusmeilen nicht nur zur Bezahlung von Dienstleistungen oder Gütern des sie ausgebenden Unternehmens genutzt, sondern auch bei Dritten eingelöst werden können, erfüllen sie mehr und mehr „echten Geldcharakter“ (Rösl 2005: 189). So lassen sich beispielsweise durch Flüge erworbene Bonusmeilen bei Buchläden einlösen, mit Bonuspunkten der Deutschen Bahn können Zeitschriften, Hotelübernachtungen, Spielzeuge und vieles mehr erworben werden.

Als Tauschmittel eignen sich die Kundenbindungswährungen insofern eingeschränkt, als sie meist nicht übertragbar (handelbar) sind, sondern als Zahlungsmittel lediglich bei den beteiligten Unternehmen gelten. Als Wertaufbewahrungsmittel eignen sie sich nicht. Dies liegt nicht nur an ihrer eingeschränkten Fungibilität und der Zinslosigkeit, sondern darin begründet, dass sie meist ein Verfallsdatum besitzen. Bonusmeilen- und Paybacksysteme nutzen zur Verrechnung konkrete Einheiten (zum Beispiel Flugmeilen), die in der Regel nicht in einem festen Verhältnis zum gesetzlichen Zahlungsmittel stehen. Dennoch greift es zu kurz, ihnen die volle Funktionsfähigkeit als Recheneinheit zuzuschreiben. Schließlich handelt es sich bei diesen Einheiten nicht um diejenige abstrakte Maßeinheit, in der Kunden Preise vergleichen. Noch sind diese Währungen daher nicht unabhängig vom jeweiligen gesetzlichen Zahlungsmittel.

Die Verbreitung dieser Währungen steigt rapide. Mittlerweile nutzen viele große Supermarktketten oder Verbunde elektronische Kartensysteme, auf denen Rabattpunkte gutgeschrieben werden. Adams zufolge stellen solche finanziellen Innovationen aus dem Nichtbankensektor mittlerweile eine Haupttriebkraft im Wettbewerb von Finanzinstitutionen dar, der durch die technischen Möglichkeiten etwa des Internets weiter steigt (vgl. Adams 2011).

Zusammenfassung: Kundenbindungswährungen erfüllen nur eingeschränkt Geldfunktionen. Sie werden in der Regel als medium of exchange lediglich innerhalb spezifischer sozialer Beziehungen (Unternehmen–Kunden) genutzt. Die Funktionen des unit of account und store of value werden nicht beziehungsweise sehr eingeschränkt erfüllt. Geschöpft wird das Geld durch die ausgebende zentrale Instanz; seine Reichweite ist auf einen Nutzerkreis beschränkt.

3.2.2.2 B2B: Barter-Club-Verrechnungssysteme

Diese Komplementärwährungen werden von Unternehmen zur Erleichterung des Austauschs oder Zahlungsverkehrs untereinander eingeführt. In den USA existieren 500 Commercial Barter Currencies, die in zwei Verbänden organisiert sind (Hallsmith/

Lietaer 2011: 219). Greco schreibt solchen, bei ihm Commercial Trade Exchange genannten Systemen weit größeres Potenzial zu, als ausgeschöpft wird. Insbesondere betont er die Vorteile eines Clearingsystems, das zu kreditbasierten Wertschöpfungsketten zwischen Unternehmen mit langfristigen gegenseitigen Bindungen führen könne (Greco 2009: 165–168).

Beispielhaft wird hier die umsatzstärkste und älteste Komplementärwährung aufgeführt, der Schweizer Wirtschaftsring WIR (zum WIR vgl. unter anderem Stodder 2009; Studer 1998; Ryan-Collins 2010).⁵³ Im Jahr 2009 betrug der Umsatz 1,6 Mrd. WIR. Der WIR nutzt als *unit of account* den Schweizer Franken, ein WIR entspricht einem CHF.⁵⁴ Konvertibel ist der WIR allerdings nicht; es handelt sich tatsächlich um eine parallele Währung. Gleichwohl werden viele Transaktionen der Mitglieder in einer Mischung aus Franken und WIR bezahlt. Der WIR ist ein zentrales Clearingsystem ohne physische Währung. Es entspricht somit einem multilateralen Kreditsystem, das von der WIR Bank Genossenschaft verwaltet wird. Teilnehmer des WIR-Verrechnungssystems sind ausschließlich (KMU-)Firmenkunden; darüber hinaus bietet die Bank Produkte und Dienstleistungen für die Öffentlichkeit in Schweizer Franken an.⁵⁵ Güter und Dienstleistungen werden im zentralen Organ WIR Plus sowie online angeboten. Die Geldschöpfung erfolgt bei der WIR Bank, welche dem Mitglied gegen Sicherheiten Guthaben auf seinem Konto schafft. Der WIR ist prinzipiell ein zinsfreies Komplementärgeld. Es werden weder positive Zinsen gezahlt, noch – wie in seiner Anfangszeit – Liegegebühren berechnet. Die antizyklische Leistungsfähigkeit des WIR führt Stodder gerade darauf zurück, dass die Geldmengensteuerung deutlich unabhängiger ist als beim Buchgeld der herkömmlichen, regulierten Geschäftsbanken und die Geldknappheit in Krisenzeiten somit umgangen wird (Stodder 2009: 85). Der WIR substituiert den Franken, wenn dieser nicht erhältlich ist, und stärkt so das wirtschaftliche Potenzial der teilnehmenden Unternehmen.

Zusammenfassung: Barter-Club-Verrechnungssysteme erfüllen für die teilnehmenden Unternehmen die Funktion des medium of exchange. Als unit of account fungieren sie aufgrund der Bindung an Staatsgeld nicht selbstständig, aufgrund ihrer Zinslosigkeit eignen sie sich lediglich eingeschränkt als store of value. Geld kann bei dieser Form sowohl als wechselseitiger Kredit im Moment der Transaktion geschöpft werden als auch von einer Zentralstelle gegen die Gewährung (nicht monetärer) Sicherheiten ausgegeben werden. Die Reichweite bleibt auf den Nutzerkreis beschränkt, der aber prinzipiell weitläufig sein kann.

53 In der Literatur wird der WIR-Ring nicht immer explizit als Barter-Club eingeordnet. Während Hubert (2004: 125f.) den WIR-Ring ebenfalls als Barter-Club einstuft, bezeichnen ihn Kennedy und Lietaer (2004: 111) als Mischung aus einem gemeinnützigen Mutual-Credit-System, wie sie LETS und Time Banks darstellen, und kommerziellen Barter-Systemen.

54 Im Gegensatz zu der hier vertretenen Auffassung schreibt Ryan-Collins dem WIR die Wertmaßstabsfunktion zu: „Given that WIR is not convertible in to the sovereign currency of the state, how do we conceptualise its function as a ‚unit of account‘ [...]?“ (Ryan-Collins 2010: 64).

55 Siehe die Informationen auf <www.wir.ch>.

3.3 Systemreform

Die bisher vorgestellten Konzepte ergänzen unser heutiges System nationaler Währungen. Im Folgenden werden demgegenüber alternative Geldkonzepte vorgestellt, deren Kern eine grundlegende Reform des Systems beinhaltet.

Ein Vergleich der verschiedenen Konzepte zeigt, dass die zentrale Diskussion um die Currency- und die Banking-Theorie, die die Geldtheorie des späten 19. Jahrhunderts geprägt hat, wieder zum Vorschein kommt. Reformen zur Stärkung staatlicher Geldschöpfung bauen auf dem Currency-Ansatz auf; Ideen des Währungspluralismus hingegen stehen der Banking-Theorie näher.⁵⁶ Die Positionen lassen sich verkürzt anhand einiger binärer Oppositionen beschreiben: Hinter Forderungen einer Verbesserung der staatlichen Geldsteuerungskapazität steht die Vorstellung exogenen Geldes. Das Gegensatzpaar zwischen exogenem und endogenem Geld kann man als Staat versus Markt beschreiben, also zentral versus dezentral.⁵⁷ Zwei Überzeugungen stehen sich gegenüber: „Money is far too important to be left to the market“ (Mellor 2010: 30) postulieren die einen, „if we ever again are going to have a decent money, it will not come from government: it will be issued by private enterprise“ (Hayek 1977: 1) die anderen.⁵⁸

Zunächst werden im Folgenden Forderungen nach einer Reform der Geldschöpfung vorgestellt, die eine Stärkung der staatlichen Steuerung durch die Zentralbank zum Ziel haben (3.3.1). Diese Forderungen stellen im Wesentlichen Reaktionen auf die in Abschnitt 2 skizzierte Entwicklung des Bedeutungsverlustes der Geldbasis und die gestiegene Bedeutung privatbanklicher Geldsurrogate dar. Aufbauend auf seinen Analysen zum Wachstumszwang fordert Binswanger beispielsweise eine effektive Bindung der Geldschöpfung an gesamtwirtschaftliche Ziele. Hierzu sei neben einer ökologischen Steuerreform eine Geldreform notwendig, durch die Zentralbanken die Geldschöpfung kontrollieren können (vgl. Binswanger 2012: 24). Zwei wesentliche Konzepte zur Stärkung der Zentralbanken werden im vorliegenden Papier vorgestellt: Das 100%-Geld Irving Fishers beziehungsweise der Chicago-Plan der Gruppe Chicagoer Ökonomen aus den 1930er-Jahren sieht eine hundertprozentige Reservepflicht vor (3.3.1.1); das in jüngerer Zeit von Joseph Huber und anderen konzipierte Vollgeld stellt Buchgeld dem Bargeld gleich, indem es ausschließlich von der Zentralbank geschöpft werden kann (3.3.1.2). Andere Überlegungen beinhalten die Wertdeckung des Geldes, wobei

56 Zu der Diskussion dieser beiden Schulen in knapper Form vgl. Borchert (2001: 59f.).

57 Bei den Komplementärwährungen finden sich, wie gezeigt, ebenfalls Währungen mit zentraler Schöpfung und solche mit dezentraler, von den Nutzern getätigter Schöpfung. Diese Unterschiede spiegeln auf kleinerer Ebene genau die hier aufkommenden gegensätzlichen Konzeptionen wider.

58 Das Gegensatzpaar zwischen der Forderung nach mehr Zentralbankkontrolle und weniger Zentralbankkontrolle ist dabei nicht gleichzusetzen mit einer grundsätzlichen marktliberalen oder zentralplanerischen Konzeption. Im Gegenteil stammen Forderungen nach stärkerer zentraler Regulierung der Geldemission auch von vielen verschiedenen marktliberalen Autoren, wie die Beispiele in 3.3.1.1 und 3.3.1.2 zeigen. Auch von deutschen Ordoliberalen um Walter Eucken wurden 100%-Reserven gefordert (Ilgmann/van Suntum 2008: 743).

vornehmlich die Bindung an nicht erneuerbare Ressourcen diskutiert wird, um mit einer Geldreform unmittelbar ökologische Ziele zu erreichen (3.3.1.3). Als weiterer Reformansatz wird, stellvertretend für verschiedene Ansätze zur strikteren Regulierung, welche die Giralgeldmenge durch Steuerpolitik zu kontrollieren gedenken, die Mehrgeldsteuer Dirk Soltes vorgestellt (3.3.1.4).

Auf der anderen Seite (3.3.2) finden sich überwiegend Reformforderungen nach einer Abschaffung des Zentralbankmonopols und eine Hinführung zu einem pluralistischen Währungssystem. Darunter fallen Free-Banking-Ansätze und Hayeks Vorstellung der Entnationalisierung des Geldes (3.3.2.1) ebenso wie Überlegungen zu einer Demokratisierung von Geldern (3.3.2.2). Hierbei spielen die bereits vorgestellten Komplementärwährungen eine wichtige Rolle; aber anstelle einer lokalen beziehungsweise regionalen, also punktuellen Ergänzung, enthalten die Forderungen weitreichendere Anwendungsbereiche nicht staatlicher Gelder. Insofern lässt sich bereits von einer Systemänderung sprechen. Zu den hier vorgestellten Konzepten gehören ebenfalls Vorstellungen von Weltwährungen (3.3.2.3), welche (supra-)staatlich oder privat im Sinne der pluralistischen monetären Demokratie emittiert werden können. Abschließend sollen parallele Staatswährungen vorgestellt werden (3.3.2.4), das sind zusätzliche Gelder, die in Wirtschaftskrisenzeiten von Staaten herausgegeben werden. Im Anschluss soll eine umfassende Umsetzung des Freigeldkonzepts Silvio Gesells betrachtet werden, das als Vorbild für verschiedene Komplementärwährungen diente, aber in der ursprünglichen Konzeption für die staatliche Ebene geplant war (3.3).

3.3.1 Zentrale Steuerung der Geldschöpfung

Gemeinsam ist verschiedenen Konzepten der Reform der Geldschöpfung, dass sie die staatlichen Steuerungsfähigkeiten über die Geldmenge erhöhen wollen.⁵⁹ Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass die private Geldschöpfung de facto nicht kontrollierbar ist, Geld im momentanen System also nicht exogen bestimmt wird (vgl. Smithin 2006). Die private Giralgeldschöpfung verläuft aber prozyklisch und löst daher (Assetpreis-) Inflation und die Bildung von Spekulationsblasen auf Finanzmärkten aus, die wiederum zu realwirtschaftlichen Schocks führen. Ein weiterer Kritikpunkt am System liegt darin begründet, dass private Banken von der Kreditgeldschöpfung durch Zinsgewinne profitieren, welche dem Staat zustehen sollten. Vorschläge zur Reform der Geldschöpfung fordern nun, das Zentralbankmonopol zur Geldschöpfung wiederherzustellen beziehungsweise einzuführen: „Um die Geldschöpfung wirksam steuern zu können, muss die Zentralbank daher von Anfang an die Geldschöpfung kontrollieren können“ (Binswanger 2012: 24). Solche Vorschläge finden sich bereits bei Irving Fisher und den Chicagoer Ökonomen mit dem 100%-Geld-Konzept.

59 Mit „staatlich“ ist hier „nicht privat“ gemeint. Die Steuerung liegt bei den meisten Reformvorschlägen weiterhin bei den Zentralbanken, die in der Regel unabhängig von der Regierung agieren.

3.3.1.1 100%-Geld und Chicago-Plan: *Full Reserve Banking*

Irving Fisher veröffentlichte vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1935 einen Vorschlag zum 100%-Geld, das heißt zu einer hundertprozentigen Deckung der Bankguthaben durch Zentralbankgeld (Fisher 1935; zur Entstehung des Vorschlags und Fishers politisches Vorgehen vgl. Allen 1993). Dieses Vorhaben ist auch als Chicago-Plan bekannt, da es von mehreren Chicagoer Ökonomen vertreten wurde.⁶⁰ Banken müssen gemäß dem Plan dauerhaft Barreserven in Höhe von 100 Prozent für die Sichtguthaben ihrer Kunden halten. Aus diesem Grunde wird der Ansatz auch *Full Reserve Banking* genannt. Der Kern dieses Plans bedeutet die Abschaffung des fraktionalen Bankensystems und schließt somit die Trennung der monetären und kreditwirtschaftlichen Funktionen des Bankensystems ein. Geldschöpfung sollte demzufolge von der Kreditvergabe unabhängig sein, womit den Geschäftsbanken die Möglichkeit zur Geldschöpfung entzogen wird. Das Geschäftsbankengeschäft würde sich entsprechend auf die Funktion als Finanzintermediär konzentrieren. Banken könnten Kredite nur in Höhe der ihnen zur Verfügung gestellten Sparguthaben sowie des Zentralbankgeldes, das sie vorab von der Zentralbank erhalten, vergeben (Allen 1993: 705).

Ausgangspunkt dieses Konzepts ist die Feststellung, dass der bargeldlose Zahlungsverkehr bei Zahlungen überwiegt und Zahlungen mit Bargeld weit übersteigen. Der Staat hat keinen umfassenden Einfluss auf die Schöpfung des Buchgeldes, denn Geschäftsbanken können im Rahmen ihrer Kreditgewährung einen Anspruch auf Zentralbankgeld einräumen, welcher wiederum selbst als Geld fungiert. Geschäftsbanken sind so zur multiplen Geldschöpfung auf Basis geringer Reservevorschriften fähig, das Buchgeld wird zum vorrangigen Zahlungsmittel. Zum größten Teil, zu Fishers Zeiten von ihm bereits auf 90 Prozent geschätzt, bestehen Zahlungsmittel nicht aus Zentralbankgeld, sondern aus „Scheckbuchgeld“.⁶¹

In der schnellen Vernichtung von Giralgeld sah Fisher die Hauptursache der Weltwirtschaftskrise. Der Zusammenbruch der Geldversorgung, der zwischen 1929 und 1933 auftrat, hätte Fisher zufolge mit einem *Full-Reserve-Banking*-System verhindert werden können (Bordo/Rockoff 2011: 40). Fisher nennt verschiedene Vorteile des 100%-Plans (vgl. Benes/Kumhof 2012: 5f.). So würden plötzliche Anstiege oder Zusammenbrüche

60 Fishers Veröffentlichung ist nicht der erste Vorschlag einer 100%-Reserve, sondern lässt sich als Zusammenfassung des Chicago-Plans sehen, den Ökonomen um Henry Simons diskutierten (Angell 1935; vgl. Gischer et al. 2012; Allen 1993). Ich folge hier im Wesentlichen Fishers Darstellung.

61 Vor dem Hintergrund der damaligen technischen Neuerung nutzte Fisher die Begriffe Scheckbuchgeld (*check-book money*) und Brieftaschengeld (*pocket-book money*). Heutzutage werden in der Regel die Begriffe Geschäftsbankengeld/Buchgeld/Giralgeld und Zentralbankgeld/Geldbasis genutzt. Das von Fisher angesprochene Verhältnis hat sich seit den 1920er- und 1930er-Jahren noch deutlich zugunsten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs verstärkt. Dies liegt insbesondere an den elektronischen Zahlungsvorgängen, die an die Stelle (und an die Stelle) von Scheckbüchern getreten sind.

des Kreditangebots von Banken verringert. Dadurch würde auch die Gefahr einer Inflation oder Deflation sinken und das System insgesamt stabilisiert. Der zweite Vorteil liege in der Verhinderung von Bankenstürmen und der Verringerung von Bankenpleiten. Insgesamt führe es zur Abschwächung von Boomphasen und Depressionen und zu einer stärkeren realwirtschaftlichen Rückbindung des Geldes. Als dritten Vorteil sieht er die außerordentliche Reduzierung öffentlicher Schulden, da Geld nicht mehr durch öffentliche Kreditaufnahme geschöpft würde. Somit könnte der Staat Geld direkt emittieren, anstatt zu verzinsende Kredite bei Banken aufnehmen zu müssen. Da Geld grundsätzlich nicht mehr über Kreditschöpfung entstehen würde, könnte darüber hinaus auch die private Verschuldung zurückgeführt werden. In ihrer Modellierung kommen die beiden IWF-Analytiker Benes und Kumhof jüngst zu dem Schluss, dass der Chicago-Plan in der Tat die von Fisher genannten Vorzüge aufweise (Benes/Kumhof 2012).

Zu den Befürwortern von Full Reserve Banking gehört auch Milton Friedman mit seinem Programm für monetäre Stabilität (Milton Friedman 1961: insbesondere 65–75).⁶² Eine vollständige Reservedeckung verhindere jeden Bankensturm, da 100 Prozent der Einlagen gedeckt sind und somit an die Kunden mit Sparguthaben eintauschbar sind. In jüngster Zeit liefert Binswanger konkrete Überlegungen zu einer Umsetzung des 100%-Geldes (Binswanger 2012). So könnte den Geschäftsbanken im Rahmen einer Übergangsfrist bei der Rückzahlung von Krediten Zentralbankgeld in Höhe der vorherigen Kreditsumme zur Verfügung gestellt werden, sodass sie dann neue, nun voll gedeckte Kredite vergeben können.⁶³

Kritiker des Ansatzes vermuten, dass die strikte Regulierung der Buchgeldschöpfung dazu führen könnte, dass lediglich andere Finanzprodukte oder Assets Geldfunktionen übernehmen würden. Es würden somit Ausweichmöglichkeiten gesucht und die staatliche Steuerungsfähigkeiten weiterhin untergraben (vgl. Allen 1993: 716). Unter den hier vorgestellten Konzepten greift der Vorschlag der Mehrgeldsteuer diese Problematik auf, da sie auf alle Finanzprodukte erhoben werden soll (vgl. Abschnitt 3.1.1.4).

Zusammenfassung: 100%-Geld erfüllt die drei Geldfunktionen als medium of exchange, unit of account und store of value. Befürworter des Konzepts sehen im Vergleich zum jetzigen System eine verbesserte Erfüllung dieser Funktionen, da Kreditgeldmengenschwankungen, Inflation und Deflation reduziert werden können. 100%-Geld wird de facto exogen geschöpft, da jegliche Buchgeldschöpfung der Banken durch eine hundertprozentige Reserve abgesichert werden muss. Zu den Zielen gehören neben einer Stabilisierung der Geldmenge und somit einer Glättung von Konjunkturzyklen auch die Verringerung von Staatsschuld durch Seignioragegewinne und langfristig die Reduzierung privater Verschuldung.

62 Zu Unterschieden zwischen Friedmans und Fishers Konzeption vgl. Bordo/Rockoff (2011: 40). In Friedmans Konzeption sollte die Zentralbank Zinsen auf Reserven zahlen, wodurch es keine positiven Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte geben würde.

63 Ähnlich schlagen es Huber und Robertson für die in vielen Hinsichten ähnliche Vollgeldreform vor (Huber/Robertson 2008: 29f.).

3.3.1.2 Vollgeld und Monetative: Wiederherstellung des staatlichen Geldregals

Ausgangspunkt des Vollgeldreformkonzepts⁶⁴ ist ebenfalls die geringe Bedeutung der Geldbasis, also des Zentralbankgeldes an der Gesamtgeldmenge und die damit verbundenen gesunkenen beziehungsweise verlorenen Steuerungskapazitäten der Zentralbank. Ausgehend von der Annahme, dass „die Geldordnung unmissverständlich ein Teil der öffentlichen Rechtsordnung ist“ und nicht einfach „privatrechtlich ausgeübten Geschäftsinteressen“ folge (Huber 1998: 14), soll private Geldschöpfung verhindert werden. Vollgeld ähnelt dem 100%-Geld, indem Geld und Kredit voneinander gelöst werden und die Geldschöpfungskompetenzen ausschließlich bei der Zentralbank liegen. Die beiden Konzepte stärken also die Steuerung der Geldmenge durch die Zentralbank und verwehren Geschäftsbanken das Schöpfen von Geld. Ein Unterschied liegt darin, dass Vollgeld ohne Reservepflichten auskommt, da Vollgeld selbst Zentralbankgeld darstellt und nicht als mit 100 Prozent Reserve gedecktes Geschäftsbankengeld entsteht. Im 100%-Geld-System stellen Kundenkonten bei der Bank damit weiterhin Ansprüche auf Zentralbankgeld dar, während sie im Vollgeldsystem selbst vollwertiges Geld sind.⁶⁵ Buchgeld wird dem Bargeld gleichgesetzt:

Vollgeld bedeutet vollwertiges gesetzliches Zahlungsmittel, das als allgemeines reguläres Zahlungsmittel zu benutzen und zu akzeptieren ist. Vollgeld wird von der unabhängigen staatlichen Zentralbank oder einem vergleichbaren öffentlich-rechtlichen Organ herausgegeben. (Huber 2012: 39)

Im Wesentlichen argumentieren Befürworter des Vollgeldes, dass die durch das System staatlicher Zentralbanken eingeführte Kontrolle der Geldsteuerung durch die technischen Entwicklungen der Buchgeldschöpfung nicht mehr funktionsfähig sei. Dies erfordere eine Anpassung an heutige Gegebenheiten. Insbesondere müsse eben eine Form unbaren Geldes, nämlich die Sichtguthaben bei Banken, dem Bargeld gleichgestellt werden. Ziel ist es, „[d]em Giralgeld der Geschäftsbanken ein Ende [zu] setzen zugunsten von Zentralbankgeld, sinngemäß analog den Reformen des 19. Jahrhunderts, als private

64 Ich nutze hier den im deutschsprachigen Raum gebräuchlichen Begriff Vollgeld. Verwandte Konzepte finden sich unter den Begriffen „*positive money*“ (www.positivemoney.org.uk) in England sowie, vom American Monetary Institute (www.monetary.org) und Zarlenga (2002) für die USA vorgeschlagen, „*U.S. Money*“ (www.monetary.org/wp-content/uploads/2010/11/amacolorpamphlet.pdf), aber auch „*sovereign money*“ (www.sovereignmoney.com/). Einen ähnlichen Vorschlag hat der Kongressabgeordnete Kucinich im „National Emergency Employment Defense Act – the N.E.E.D. Act – HR 2990“ vorgelegt (vgl. <http://kucinich.house.gov/news/documentsingle.aspx?DocumentID=294415>). Weitere Initiativen mit Reformvorschlägen existieren in der Schweiz (www.vollgeld.ch), Italien (www.primit.it) und Deutschland (www.monetative.de). Insofern ließe sich auch von Vollgeldkonzepten sprechen.

65 Huber sieht eine Vollgeldreform als überlegen an, da er im 100%-System technische Schwierigkeiten sieht. Zu den Details der Argumentation siehe Huber (2012: 49f.). Auch Binswanger befürwortet eine Vollgeldreform, hält aber 100%-Geld für eine nahezu gleichwertige Alternative zum Vollgeld (Binswanger 2012).

Banknoten durch Zentralbanknoten ersetzt wurden“ (Huber 2012: 37). In der Tradition der Currency-Theorie stehend, fordert Vollgeld demnach vollständige Kontrolle des Geldes als Gemeingut durch den Staat (Huber 2004: 15).

Im Vollgeldsystem wird Geld als allgemeines Zahlungsmittel demnach von einer staatlichen Institution bereitgestellt, sodass das Bankgeschäft ausschließlich in der Finanzierung ökonomischer Aktivitäten auf Basis des im Umlauf befindlichen Geldes besteht. Die politische Unabhängigkeit der Zentralbank nimmt zentralen Raum in den Überlegungen ein.⁶⁶ Eine inflationäre, politischen Interessen untergeordnete Geldpolitik soll vermieden werden. Daher sieht das Konzept Verfassungsrang für die Geldsteuerung vor. Die Zentralbank soll zu einer unabhängigen „Monetativen“⁶⁷ erhöht beziehungsweise durch eine solche ersetzt werden. Die Monetative ergänzt gleichberechtigt Legislative, Exekutive und Judikative.⁶⁸

Vollgeld soll in stärkerem Maße als 100%-Geld zur Finanzierung des Staatshaushaltes beitragen. Es wird zinslos und dauerhaft dem Staat überlassen.⁶⁹ Dieser kann damit

66 In dieser Frage unterscheidet sich das Vollgeld Hubers vom U.S. Money Zarlengas (2002) und des American Monetary Institute, welche die Fed unter das Finanzministerium ordnen wollen und die Emittierung von Geld einem „Monetary Board“ unter dem Dach des Finanzministeriums übertragen wollen, somit politisch weiterhin steuerbar.

67 Vgl. <www.monetative.de>.

68 Damit stellt sich das Vollgeldkonzept in eine Reihe von amerikanischen Reformvorschlägen, die Verfassungsrang für die Geldschöpfung beinhalten, um die Fed zu entpolitisieren. James Buchanan zufolge sollte es einer Geschäftsbank nicht gestattet sein, mehr als den *face value* der vorhandenen Geldbasis (also Zentralbankgeld) zu verleihen, denn „to allow separate banks to create short-term liabilities to a multiple of the base money on the asset side of the account removes from the issuing authority some of the control of the aggregate amount of that value treated as money in the economy without offsetting benefits, thereby making the financial structure vulnerable to unpredictable shifts among instruments, which, in turn, generate changes in real values“ (Buchanan 2010: 255). Schließlich sei es das oberste monetäre Ziel, den Geldwert stabil zu halten, damit er als vorhersagbarer Parameter in ökonomische Transaktionen eingehen kann. Der Geldwert muss daher außerhalb der Reichweite des Teilnehmerkreises der Wirtschaft bestimmt werden und ebenfalls außerhalb der politischen Domäne. Daher fordert Buchanan, „[c]learly some defined process and institutional structure must be established, with genuine constitutional authority, over and beyond that of democratic majoritarian politics. Something analogous to the independent judiciary, under the Supreme Court, seems required – a monetary authority that is independent of politics, but which remains itself bound by the parameters set out in the constitution itself“ (Buchanan 2010: 256). Kritiker Buchanans wie Horwitz (2011) und Roháč (2011: 38) sehen in der Konstitutionalisierung der Geldschöpfung kein geeignetes und funktionsfähiges Instrument der Entpolitisierung und verweisen auf die ihrer Ansicht nach nützlichere Aufhebung des Zentralbankensystems durch eine Entnationalisierung des Geldes nach Hayek; vgl. Abschnitt 3.3.2.1.

69 Das zinsfreie Überlassen von Notenbankgeld an den Staat anstelle der verzinslichen Kreditaufnahme bei Geschäftsbanken ist kein Alleinstellungsmerkmal des Vollgeldkonzepts. Auch Shakespeare und Challen befürworteten eine zinsfreie Kreditaufnahme des Staates bei der Zentralbank zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben (Shakespeare/Challen 2002: 63). Mouatt (2010: 19) nennt David Ricardo als Vorläufer solcher Vorschläge.

etwa Schulden abbauen, Steuern senken oder Ausgaben tätigen.⁷⁰ Wenn eine Reduzierung der umlaufenden Geldmenge erforderlich wäre, müsste der Staat eingeholte Steuern an die Monetative abführen. In der Überlassung des Vollgeldes an den Staat sehen Befürworter der Reform eine Möglichkeit der Lösung des Staatsverschuldungsproblems: Denn durch den langsamen Ersatz von Giralgeld durch Vollgeld entsteht (zunächst einmalig eine hohe) Seigniorage. Schließlich wird das neu geschöpfte Geld dem staatlichen Haushalt zur freien Verfügung überlassen. Die Seigniorage stellt den Gewinn der Geldschöpfung dar, also die Differenz des Betrages neugeschöpften Geldes sowie der zur Erstellung notwendigen Kosten. Huber schätzt die Höhe dieser einmaligen Seigniorage für Deutschland auf über 1.300 Mrd. Euro, die, über den einige Jahre andauernden Reformprozess verteilt, dem Haushalt zufließen und beispielsweise zu einer erheblichen Reduktion der Staatsschulden in Höhe von mehr als 2.000 Mrd. Euro beitragen könnten. Nach Abschluss der Systemreform entstünde jährlich weiterhin ein Seignioragegewinn durch den Geldmengenzuwachs, den Huber für Deutschland auf 40 bis 90 Mrd. Euro (bezogen auf die Jahre 2007 bis 2010) schätzt (Huber 2011: 133–139).

Einige grundsätzlich wohlwollende Kritiker am Vollgeldansatz vermissen einen Mechanismus gegen Geldhortung. In der Tat lehnt Huber eine Umlaufsicherung ab, da er das Horten von Geld (Bargeld und Sichtguthaben) in einer modernen Volkswirtschaft als vernachlässigbar und unbedeutend ansieht (Huber 2011: 120; vgl. Löhr 2011b: 43). Creutz (2011) hingegen sieht im möglichen Horten von Sichtguthaben eine Gefahr (ähnlich Mouatt 2010; Löhr 2011b), da Vollgeld dann dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden kann. Daher fordert er eine Umlaufsicherung. Mouatt kritisiert das Konzept hingegen grundsätzlich, da es keine Anreize für monetäre Disziplin setzt, welche dem Kreditgeldsystem inhärent seien, in welchem Kredite stets zurückgezahlt werden müssten. Stattdessen setzt es auf eine Stärkung zentraler staatlicher Kontrolle, welche allerdings nur schwer erzielbar sei (Mouatt 2010: 20). Bei einer zentralen Steuerung der Geldemission ohne Geschäftsbanken als Nachfrager entstehe ein Informationsdefizit, da die Zentralbank keine direkten Marktsignale erhalte (Creutz 2011: 24).

Zusammenfassung: Vollgeld erfüllt die drei Geldfunktionen des medium of exchange, unit of account und store of value nach Meinung der Befürworter besser als das momentane Geld. Es wird exogen durch eine Zentralbank geschöpft, welche als unabhängige Monetative die Steuerung der Geldmenge übernimmt. Vollgeld wird zinsfrei und dauerhaft dem Staat überlassen. Hauptziele sind eine effektive Kontrolle der Geldschöpfung zur systemischen Stabilisierung und zur Vermeidung von Inflation und spekulativer Finanzmarktblasenbildung. Weiterhin kann Vollgeld zur Finanzierung der Staatshaushalte herangezogen werden.

70 Huber schlägt darüber hinaus vor, das Geld zweckungebunden dem öffentlichen Haushalt zu überlassen (Huber 2012; Huber/Robertson 2008). In seiner ersten Version des Vollgeldansatzes hatte er sich noch für die Finanzierung eines (geringen) allgemeinen Grundeinkommens ausgesprochen (Huber 1998). Kritik an einer solchen Kopplung findet sich bei Creutz (2002). Für das vorliegende Discussion Paper ist die Diskussion um die Verwendung der Seigniorage nicht relevant und wird daher ausgeklammert.

3.3.1.3 Ressourcendeckung

Probleme der Geldwertstabilität lassen sich nach Meinung einiger in der Tradition der Currency-Theorie stehenden Theoretikern durch eine Wiedereinführung wertgedeckten Geldes vermindern. Wertgedecktes Geld ist dann – im Gegensatz zum heutigen Fiatgeld – an den Wert seiner Deckungsbasis gebunden. Vereinfacht gesprochen ist laut Currency-Theorie eine vollständige Deckung des Geldes (Zentralbankgeldes) notwendig, um eine regelmäßige Verringerung des Geldwertes zu verhindern (vgl. Borchert 2001: 59f.). Eine Möglichkeit ressourcengedeckten Geldes ist die Rückkehr zum Goldstandard. Daneben existieren Konzepte, den Geldwert an Emissionsrechte nicht erneuerbarer Ressourcen zu koppeln.

Der ehemalige Weltbankpräsident Robert Zoellick schlägt in seinen in der Financial Times veröffentlichten Überlegungen zur Zukunft des Weltfinanz- und Weltwirtschaftssystems eine Rückkehr zum Gold als „international reference point of market expectations about inflation, deflation and future currency values“ vor (Zoellick 2010). Er begründet dies damit, dass Gold auf dem Markt als Geldvermögen gehandelt wird, auch wenn es in der ökonomischen Theorie als veraltetes Geld angesehen werde.⁷¹ Befürworter einer Rückkehr zum Goldstandard sehen darin eine Möglichkeit, das Geldmengenwachstum zu begrenzen, die Krisenanfälligkeit des Systems zu reduzieren und Stabilität hervorzubringen.⁷²

In jüngerer Zeit finden sich neben der Forderung einer Rückkehr zum Goldstandard weitere Ideen zur Implementierung wertgedeckten Geldes, welche gleichzeitig eine ökologisch nachhaltigere Weltwirtschaftsordnung zum Ziel haben. Dabei soll Geld an nicht erneuerbare Ressourcen gebunden werden, das heißt an bestimmte Quoten von umweltschädlichen Emissionen. Die Idee einer Bindung der Geldmenge an Emissionsrechte wird mittlerweile von verschiedenen Autoren vertreten, die teilweise auf globaler, teilweise auf nationaler Ebene ansetzen. Einen frühen Vorschlag liefert Douthwaite, der als Teil eines vierstufigen Geldsystems eine internationale Reservewährung auf Basis spezieller Emissionsrechte vorsieht, die regelmäßig den einzelnen Staaten zugeteilt werden sollen (Douthwaite 1999).⁷³ Diese internationale Reservewährung soll dafür sorgen, dass einzelne Währungen wie Dollar oder Euro nicht als Reservewährungen gehalten werden und somit in größerem Maße als für die heimische Wirtschaft notwendig

71 Forderungen nach Wiedereinführung des Goldstandards existieren seit Langem. So befürwortet der republikanische Kongressabgeordnete Ron Paul seit Jahrzehnten die Rückkehr zum Goldstandard (vgl. Paul/Lehrman 2007).

72 Forderungen nach einer Wiedereinführung des Goldstandards finden sich teilweise gepaart mit Forderungen eines Free-Banking-Regimes, etwa bei White (2011; vgl. 3.3.2.1). Von Hayek sieht hingegen keine Möglichkeit der Rückkehr zum Goldstandard, da er sich eine freiwillige und glaubwürdige Unterwerfung der Politik unter die strikten Regeln eines Goldstandardsystems nicht vorstellen kann (Hayek 1977: 2).

73 „Essentially, the proposed system is a version of the gold exchange standard“ (Douthwaite 1999, Kapitel 4: 7).

emittiert werden können. Douthwaite schlägt dazu eine an CO₂-Emissionsrechte gebundene Währung vor. Diese Rechte sollten zu 45 Prozent den Staaten zugeteilt werden, welche sie seines Erachtens gleichmäßig als „domestic tradable quotas“ an ihre Bürger auszahlen sollten, und zu 55 Prozent versteigert werden (Douthwaite 1999, Kapitel 4: 5).

In dieser Tradition stehend diskutiert Solte eine Deckung von Geld durch „Common Goods“, nach der die globale Geldmengensteigerung ebenfalls an ein gemeinsames Güterbündel, das nicht erneuerbare Ressourcen (zum Beispiel CO₂-Emissionsrechte) beinhaltet, gebunden werden soll. Den einzelnen Staaten beziehungsweise Währungsräumen stünden spezifische Quoten zu, welche von den Zentralbanken ausgehandelt würden. Das Geldmengenwachstum, also die Höhe und Verteilung der Quoten, soll sich dabei an einem im Sinne der Nachhaltigkeit zumutbaren Wachstumsniveau orientieren. Die Einhaltung der Quoten sollte von einer internationalen Organisation, beispielsweise von der WTO, überwacht werden (Solte 2009b: 81–90).⁷⁴

Während diese Vorschläge Emissionsrechte auf internationaler Ebene betrachten, setzen andere Autoren auf nationaler Ebene an. Ebenfalls unter dem Stichwort Karbonwährungen fordern sie einen individuellen Handel von CO₂-Emissionsrechten, der durch die Verteilung von handelbaren Quoten für jeden Bürger erreicht werden soll (Seyfang 2009a, 2009b). Diese Ansätze⁷⁵ nutzen Erfahrungen mit Komplementärwährungen und beinhalten oftmals mehrstufige, pluralistische Währungssysteme (vgl. Eyre 2010 für eine kritische Würdigung verschiedener Ansätze). Karbonwährungen gelten dabei als effektive Maßnahme gegen die globale Erwärmung (Victor/House 2004: 59). Als problematisch werden in der Literatur Umsetzungsmöglichkeiten eines solchen Karbonhandels auf individueller Ebene gesehen, da er auf großen Widerstand in der Politik stößt (Parag/Eyre 2010). Auch bleiben für eine technische Umsetzung Fragen der Auswahl der Güter sowie die Zuteilung der Quoten auf Staaten oder Individuen teilweise ungelöst (Solte 2009b: 64f.).

Zusammenfassung: Wertgedeckte Gelder erfüllen die Funktion des medium of exchange, des unit of account und des store of value. Sie haben eine Begrenzung und Stabilisierung der Geldschöpfung zum Ziel, um Inflation zu vermeiden. Währungen, die auf Emissionsquoten basieren, verfolgen darüber hinaus ökologische Ziele und wollen eine realwirtschaftliche Rückkopplung des Finanzsystems erzielen. Außerdem soll der Ressourcenverbrauch begrenzt werden. Das Zielsystem der Geldmengensteuerung wird somit um eine weitere externe Dimension ergänzt. Geldschöpfung kann zentral (zum Beispiel über Quotenverabredungen) oder dezentral (bei einigen Goldstandardkonzepten) erfolgen. Die Reichweite der hier vorgeschlagenen Gelder reicht von der nationalen bis auf die internationale Ebene.

74 Sie sollten nach Solte so gestaltet sein, „dass das insgesamt damit realisierbare Bruttoinlandsprodukt nicht mehr an knappen Ressourcen beansprucht, als unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Ressourcennutzung pro Jahr nachwachsen oder über Innovationen substituiert werden kann bzw. hinsichtlich eines ‚zulässigen‘ Volumens vereinbart ist“ (Solte 2009b: 83).

75 Unter den zahlreichen Initiativen und Webpages zum Thema findet sich die Seite der Carbon Currency Foundation: <www.carboncurrencyfoundation.org>.

3.3.1.4 Mehrgeldsteuer

Während die bisher vorgestellten Konzepte die Zentralbank- und Buchgeldschöpfung reformieren wollen, gehen andere Vorschläge insofern darüber hinaus, als sie gezielt weitere Geldsurrogate und geldnahe Finanzprodukte einbeziehen. Dabei wird die Steuerpolitik als Mittel der Geldmengen- beziehungsweise Geldumlaufsteuerung eingesetzt. Ein bekanntes Beispiel ist die Tobinsteuer genannte Finanztransaktionssteuer auf internationale Devisengeschäfte. An dieser Stelle soll stellvertretend die Mehrgeldsteuer nach Solte dargestellt werden. Ausgangspunkt für Soltes Analyse ist das Missverhältnis der Geldbasis zu verbrieften Geldansprüchen, welches er als zentrales Problem und ursächlich für die aktuelle Krise ansieht. Dahinter stehe eine Entkopplung von realwirtschaftlichem Wachstum und den über das Zentralbankgeld hinausgehenden Geldsurrogaten.

Das Konzept der Mehrgeldsteuer versucht, einen Beitrag zur Vermeidung sowohl ökologischer als auch ökonomischer Krisen zu leisten. Durch umfassende Reformen sollen ein ökosoziales Wachstum beziehungsweise eine „nachhaltigkeitsorientierte“ Limitierung des Bruttoinlandsprodukts sowie dessen Wachstum auf weltweiter Ebene“ (Solte 2009b: 81) ermöglicht werden. Zum Reformkonzept gehört die bereits vorgestellte Bindung der Zentralbankgeldschöpfung an international ausgehandelte Emissionsrechte (vgl. 3.3.1.3).

Hinsichtlich der Giralgeldschöpfung besteht ein Unterschied in diesem Ansatz zu den bisher vorgestellten insofern, als ihm ein wesentlich breiterer Geldbegriff, eine weiter umfasste Geldmenge zugrunde liegt. In der Reform sollen im Prinzip jegliche Finanzprodukte bei der Regulierung berücksichtigt werden, also beispielsweise auch verbrieftete Sicherheiten, Aktien, Optionsscheine etc. Begründet wird dies damit, dass solche Papiere wie Geldsurrogate wirken und sich Märkte gebildet haben, auf denen sie gehandelt werden. „Jede Form eines handelbaren, verbrieften Anspruchs auf Geld, Waren, Dienstleistungen etc. (Finanzmarktprodukte) wird in einer allgemeinen Sicht so interpretiert, als wäre auch eine Erfüllung des Anspruchs über einen, dem Wert der Schuld entsprechenden Zentralbankgeldbetrag möglich“ (Solte 2009b: 82 vgl. auch S. 59f.). Eine solche umfassende Einbeziehung verschiedener Finanzprodukte erscheint Solte allein deshalb angebracht, weil auf Finanzmärkten Finanzprodukte gehandelt werden, die nicht der Finanzierung realer Produktion dienen, sondern „eigenständige Wertschöpfungen“ darstellen (Solte 2009b: 67).⁷⁶

76 Hinsichtlich der Steuerung der multiplikativen Geldschöpfung, also des Mehrgeldes, hält Solte Mindestreservepflichten und Eigenkapitalquoten für Banken für völlig unzureichend. Solche Richtlinien müssten grundlegend auf alle Emittenten von Mehrgeld ausgedehnt werden und auch „alle anderen Unternehmen als Teil international verabredeter Accounting Standards ausgedehnt werden“ (Solte 2009b: 66).

Die Ausweitung verbriefteter Geldansprüche soll nun mit einer „Mehrgeldsteuer“ (*leverage money tax*)⁷⁷ eingedämmt werden. Eine solche Steuer bedeutet eine Abgabe auf alle Arten emittierter Schuldtitel oder vergebener Kredite, somit auch auf Aktien. Die Höhe des Steuersatzes soll dabei umgekehrt proportional vom Risikogewicht der gewährten Kredite abhängen.⁷⁸ Dies würde bedeuten, dass die Steuer umso höher ist, je geringer der Zinssatz des Kredits ist. Denn bei hohen Zinsen, die tendenziell insbesondere private Haushalte und kleine und mittlere Unternehmen zu leisten haben, sei die Gefahr übermäßiger Geldschöpfung ohnehin gering. Daher würden durch die Mehrgeldsteuer insbesondere die „Hauptprofiteure im Finanzmarkt“ belastet. So nennt Solte als eine Intention, „Unfairness im Markt, die aus der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit von Akteuren resultiert und dabei die Stärkeren gegenüber den Schwächeren bevorteilt, mit auszugleichen bzw. abzuschwächen“ (Solte 2009b: 95).⁷⁹

Zusammenfassung: Dem Reformvorschlag der Mehrgeldsteuer liegt ein breiter Geldmengenbegriff zugrunde, der umfassend verschiedene Finanzprodukte einbezieht. In dieser Sichtweise überwiegt die Funktion des medium of exchange; die Funktionen als unit of account und als store of value müssen nicht von jeglichem „Mehrgeld“ erfüllt werden. Mehrgeld wird endogen geschöpft, die Steuerungskapazitäten sind gering und sollen durch Beeinträchtigung der Tauschfunktion durch Steuerabgaben erhöht werden.

3.3.2 Währungspluralismus

Die bisher vorgestellten Ansätze basieren auf einer Stärkung des staatlichen Geldschöpfungsmonopols oder allgemein auf einer Hervorhebung staatlicher Aufgaben und Tätigkeiten. Ein weiterer Strang von Reformvorschlägen zielt im Gegensatz dazu auf eine Abschwächung territorialstaatlichen Geldes und der Steuerung durch Staaten beziehungsweise Zentralbanken ab. Hierunter fallen verschiedene Konzepte des Free Banking und des Währungswettbewerbs (3.3.2.1), welche in der politisierten Zentralbanksteuerung Ursachen von Geldwertinstabilität ausmachen. Andere Konzeptionen eines Währungspluralismus sehen demgegenüber die stetige Knappheit von Geld auf lokaler oder regionaler Ebene als das grundlegende Problem an und fordern eine Demokratisierung von Währungen unter Einbeziehung zahlreicher Komplementärwährungen (3.3.2.2). Auf einer systemischen Ergänzung staatlichen Geldes basieren auch Überlegungen zur (internationalen oder privaten) Schaffung einer zusätzlichen Weltwährung (3.3.2.3) sowie zur staatlichen Ergänzung von Währungsräumen durch Parallelgelder, wie sie zuletzt insbesondere für die im Euroraum schwächelnden Krisenstaaten vorge-

77 Analog verwenden Eichhorn und Solte den Begriff „Schwellgeldsteuer“ (Eichhorn/Solte 2009: 166).

78 Darüber hinaus könnte die Höhe der Steuer auch von der „Ressourceneffizienz eines Währungsraums“ mitbestimmt werden (Solte 2009b: 67).

79 Das ehrgeizige Reformprogramm Soltes umfasst außerdem Harmonisierungen der Steuerpolitik, auf welche an dieser Stelle nicht weiter eingegangen wird.

schlagen wurden (3.3.2.4). Diese beiden Konzepte bauen auf einer starken staatlichen Steuerungsfähigkeit auf, lassen aber die Idee einer einzigen gültigen und staatlich kontrollierten Währung fallen.

3.3.2.1 Denationalisierung des Geldes und *Free Banking*

Ähnlich den Plänen zu 100%-Geld und Vollgeld setzen die folgenden Konzepte an einer Herstellung von Geldwertstabilität an. Im Gegensatz zu den oben vorgestellten Reformansätzen fordern Theorien des Free Banking allerdings keine Stärkung zentraler Steuerungsinstitutionen, sondern eine Abkehr von Zentralbanken. Grundlegend basieren Theorien des Free Banking auf der Vorstellung effizienter Koordinierung über den Markt (Arestis 2006: 355f.). Zentrale Bedeutung erhält die Geldwertstabilität, welche insbesondere durch politische Eingriffe beziehungsweise durch die Politisierung der Geldpolitik gefährdet sei. Schließlich würden die kurzfristigen Interessen der Politiker eine laxe Geldpolitik befürworten, selbst wenn sich diese gegen die eigenen langfristigen Interessen richtete. Konzepte des Währungswettbewerbs bieten demnach eine zu den Forderungen nach Verfassungsrang für Geldmengensteuerung konträre Antwort: Nicht mehr, sondern weniger staatliche Kontrolle der Steuerung verhindert unkontrollierte Geldmengensteigerungen. Freie, private Schöpfung von Geld und der damit verbundene Wettbewerb würden zu einer Vielzahl an stabilen Geldern führen. Kein Geld wäre gesetzliches Zahlungsmittel. Geld ausgebende Banken hätten starke Anreize, auf die Stabilität ihres Geldes zu achten, da sie sonst aus dem Markt gedrängt würden.⁸⁰

Von Hayeks Werk zur Denationalisierung des Geldes ist ein zentrales Konzept in der Free-Banking-Diskussion. Er leitet ein:

If we ever again are going to have a decent money, it will not come from government: it will be issued by private enterprise, because providing the public with good money which it can trust and use can not only be an extremely profitable business; it imposes on the issuer a discipline to which the government has never been and cannot be subject. (Hayek 1977: 1)⁸¹

80 Kritik an solchen Vorstellungen findet sich zum Beispiel bei Ingham, der die weiter anhaltende Bedeutung von Staaten zur Ausstellung von Geld betont und grundsätzlich die Möglichkeit bezweifelt, dass private Geldaussteller in Konkurrenz zu Staaten treten können. Diese seien nicht langlebig genug und könnten im wettbewerblichen Prozess der schöpferischen Zerstörung nicht das notwendige langfristige Vertrauen aufbauen, das notwendig wäre, um mit staatlichem Geld zu konkurrieren (Ingham 2002: 132).

81 Hayek führt im Weiteren aus, dass der mit Keynes aufgekommene beziehungsweise wiederbelebte Glaube an die Steuerungsmöglichkeit des Marktes durch Regierungen höchstens zu kurzfristig positiven Effekten führen könne, langfristig aber schädlich sei und zu weiterer Arbeitslosigkeit führe. Aufgrund der keynesianischen Geldpolitik hält er eine Rückkehr zum Goldstandard, der lange Zeit seine Tauglichkeit gezeigt habe, für unmöglich, schließlich würden sich Regierungen nicht an die Regeln halten müssen, noch könnten sie dies unter dem Druck der Öffentlichkeit und der Anhänger Keynes.

Das wichtigste Attribut einer Währung ist nach Hayek ihre Kaufkraft. In einem System mit (nationalen) Zentralbanken haben private Banken allerdings keine Kontrolle über die Geldwertstabilität (Ferris/Galbraith 2006: 214f.). Bei einer Denationalisierung würden private Banken ihre eigene Währung ausgeben, die im Wettbewerb zu den anderen steht. Alle Güter hatzen dann mehrere monetäre Preise, nämlich jeweils einen in der Währung jeder Bank. Die Banken würden nun einen Warenkorb definieren, anhand dessen sie ihre Geldwertstabilität bestimmen würden. Da die Nachfrager nach Geld Preisstabilität und somit stabile Währungen präferieren, würde sich im Wettbewerb stabiles Geld durchsetzen und instabiles aus dem Markt gedrängt. Durch einen solchen Wettbewerb könnte die Versorgung mit stabilem Geld und somit die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus hergestellt werden: „[W]e may indeed achieve a position in which at last capitalism is in a position to provide itself with the money it needs in order to function properly, a thing which it has always been denied“ (Hayek 1977: 7f.).

Die Attraktivität dieser Konzepte beruht für seine Anhänger letztlich auf der Unmöglichkeit zentraler Steuerung, selbst wenn die Intentionen der Steuerungsinstanz benevolent wären. Schließlich ist die optimale Geldversorgung ex ante nicht zu erfahren, sondern kann effizient nur durch den Wettbewerbsprozess selbst ermittelt werden (Rohac 2011: 39). Der Wettbewerb zwischen verschiedenen Währungen diszipliniert jeden einzelnen Geldschpfer: Durch eine sorglose Geldpolitik verursachte Inflation oder Deflation würden zu einer Abkehr der Nutzer – Individuen, Unternehmen, Banken – führen. „We need free banking, where interbank competition constraints credit creation and no central bank exists to loosen the constraints“ (White 2011: 500). Einzige Voraussetzung eines solchen Systems sei der grundlegende verfassungsmäßige Schutz von Privateigentum, Verträgen und Vertragsfreiheit (Horwitz 2011). Free Banking wendet sich somit sowohl gegen eine „Politisierung“ des Geldes durch Zentralbanken und Politiker als auch gegen die Forderung nach Verfassungsrang der Zentralbank, die etwa Buchanan (2010) stellt, um langfristige Geldwertstabilität zu erreichen.

Innerhalb der Free-Banking-Konzepte gibt es trotz der Übereinstimmung in grundlegenden Fragen Unterschiede. So sieht Hayek zwei verschiedene Wettbewerbe: einerseits den Wettbewerb um den Standard, welcher als Geld oder Recheneinheit gilt, und andererseits den Wettbewerb der Auswahl der spezifischen Institutionen, denen zugetraut wird, Geld dieses Standards auszugeben (Hayek 1977: 4).⁸² Gold ist nach von Hayek nicht notwendigerweise der Standard, der sich durchsetzen würde. Wenn der Goldpreis nach Ende des Zentralbankmonopols durch die zunächst steigende Nachfrage nach Gold deutlich stiege, bte er keinen verlässlichen, kalkulierbaren und stabilen Standard. Denn ein solcher Standard würde sich erst durch den Wettbewerb ergeben:

82 Zu den einzelnen Wahrungswettbewerben, die sich aus den verschiedenen Geldfunktionen ergeben könnten, vgl. ausführlich Bofinger (1985). Bofinger hielt bereits Mitte der 1980er-Jahre die Forderung der freien privaten Banknotenemission für einen Anachronismus, da die technischen computergesttzten Möglichkeiten nahezu freie Buchgeldemission bereits ermglichten (Bofinger 1985: 210).

The monopoly of government of issuing money has not only deprived us of good money but has also deprived us of the only process by which we can find out what would be good money. We do not even quite know what exact qualities we want because in the two thousand years in which we have used coins and other money, we have never been allowed to experiment with it, we have never been given a chance to find out what the best kind of money would be.
(Hayek 1977: 5)

Andere Konzeptionen des Free Banking unterscheiden sich von Hayeks Vision dadurch, dass sie nur einen der beiden Wettbewerbe vorsehen: den Wettbewerb um das Ausstellen des Geldes, nicht jedoch den um den Standard an sich. So plädiert White (2010, 2011) für einen Goldstandard mit Free Banking,⁸³ da er befürchtet, Banken könnten bei selbstständiger Wahl des wertdeckenden Warenkorbes ihre eigenen Profitmotive über das Ziel der Preisstabilität stellen (vgl. White 2011; zu diesem Aspekt vgl. Ferris/Galbraith 2006: 216f.).⁸⁴ Während Selgin (1988) ein wertgedecktes fraktionales Free-Banking-System befürwortet, wendet sich Hülsmann (1996) sowohl gegen ein fraktionales Reservesystem als auch ein reines Fiatgeldsystem⁸⁵.

Zusammenfassung: Die im Free-Banking-System geschöpften Gelder erfüllen nach Ansicht der Befürworter solcher Konzepte die Funktion des medium of exchange, des unit of account und des store of value deutlich besser als Zentralbankgeld. Wettbewerb diszipliniert und sorgt für Geldwertstabilität. Geldschöpfung erfolgt insofern endogen, als Marktteilnehmer und nicht eine Zentralbank Geld schöpfen. Die einzige exogene Beschränkung erfolgt bei der Wertdeckung durch die Begrenzung der verfügbaren Ressourcen. Das System enthält positive Zinsmechanismen. Die unterschiedlichen Ansätze beinhalten Vorschläge eines Goldstandards, eines fraktionalen Systems und eines völlig freien Fiatgeldes.

83 „A gold or silver standard, without a government central bank to loosen its constraints, will stop the banking system from following a path that inflates a bubble in asset prices“ (White 2010: 461).

84 Lewis hält grundlegend Versprechen der Banken in einem Free-Banking-System, ihre Währungen in Güter (wie Gold) umzutauschen, für unglaubwürdig (vgl. Lewis 1997: 296, der auf den Unterschied zwischen Vertrauen und Sicherheit verweist). Es werden daher Vertrags- und Sanktionssysteme benötigt, welche die Glaubwürdigkeit von Rücktauschversprechen erhöhen (vgl. Ferris/Galbraith 2006: 217–222).

85 Ein wichtiges Argument für Hülsmann ist die Unmöglichkeit für die Bank, ihr Versprechen allen Kunden gegenüber gleichzeitig einzuhalten, eigene Banknoten gegen Geld einzutauschen, weshalb er dem System inhärente Bankenstürme mit negativen Effekten zuweist. An dieser Stelle kann die ausführliche Diskussion um Free Banking nicht wiedergegeben werden. Neben zahlreichen Aufsätzen im Cato Journal der letzten Jahre (White 2010, 2011; Selgin 2010; Schuler 2001) finden sich weiterhin Befürworter (Horwitz 2011; Selgin 1994) und Kritiker (Bagus/Howden 2010), vgl. jüngst die Diskussion zwischen Bagus und Howden (2010, 2012) sowie Selgin (2012) und Evans und Horwitz (2011). Teilweise ältere Überblicke finden sich bei Gedeon (1997), Hülsmann (1996) sowie Ferris/Galbraith (2006).

3.3.2.2 *Ecology of Money* und Demokratisierung von Währungen

Unterstützung findet die Free-Banking-Idee in den letzten Jahren auch von zahlreichen Befürwortern von Komplementärwährungen, welche daher ebenfalls eine Vielfalt von Geldern fordern (vgl. 3.2). Aus dieser Perspektive soll der Pluralismus der Währungen weniger zur Geldwertstabilität und zur Inflationsvermeidung führen, sondern vielmehr den Mangel an Geld auf lokaler und regionaler Ebene ausgleichen. Das Geldsystem soll demokratischer gestaltet werden. Diese Sichtweise betont als weiteres Problem auf der globalen Ebene die Spekulation (vgl. Paul 2003: 153). Greco formuliert drei grundlegende Fehlfunktionen herkömmlichen Geldes:

1. It is kept artificially scarce; there is never enough of it to serve the purpose for which it is created;
 2. It is misallocated at its source, going not to those who are most in need or who will use it most efficiently but to political power centers (especially central governments), well-connected „insiders“, and those who already control vast pools of wealth (such as large corporations);
 3. It systematically pumps wealth from the poor and the middle class to the rich.
- (Greco 2001: 4, auch 8–12)

Die prozyklische Kreditgeldschöpfung durch Geschäftsbanken sehen Befürworter ebenso wie beispielsweise Anhänger von Vollgeldreformen als Problem an. Allerdings halten sie Lösungsansätze einer stärkeren zentralen Steuerung für kurzfristig und kontraproduktiv, denn damit würde lediglich ein Monopol durch ein anderes ersetzt werden: An die Stelle des „Bankenmonopols“ träte das Staatsmonopol (Hallsmith/Lietaer 2011: 38f.). Gemeinsam ist den hier als währungspluralistisch bezeichneten Konzepten mit den Ideen zu Währungswettbewerben, dass ein System einzelner Staatswährungen als schädlich angesehen wird: „A single (credit-money) currency creates a dependence that often becomes the root of the problem in a financial crisis“ (Mouatt 2010: 21).⁸⁶

Befürworter pluralistischer oder diverser Geldsysteme halten das Zentralbanksystem für eine künstliche Verknappung von Geld; es führe zur Aufrechterhaltung oder Erhöhung von Ungleichheit und Umverteilung von Arm zu Reich (Greco 2009; Mouatt 2010). Jedes System der Geldkontrolle durch Staaten oder den Bankensektor wird für eine unzulässige Einschränkung demokratischer Freiheiten und eine Behinderung lokalen Wirtschaftens gehalten (Greco 2001, 2009). Sie fordern stattdessen eine Vielfalt von Geldern, die in unterschiedlichem Maße die Funktionen des *unit of account*, *medium of exchange* und *store of value* erfüllen würden. Ein solcher Mix aus Geldern, welche jeweils lediglich eine dieser Funktionen erfüllen würden, sei effizienter und gerechter

86 Lietaer (2011) nutzt eine Analogie aus der Biologie beziehungsweise der Evolution, wenn er auf die Gefahren einer Mono-Kultur des Geldes hinweist: Während ein solches Mono-Kulturgeld unter spezifischen Bedingungen effizient wirken könne, sei es hochgradig vulnerabel gegenüber Schocks und unerwarteten Änderungen. Ein auf Diversität beruhendes System mit komplementären Währungen hingegen wäre demgegenüber resistenter. Zwar mögen komplementäre Währungen nur geringe makrowirtschaftliche Effekte erzielen, sie können aber während einer Finanzkrise aufgrund ihrer antizyklischen Tendenzen zu einer Stabilisierung beitragen.

(Hallsmith/Lietaer 2011: 56f.).⁸⁷ Schließlich seien verschiedene Typen von Währungen erforderlich, um die unterschiedlichen Funktionen von Geld zu erfüllen. Grundsätzlich sollte es jedem Einzelnen gestattet sein, Geld zu schöpfen. Das Geld müsse durch Güter oder Dienstleistungen gedeckt sein, die der Emittent auf den Markt bringt oder bringen wird (Riegel 2003: 95). Lokale Währungen würden durch lokale Wertschöpfung gedeckt. Allgemein sollte es den Individuen freigestellt werden, jegliches Zahlungsmittel ihrer Wahl zu nutzen. Greco stellt sich dabei ein geldloses System der reziproken Kreditwirtschaft vor, das auf *credit clearing* basiert. Denn letztlich würde die Verrechnung von Leistungen (Geschäfts- und Zentralbanken-)Geld obsolet machen (Greco 2009). Die Ergänzung verschiedener kommunaler, staatlicher und privater Gelder auf verschiedenen Ebenen wird oft als „*ecology of currencies*“ (Hallsmith/Lietaer 2011: 56f.) oder „*ecology of money*“ (Douthwaite 1999) bezeichnet.

In Douthwaites Konzeption der Ecology of Money ergänzen sich Gelder auf vier Stufen. An die Seite von nationalen beziehungsweise staatlichen Währungen treten eine wertgedeckte internationale Währung⁸⁸ sowie regionale und lokale Währungen verschiedener Art. Als *unit of account* fungiert die auf Emissionsquoten beruhende internationale Währung EBCU. Wertgedeckte nationale und regionale Währungen würden ausschließlich als Tauschmittel dienen, nicht aber als Recheneinheit oder Wertaufbewahrungsmittel. Dementsprechend würden in diesen Währungen lediglich kurzfristige Kredite vergeben. Darüber hinaus sieht die Ecology of Money spezifische Sparwährungen vor, die voraussichtlich relativ sichere Kapitalanlagen darstellen würden. Durch die Nutzung regionaler Währungen und vor allem deren mögliche Wechselkursschwankungen zur internationalen Referenzwährung können Ungleichheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung (zum Beispiel geografisch begrenzte Krisen) besser ausgeglichen werden, da der Wechselkursmechanismus⁸⁹ die Wettbewerbsfähigkeit der schwächeren Region (wieder-)herzustellen vermag. Auf unterster Ebene treten lokale Währungen, zu denen Douthwaite die in 3.2 vorgestellten Komplementärwährungen wie LETS, aber auch den WIR-Ring zählt. Solche Währungen würden sich üblicherweise antizyklisch entwickeln und insbesondere in Krisenzeiten erstarken. Inwieweit und wie viele lokale Währungen entstehen, „will depend more on human and renewable energies, and on the availability of local resources“ (Douthwaite 1999, Kapitel 4: 11). Das vorgeschlagene Währungssystem ist demnach subsidiär und verhilft aufgrund der Orientierung an ökologischen Zielen zu einer „lower-energy economy“ (Douthwaite 2011b).⁹⁰

87 In seiner historischen Untersuchung verweist Graeber auf die Trennung dieser Funktionen. So wurde römisches Geld auch nach dem Untergang des Imperiums in Europa noch lange als Wertmaßstab benutzt, obwohl keine Münzen mehr getauscht wurden. Als Wertaufbewahrungs- und Zahlungsmittel konnte es sich daher nicht eignen (Graeber 2012: 37).

88 Vgl. die Diskussion ressourcenbasierter Währungsreformen in 3.3.1.3.

89 „The market should solely determine the value of national and regional exchange currencies in relation to the ebcu“ (Douthwaite 1999, Kapitel 4: 11).

90 Fare schlägt ein ähnliches subsidiäres monetäres System, welches verschiedene Komplementärwährungen auf lokaler, regionaler und nationaler, europäischer oder internationaler Ebene einbezieht, vor (Fare 2011, 2012).

Zusammenfassung: In diesen währungspluralistischen Konzepten werden die Funktionen des medium of exchange, unit of account und store of value von unterschiedlichen Währungen übernommen. Lokale Währungen dienen insbesondere als medium of exchange und sorgen für ein Ende der lokalen Geldknappheit. Sie können endogen als Fiatgeld oder wechselseitiger Kredit geschöpft werden. Dadurch sollen Ungleichheiten verringert werden, die das bestehende Geldsystem verfestigen. Wertgedeckte, auf Emissionsrechten oder Rohstoffen beruhende Währungen existieren auf internationaler oder nationaler Ebene. Auf lokaler Ebene werden sie durch wechselseitigen Kredit ergänzt.

3.3.2.3 Weltwährungen

Zu den einen Pluralismus von Währungen befürwortenden Reformvorschlägen zählen auch solche, die zentral eine einheitliche, von den nationalen Währungen prinzipiell unabhängige Weltwährung fordern. Diese wird als notwendige Bedingung eines stabilen globalen Wirtschafts- und Finanzsystems gesehen: „Achieving true financial globalization would require a global financial institution that can play a central coordinating and regulatory role. An international single currency, which does not depend on any national currency, is also a closely related requirement“ (Arestis et al. 2005: 529). Im Folgenden werden exemplarisch zwei grundlegende Konzeptionen einer Weltwährung vorgestellt. Die erste fußt im Wesentlichen auf Keynes Bancor-Plan und sieht eine internationale Zentralbank vor, lässt sich demnach den Konzeptionen zur Stärkung öffentlicher Steuerungsfähigkeiten zuordnen. Die zweite Konzeption hingegen basiert auf einer privat organisierten Weltwährung. Lietaer sieht eine Allianz privatwirtschaftlicher Konzerne als geeigneten Emittenten einer globalen Referenzwährung. Diese Konzeption entspricht somit Vorstellungen einer entpolitisierten Währung, wie sie im Rahmen der Free-Banking-Schule bevorzugt wird. Lietaer selbst sieht sie als Teil der Ecology of Money.

Keynes entwickelte seinen Bancor-Plan zur Einführung einer internationalen Clearing-Union als Bestandteil der Weltwirtschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg (Keynes 1980: 168–195), welcher auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 allerdings nicht umgesetzt wurde. Dieser Plan sah die Einführung „virtuellen“ internationalen Buchgeldes zur Abwicklung von internationalen Zahlungstransfers über eine International Clearing Union vor. Virtuell wird der Bancor genannt, weil er keine Banknoten enthält und nicht als physisches Zahlungsmittel dient. Die jeweiligen staatlichen Währungen stünden dabei in einem festen Wechselkurs zum Bancor. Jede Zentralbank hätte ein Konto bei der International Clearing Union, über das Leistungsbilanzen in Bancor-Einheiten ausgeglichen werden könnten. Jedem Staat stünde eine auf Basis seiner außenwirtschaftlichen Aktivität ermittelten Quote zu, welche die ihm erlaubte maximale Verschuldung beziehungsweise das ihm erlaubte maximale Guthaben festlegt. Ab einer bestimmten Höhe würden Handelsbilanzüberschüsse und -defizite mit einer Art Strafzins in Höhe von 1 bis 2 Prozent, abhängig von der Höhe der Über- oder Unterschreitung, belegt. Dies stellt einen Anreiz zur Kreditvergabe von Überschuss- an Defizitländer dar.

Dabei würde sich das Zinsniveau nahe null einpendeln, weil die Kreditvergabe auch dann lukrativer ist als Strafgebühren. Diese Strafen sind das zentrale Mittel zur Vermeidung des Hortens von Gold oder Reserven (zu den technischen Details Keynes 1980).

Der Bancor würde an die Stelle einer nationalen Leitwährung, wie sie der Dollar übernommen hat, treten und diese Funktion besser erfüllen. Situationen wie die lang anhaltenden hohen Leistungsbilanzdefizite der USA und die massive Akkumulation von Währungsreserven durch China wären nahezu unmöglich. Ungleichgewichte zwischen Handelsbilanzen verschiedener Staaten würden durch den Bancor erheblich reduziert. Keynes' Bancor wurde daher in letzter Zeit mehrmals wieder aufgegriffen. Eine Expertenkommission der Vereinten Nationen sprach sich genauso für den Vorschlag aus (UN 2009)⁹¹ wie der Präsident der chinesischen Zentralbank, welcher den Plan einer internationalen Referenz- und Reservewährung als weitsichtiger bezeichnet als das tatsächlich umgesetzte Bretton-Woods-System (Xiaochuan 2009: 2).

Auch in den Wirtschaftswissenschaften, vor allem seitens post-keynesianischer Ökonomen, wird der Bancor diskutiert. So liefert Davidson einen ähnlichen, unmittelbar auf Keynes aufbauenden Vorschlag zur Errichtung einer International Money Clearing Union, allerdings ohne die Einführung einer internationalen Zentralbank (Davidson 1992). Stiglitz und Greenwald plädieren ebenfalls für die Einführung eines internationalen Reservesystems, das die Volatilität des Reserveangebotes deutlich reduzieren würde und somit dem (mittlerweile historischen) System des Dollars als alleiniger Leitwährung sowie einem System mit Dollar, Euro und Yen als Leitwährungen (das sie als realistische Alternative bezeichnen) überlegen wäre (Stiglitz/Greenwald 2010). Da sie die politische Durchsetzbarkeit einer Reform hin zu einem solchen globalen System anzweifeln (Stiglitz/Greenwald 2010: 19), sehen sie Möglichkeiten regionaler Arrangements, die außerdem besser auf die spezifischen regionalen Kontexte eingehen könnten.⁹²

Ein weiterer Ansatz einer globalen Referenzwährung existiert im Terra, wie ihn Lietaer konzipiert und weiterentwickelt hat (Lietaer 2001: 236–259, 2003, 2008a; Lietaer et al. 2012: 158–166). Im Prinzip ist der Terra eine von einem Unternehmensnetzwerk emittierte Komplementärwährung (vgl. 3.2.2) innerhalb einer Ecology of Money (vgl. 3.3.2.2), die als internationale Referenzwährung fungiert (vgl. auch <www.terrafc.

91 In den letzten Jahren wurde die Umsetzung des Plans mehrfach gefordert, unter anderem von der UN Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System: „This is a feasible proposal and it is imperative that the international community begins working on the creation of such a new global reserve system. A failure to do so will jeopardize prospects for a stable international monetary and financial system, which is necessary to support a return to robust and stable growth“ (UN 2009: 110).

92 Eine solche regionale Lösung könnte beispielsweise hinsichtlich neuer Beitrittskandidaten zum Euro entwickelt werden. So schlägt Rossi (2006: 134f.) vor, anstelle einer zügigen vollen Aufnahme zumindest als Übergang eine europäische Clearing-Institution einzurichten. Ein bereits bestehendes Beispiel ist im Sucre der ALBA zu sehen, ein Buchgeld zum Zahlungsausgleich, das von „bolivarischen“ Ländern Lateinamerikas eingeführt wurde (vgl. Betz 2010: 46).

org>). Der Terra basiert auf einem Warenkorb und bildet einen globalen Wertmaßstab, welcher eine realwirtschaftliche Rückbindung des monetären Systems verspricht. Der Warenkorb ähnelt in seiner Funktion dem Goldstandard im 19. Jahrhundert und soll sich aus besonders bedeutsamen Gütern und Dienstleistungen des internationalen Handels, vor allem Rohstoffen, zusammensetzen. Wichtig ist hierbei die volle Deckung des Terra durch den Warenkorb. Lietaer sieht den Terra per Definition als inflationsfrei an, da Inflation schließlich einer Veränderung des Wertes eines Warenkorbes gleichkommt, der Terra aber genau diesen Warenkorb selbst darstellt. Es käme lediglich zu Schwankungen der Wechselkurse nationaler Währungen zum Terra (Lietaer 2003: 47). Durch diese realwirtschaftliche Warenbindung soll Spekulation mit dem Terra verhindert werden. Der Terra würde ein Wertmaßstab im Weltwährungssystem sein, anhand dessen Güter unabhängig von den nationalen Währungen bemessen werden könnten. Somit würde er Währungsspekulationen unterbinden. Dabei sieht er eine „Nachhaltigkeitsgebühr“ vor, die den Kosten der Lagerung der Waren des Warenkorbes entspricht und von Lietaer auf 3 bis 4 Prozent geschätzt wird.

Zu den Vorteilen des Terra gehört nach Lietaer die Glättung von Konjunkturverläufen. Volle Konvertibilität des Terra in nationale und andere Währungen würde zu einer antizyklischen Stabilisierung beitragen. Schließlich herrsche bei konjunkturellem Abschwung ein Überhang an Rohstoffen, welche die Unternehmen gegen Terra eintauschen würden. Die Umlaufsicherung durch den Geldwertverfall würde die Umlaufgeschwindigkeit nun erhöhen: Die von den Unternehmen gegen überflüssige Rohstoffe erworbenen Terra würden unmittelbar zur Bezahlung der Zulieferer benutzt, die sie wiederum selbst schnell einlösen würden. Die Konjunktur würde also automatisch wieder angeregt. In Boomzeiten wiederum würde die gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen dazu führen, dass Unternehmen Terra tatsächlich einlösen und so den Umlauf von Terra reduzieren (Lietaer 2003: 44f.).⁹³

Zusammenfassung: Weltwährungen erfüllen insbesondere die Funktion universeller Wertmaßstäbe. In beiden Konzeptionen fallen Negativzinsen an, wodurch die Werthaltungsfunktion eingeschränkt wird. Der Bancor erfüllt die Funktion als Wertmaßstab, stellt aber kein Tauschmittel dar, da er rechnerisch lediglich zum Ausgleich von Handelsbilanzen dient. Er wird zentral von einer supranationalen Institution gesteuert. Seine Ziele sind an einer Stabilisierung des Weltfinanzsystems ausgerichtet, also in erster Linie ökonomisch. Der Terra dient ebenfalls als Wertmaßstab und Tauschmittel und erfüllt wegen der Liegegebühr die Werthaltungsfunktion nur eingeschränkt. Hinsichtlich der Geldmengensteuerung lässt sich der Terra als ein zentral (durch die Terra-Allianz) gesteuertes Geld ansehen, das aber im Gegensatz zum Bancor von einem privaten Anbieter herausgegeben wird, somit dennoch als endogenes Geld zu betrachten ist. Im Unterschied zu Geldern im Free Banking enthält der Terra eine Liegegebühr. Zu den idealistischen Zielen des Terra gehört eine Stabilisierung des internationalen Finanz- und Handelssystems sowie eine Orientierung hin zu Nachhaltigkeit.

93 Eine ausführliche kritische Auseinandersetzung mit dem Terra und den dahinterliegenden Annahmen bietet Paul (2003). Paul gesteht dem Terra zwar prinzipiell die Funktion eines internationalen Währungsstandards zu, verneint aber ansonsten die Funktionsfähigkeit des Terra.

3.3.2.4 Parallele Staatswährungen

Abschließend sollen Überlegungen zur Einführung paralleler staatlicher Gelder vorgestellt werden. Diese finden sich nicht nur bei Vertretern von Komplementärwährungen und währungspluralistischen Ansätzen. Vor dem Hintergrund der Euro-Krise werden über diesen Kreis hinaus Alternativen eines mit unkalkulierbaren möglichen Konsequenzen verbundenen Austritts Griechenlands diskutiert. Dazu gehört eine Parallelwährung zur Stärkung des Binnenmarktes und der Exportwirtschaft.

So schlägt auch Thomas Mayer vom Research Department der Deutschen Bank die Einführung einer Parallelwährung durch den griechischen Staat („Geuro“) vor. Griechenland sollte Schuldverschreibungen mit „Währungscharakter“ vergeben (Mayer 2012: 4). Diese Geuros würden gegenüber dem Euro abwerten, wodurch der griechische Exportsektor wieder anwachsen könnte. Griechenland hätte dadurch zwei parallele Währungskreisläufe. Der Geuro könnte gegenüber dem Euro durch eine Reduktion des griechischen Staatsdefizits wieder aufwerten. Mayer sieht bedeutende Vorteile des Geuro:

Wenn also die Vernunft den Sieg davonträgt, könnte Griechenland offiziell Mitglied der EWU bleiben, die notwendige Wechselkursabwertung durchführen, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen, und künftig selbst durch die Emission von Geuros entscheiden, ob und in welchem Zeitraum es zu einer Hartwährung zurückkehren will, die gegenüber dem Euro stabil wäre. Letztlich könnte das Land sogar wieder komplett zum Euro zurückkehren, indem es Geuro gegen Euro zurückkauft. (Mayer 2012: 6)

Dieser Vorschlag wurde von Akteuren der Regionalgelder begrüßt. Schuster und Kennedy schlagen eine Trennung von Euro-Zentralbankgeld und griechischem Giralgeld mit einem freien Wechselkurs zwischen diesen Geldern vor. Die Wirkungen sind ähnlich wie beim Geuro: Die griechische Exportwirtschaft profitiert von einer Abwertung des Giralgeld-Euro (Schuster/Kennedy 2011). Verschiedene Regionalgeldexperten fordern insofern eine weitreichendere Reform, als sie das neu einzuführende griechische Parallelgeld mit einer Umlaufsicherung konzipieren (zum Beispiel von Gelleri/Meyer 2012; Andresen 2012). Denn durch einen Negativzins könne die innergriechische Wirtschaft besser angekurbelt werden: Der Staat gibt paralleles Geld aus (und bezahlt damit beispielsweise seine Beamten), welches mit der Zeit an Wert verliert. Durch eine Abflussbremse (also eine Umtauschgebühr) könnte verhindert werden, dass das Parallelgeld abgegeben und in Euro umgetauscht wird. Die Demurrage würde zu einer erhöhten Umlaufgeschwindigkeit, also zu erhöhtem Konsum und somit zu innergriechischem Wirtschaftswachstum führen. In Gelleris und Mayers Konzeption ist das griechische Regiogeld durch den Euro gedeckt und steht in einem 1:1-Austauschverhältnis.⁹⁴ Eine

94 Unit of Account bliebe also der Euro. Zur Sicherung dieser Deckung müsse der griechische Staat für die neu herausgegebene Menge an Regios dieselbe Menge an Euros bei der Zentralbank hinterlegen. Trotz der Parität bestehen Anreize, den Regio einzusetzen: Denn durch die Abflussgebühr erhöht sich der Preis des Euro in der Parallelwährung.

Umtauschgebühr soll dabei den Umtausch in Euro verteuern.⁹⁵ Auch Huth sowie Behrens diskutieren die Einführung einer Neodrachme als griechisches Parallelgeld und kommen dabei ebenso wie Gelleri und Mayer zu dem Schluss, dass diese nur dann wirksam sei, wenn sie „altert“, also mit einer regelmäßigen Abwertung versehen wird.⁹⁶

Andresen (2012) schlägt für Griechenland und die anderen Krisenstaaten ebenfalls parallele Währungen vor. Da er eine Einführung durch den Staat bezweifelt, sieht er, aufbauend auf Erfahrungen mit Regionalgeldern und anderen Komplementärwährungen (vgl. 3.2.1) Akteure der Zivilgesellschaft als entscheidend an. Schließlich bestehe aufgrund der heutigen technischen Möglichkeiten (etwa Zahlungstransfers via Mobiltelefone) keine Notwendigkeit, diese Parallelwährung durch den Staat selbst zu implementieren. North bezweifelt die Tauglichkeit solcher Ansätze aber aufgrund der geringen Reichweite lokaler Komplementärwährungen (North 2011).

Parallele Staatsgelder werden nicht nur für Griechenland diskutiert. Douthwaite (2011a) beispielsweise entwickelt am irischen Beispiel ebenfalls ein paralleles Geld („Harp“), das ausschließlich als *medium of exchange* dienen und lediglich elektronisch existieren soll. Die Regierung sollte es darüber hinaus zur Begleichung von Steuerschulden akzeptieren. Dies würde, obwohl keine direkte Anbindung besteht, einen Wechselkurs von nahezu 1:1 an den Euro sicherstellen.

Andere Vorschläge paralleler staatlicher Währungen beziehen sich nicht spezifisch auf Länder, die aktuell Krisen durchlaufen. So könnten Staaten grundsätzlich zinsfreie, handelbare Steuergutschriften emittieren, mit denen öffentliche Aufträge zum Teil bezahlt werden könnten. Dadurch könnte der Staatshaushalt unter Rückgriff auf zinslose Kredite mitfinanziert werden (Walter 2008).

Zusammenfassung: Parallele Staatswährungen entsprechen im Wesentlichen den heutigen Geldern, sind aber an spezifisch kontextuale Bedürfnisse angepasst. Sie dienen als medium of exchange, sind aber voraussichtlich weniger geeignet als store of value und als unit of account. Diese Funktionen werden vom herkömmlichen gesetzlichen Zahlungsmittel vermutlich besser erfüllt. Die Konzeptionen enthalten sowohl zinstragende als auch mit Negativzinsen versehene Währungen, die teilweise zentral durch den Staat, teilweise zentral auf kommunaler Ebene und teilweise dezentral geschöpft werden.

95 Inwieweit eine solche Gebühr mit der Kapitalverkehrsfreiheit in der Europäischen Union vereinbar ist, wird an dieser Stelle nicht weiter diskutiert.

96 Vgl. Bericht über die Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. vom 19.–20.11.2011, <www.sffo.de/sffo/TB_20111119_Nationales_Parallel_Geld_02.pdf>.

3.3.3 Freigeld

Silvio Gesell entwickelte die Idee des Schwundgelds oder Freigelds, bei welchem die Wertaufbewahrungsfunktion von Geld beeinträchtigt wird (Überblicke über Gesells Konzeption bieten Onken 2000 und Blanc 1998). Ausgangspunkt ist Gesells Charakterisierung des Geldes als besonderes Gut, welches aufgrund seiner Unverderblichkeit gehortet werden kann (vgl. die Robinsonade in Gesell 1916, Kapitel 5.1). Aus dieser Überlegenheit des Geldes erklärt Gesell den Zins: Denn dem Geldbesitzer muss das leihweise Überlassen von Geld abgekauft werden. Der Zins ist der Preis für die zeitweise Überlassung von Geld.⁹⁷ Insofern sind Ähnlichkeiten zur Theorie der Liquiditätsprämie von Keynes offenkundig.⁹⁸ Die Überlegungen von Gesell und Keynes zeigen, dass Geld in seiner Tauschmittelfunktion durch seine Werthaltungsfunktion eingeschränkt wird. Im Grunde schlägt Gesell vor, Geldhaltung zu verteuern, das heißt in Keynes'scher Diktion, die Liquiditätsprämie des Geldes zu neutralisieren.⁹⁹

Die Überlegenheit des Geldes ist für Gesell Ursache von Krisen: Denn solange der Zins einen bestimmten Betrag (2 bis 3 Prozent) unterschreitet, lohnt sich für die Geldhalter das Horten von Geld und das Warten auf einen Anstieg des Zinses. So wird das Geld dem Geldkreislauf entzogen und vorenthalten. Als Lösung dieses Problems schlägt Gesell nun eine Umlaufsicherung des Geldes vor, die einem Negativzins oder Strafzins (Paul 2009: 245) gleicht: Regelmäßig soll Geld an Wert verlieren, beispielsweise 0,1 Prozent pro Woche.¹⁰⁰ Dies lässt sich, wie auch von Fisher (1933) gefordert, durch spezielle Wertmarken erreichen, mit denen die Geldscheine jeden Monat zu versehen sind und welche gekauft werden müssen. Sonst, ohne regelmäßige Wertmarke, verliert der Geldschein Wert. Für Geldbesitzer liefert dieser Negativzins einen Anreiz, Geld zinsfrei zu verleihen, denn so können sie der Entwertung entgehen. Alternativ können Geldbesitzer selber investieren oder konsumieren. Folge des Negativzinses wird somit eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sein und ein Zinsniveau um null. Dies bedeutet, dass auch ein hohes Maß an Geldwertstabilität erreicht werden kann. Im Wesentlichen wird Geld bei Gesell zu einer öffentlichen Dienstleistung, deren private Nutzung als Hortung Gebühren einfordert.

97 In Gesells Konzeption lassen sich Zinsen auf verschiedene Bestandteile zurückführen. Hierzu zählen neben Inflationsausgleich, Risikoanteil, Vermittlerentgelt und der Darlehenszins vor allem der Urzins. Dieser Urzins ist im Wesentlichen das, was Keynes als Liquiditätsprämie bezeichnet.

98 Keynes selbst allerdings schreibt, Gesell habe das Konzept der Liquiditätspräferenz nicht erkannt, weshalb er seine Theorie für halbfertig hält (Keynes 1997: 356; zu Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen Gesell und Keynes vgl. Dillard 1942; sowie Betz 2005b).

99 In letzter Zeit wird eine solche Neutralisierung der Liquiditätsprämie im Hinblick auf eine ökologisch nachhaltigere Wirtschaftsweise ohne Wachstumszwang gefordert. Gesell selbst berücksichtigte die umweltpolitische Dimension dieser Forderung nicht. In der Diskussion um mögliches Nullwachstum wird die Neutralisierung der Liquiditätsprämie des Zinses allerdings als notwendige Bedingung einer Steady-State-Ökonomie gesehen (Löhr 2011a: 4).

100 Gesell schlug in verschiedenen Werken und Auflagen unterschiedliche Höhen für diesen Negativzins vor (Paul 2009: 245). Die konkrete Ausgestaltung und Höhe des Negativzinses ist für die folgende Darstellung allerdings irrelevant.

Nach Creutz muss eine Umlaufsicherung den Kern einer jeden Geldreform ausmachen, da sie eine stabilere Geldmenge ermöglicht.¹⁰¹ Preisstabilität erfordert eine Übereinstimmung der ausgegebenen Geldmenge mit der nachgefragten Geldmenge und ist daher nur dann erreichbar, wenn „alles Geld, das über die selbst genutzten Bestände hinausgeht, über Banken und andere Finanzinstitute leihweise an Dritte weitergegeben und damit in den Kreislauf zurückgeführt wird – was sich nur mit Hilfe einer Geldumlaufsicherung erreichen lässt und dann indirekt einen Prozess eines allmählichen Absinkens des Zinsniveaus gegen Null in Gang setzt“ (Creutz 2011: 39).

Hinsichtlich der technischen Frage, wie eine Umlaufsicherung durch Entwertung durchzuführen wäre, existieren mittlerweile verschiedene Ansätze. So schlug Creutz (1993: 560) eine Art Lotterie vor, durch welche bestimmte Serien von (großen) Geldscheinen gezogen werden, die gegen Gebühr umgetauscht werden müssen. In den 1930er-Jahren sah Fisher die Einführung gestempelten Geldes (*stamp scrib*) als Mechanismus zur Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit vor (Fisher 1933). Stamp Scrib erfordert, dass in regelmäßigen Abständen eine Abgabe auf das Geld abzugeben sei, andernfalls wird der Wert des Geldes gesenkt.¹⁰² Der Chiemgauer und weitere deutsche Regiogelder nutzen Wertmarken, die alle drei Monate auf Geldscheine aufgeklebt werden müssen, damit diese nicht 2 Prozent ihres Wertes verlieren.¹⁰³

Zu den Problemen des Freigelds gehört die Notwendigkeit einer strikten Kontrolle der Geldschöpfung *und* des Geldumlaufs (vgl. Löhr 2011a: 6; Blanc 1998: 479; Mensching 2005). In dem Maße, in dem andere flüssige Mittel als Geldsubstitute wirken können, wird eine solche Kontrolle erschwert. Keynes verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass eine Liquiditätsprämie nicht ausschließlich Geld anhaftet, sondern bei diesem lediglich besonders hoch ist. Somit würde eine Demurrage auf Banknoten zunächst zu einer Serie von Substituten, „debts at call, foreign money, jewellery and the precious metals generally, and so forth“, führen (Keynes 1997: 357f.).¹⁰⁴ Aufgrund dieser Steuerungsprobleme sieht Blanc Schwierigkeiten, ein Freigeldsystem auf supralokaler Ebene einzuführen (Blanc 1998: 479). Auf lokaler Ebene könne hingegen auf das notwendige Maß an Vertrauen zurückgegriffen werden, das eine Flucht aus dem beschleunigten Geld verhindern kann. Auch Betz zufolge lässt sich eine Umlaufsicherung des Geldes im bestehenden System nicht sinnvoll verwirklichen. Er kommt aber nicht zu Blancs Schluss-

101 Aus diesem Grunde kritisiert er auch die Vollgeldkonzeption (Creutz 2011: 25).

102 Fisher bezog sich dabei auf verschiedene lokale Experimente mit Freigeld (vgl. Bordo/Rockoff 2011: 35–37).

103 Vgl. <www.regiogeld.de/chiemgauer.html> [16.9.2012].

104 Wenn heutzutage eine Demurrage auf Zentralbank- und Buchgeld eingeführt wird, folgt die Umwandlung von Sichtguthaben in langfristige Spareinlagen vermutlich als erste Ausweichmöglichkeit. Werden auch diese (und andere Geldvermögen) mit einer Umlaufsicherung durch Demurrage belegt, wirkt dies wie eine Vermögenssteuer und verursacht eine Umschichtung in Sachvermögen (Mensching 2005: 38). Illgmann und Menner folgern daher, dass „in the long run, a tax on money will not lower real interest rates substantially and will not succeed in abolishing the ills of capitalism completely, as many of Gesell’s followers claim“ (Illgmann/Menner 2011: 402).

folgerung, sondern fordert eine Stärkung der Regulierung. Erst müsse die Kontrolle über die Geldschöpfung systematisch an den Staat oder die Institutionen außerhalb des Marktes gegeben werden, dann könne Freigeld eingeführt werden. Er verweist darauf, dass auch Gesell ein Reichswährungsamt vorsah, dass anstelle der Reichsbank die Geldmengensteuerung übernehmen sollte (Betz 2005a: 13). Auch Paul betont, dass Gesell nicht einfach eine vergleichsweise kleine Änderung des Geldsystems vorsieht, sondern die Institution umfassend reformieren will: „Gesell will die Verstaatlichung des Geldwesens beziehungsweise die Entprivatisierung des Geldes als öffentliches Gut“ (Paul 2009: 246).¹⁰⁵ Ein heutzutage diskutierter Lösungsvorschlag für dieses Steuerungsproblem des Freigeldes ist die Kombination von Freigeld und Vollgeld beziehungsweise einer hundertprozentigen Reserve (Löhr 2011a: 6; Olah et al. 2010: 14ff.), wie sie auch Fisher mit seinem Stamp Scrip und dem 100%-Geld vorsah (Fisher 1933, 1935).¹⁰⁶

Zusammenfassung: Freigeld betont die Funktion als medium of exchange. Die Store-of-Value-Funktion von Geld wird explizit als schädlich angesehen und soll durch Demurrage, die wie Negativzinsen wirkt, eingeschränkt werden. Nach Ansicht der Befürworter ist das Freigeld ein stabiles Geld ohne Inflation, sodass die Funktion des unit of account sehr gut erfüllt werden kann. Freigeld basiert bei Gesell auf exogenem Geld, es wird zentral gesteuert.

4 Vergleich der Konzepte anhand ausgewählter Merkmale

Im Folgenden werden, aufbauend auf den bisherigen Darstellungen, ausgewählte Merkmale diskutiert, anhand derer die alternativen Geldkonzepte verglichen werden können. Bei einer solchen Auseinandersetzung sind zwei Dimensionen zu beachten. Eine Typologisierung verschiedener Geldmodelle kann sich anhand struktureller Merkmale der Erzeugung, Bereitstellung und Stabilisierung von Geld vollziehen. Außerdem können die Modelle hinsichtlich ihrer Eignung betrachtet werden, die klassischen und darüber hinausgehende Geldfunktionen zu erfüllen. In Anbetracht der Fülle alternativer Geldkonzepte sind zwei Aufgaben zu bewältigen. Einerseits die Benennung von Kriterien zur *Typologisierung* der Geldformen, andererseits die Benennung von Kriterien zur *Beurteilung* des Erfolgs der Geldformen, der wiederum zum einen von faktischen ökonomischen Rahmenbedingungen abhängt, zum anderen von den jeweiligen Ziel-

105 Die Geldreform hängt bei Gesell mit einer umfassenden Bodenreform zusammen, welche eine Verstaatlichung des Bodenbesitzes betrifft. Schließlich kann die Knappheit des Bodens nicht aufgehoben werden und somit die Bodenrente nicht auf null sinken kann (vgl. dazu Löhr 2011a).

106 Neben Gesell hat auch der Anthroposoph Rudolf Steiner eine Konzeption von „alterndem Geld“ vorgelegt (vgl. Suhr 1988). Viele heute existierende Komplementärwährungen bauen auf einer Umlaufsicherung auf und beziehen sich dabei teilweise direkt auf Steiner und die Anthroposophie (Thiel 2011: 143–157). Als Beispiel: <www.coinstatt.org>.

setzungen, die mit der Formulierung der Geldvorschläge selbst einhergehen. Wie diese letztere Einteilung vorgenommen wird, richtet sich danach, *welches* Gewicht den jeweiligen Funktionen beigemessen wird.

Als ein Ausgangspunkt für die Auswahl dieser Merkmale dienen verschiedene Versuche der Typologisierung von Komplementärwährungen. Kennedys und Lietaers Ansatz benennt fünf Kriterien: Zweck, Medium und Funktion der Währung, der Geldschöpfungsprozess und Mechanismen der Kostendeckung (Kennedy/Lietaer 2004: 237).¹⁰⁷ Sie erheben den Anspruch, anhand dieser Kriterien und der jeweils möglichen Merkmalsausprägungen alle Formen von Währungen klassieren zu können. Allerdings verbleibt die Abgrenzung wenig trennscharf, da die meisten Systeme Mischsysteme sind. Die Autoren berücksichtigen die klassischen in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur genannten Geldfunktionen und thematisieren nicht die Bedeutung der Gelder als soziale Beziehungen und vernachlässigen so ihre sozialen Funktionen.

Blancs (2011) Ansatz ist demgegenüber weniger umfassend insofern, als er aus einer Perspektive der *Économie Sociale* ausschließlich zivilgesellschaftlich begründete Komplementärwährungen einbezieht und weder staatliche noch privatwirtschaftlich-profitorientierte Währungen erfasst. Er identifiziert verschiedene Modi der Solidaritätskonstruktion und betont dadurch die außermonetären Merkmale von Währungen (Blanc 2009: 570).

Greco zufolge lässt sich die „Architektur“ einer Währung anhand dreier Fragen bestimmen: „Who is qualified to issue currency?“, „On what basis should currency be issued?“, „How much currency may be spent into circulation by each issuer?“ (Greco 2009: 146). Martignoni (2012) Konzeption einer Typologie zivilgesellschaftlicher Komplementärwährungen baut auf Grecos Überlegungen auf und stellt die Ausprägungen des Vertrauens der Austauschpartner untereinander in den Mittelpunkt. Diese sieht er als entscheidende Dimension, anhand derer die konkrete Ausgestaltung ausgerichtet sein sollte. Diese Perspektive zielt letztlich auf eine Erfolgsmessung von zivilgesellschaftlichen Komplementärgeldorganisationen ab (vgl. Martignoni/Gmür 2012).

Im Folgenden wird unter den relevanten Merkmalen zur Abgrenzung der Geldkonzepte voneinander zunächst die geografische und akteurbezogene Reichweite, also die Ausbreitung der Währung betrachtet (4.1), ehe der Grad der Erfüllung verschiedener Geldfunktionen diskutiert wird. Schließlich unterscheiden sich die Konzepte unter anderem in der Gewichtung der funktionalen Dimensionen von Geld. Explizit werden dabei soziale, potenziell vergemeinschaftende Funktionen in den Blick genommen, obwohl diese Funktionen nicht zu den klassischen Geldfunktionen zählen (4.2). Anschließend erfolgt die Diskussion von Geldmedium und den Mechanismen der Geldschöpfung an-

107 Thiel (2011: 89) nennt ähnlich Geldfunktionen, Geldform, Geldschöpfung und Ziele des Geldes, hält eine solche Klassifikation allerdings für oberflächlich, da sie die „konkrete alltagspraktische Relevanz“ des Geldes nicht zu erfassen vermag.

hand der Ebenen, der Währungsdeckung sowie möglichen Begrenzungsmechanismen der Geldschöpfung (4.3). Gesondert werden Finanzierungsmechanismen des Währungssystems und die Bedeutung für Staatshaushalte erörtert (4.4), ehe die allgemeinen Zielsysteme in wirtschaftlicher, sozialer, politischer und ökologischer Dimension untersucht werden (4.5).

4.1 Reichweite: Ausbreitung und Teilnehmerkreis

Die Reichweite einer Währung umfasst zwei verschiedene Dimensionen: die geografische und die soziale Eingrenzung des Teilnehmerkreises. So kann eine Währung zunächst in geografischer Hinsicht ein spezifisches Territorium umfassen.¹⁰⁸ Gesetzliches Zahlungsmittel wird innerhalb eines Währungsraumes grundlegend akzeptiert.¹⁰⁹ Die Akzeptanz von gesetzlichen Zahlungsmitteln beruht letztlich darauf, dass der Staat es zur Begleichung von Steuern annimmt (Ingham 2008: 76f.). Somit fußt das Vertrauen der Nutzer auf dem Wissen, das Geld jederzeit an den Staat weiterreichen zu können. Daher sehen Kennedy und Lietaer in der Akzeptanz der Regionalwährung als Mittel zur Zahlung von Steuern die vielleicht beste Art, eine Regionalwährung zu fördern und ihre Bedeutung als Zahlungsmittel zu erhöhen (2004: 207).¹¹⁰

Ausprägungen der geografisch-territorialen Dimension der Reichweite existieren somit auf dem Kontinuum zwischen lokal begrenzten und global verbreiteten Währungen. Dazwischen liegen regional definierte Räume, etwa bei Regionalwährungen, (National-) Staaten und größere Währungsräume (zum Beispiel Euroraum). Die meisten Komplementärwährungen werden auf lokaler bis regionaler Ebene genutzt und verfolgen in der Regel das Ziel, regional begrenzte Wirtschaftskreisläufe zu fördern, indem innerhalb der Region zumindest manche Zahlungen in der Komplementärwährung getätigt werden. Sie können auch als Mechanismen der Grenzziehung zwischen regionalen Räumen als separaten ökonomischen und sozialen Einheiten und dem nationalstaatlichen Raum

108 Nigel Dodd schlägt eine grundlegende Differenzierung zwischen „currency“ und „money“ vor, nach welcher die Komplementärwährungen ihrem Wesen nach zwar Gelder (*money*), nicht aber Währungen (*currency*) sind, welche er als „legal tender within a defined geopolitical space“ definiert (Dodd 2005b: 561).

109 Einschränkungen ergeben sich etwa im Rahmen von Währungssubstitutionen, wenn heimisches Geld durch ausländisches, stabileres Geld insbesondere zur Wertaufbewahrung ersetzt wird. Daher kann die Reichweite auch außerhalb des Währungsraumes, indem ein Geld als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt ist, verwendet werden. Grundsätzlich basiert die faktische Reichweite einer Währung auf dem ihr entgegengebrachten Grad des Vertrauens. Schließlich bedeutet Geld ein Zahlungsverprechen in der Zukunft. An dieser Stelle möchte ich prinzipielle Grenzen der Reichweite betrachten, nicht primär den Grad der tatsächlichen Verbreitung thematisieren.

110 Hallsmith und Lietaer nennen Uruguay als positives Beispiel, weil dort ein elektronisches auf Schuldverschreibungen basierendes Zahlungssystem zwischen Unternehmen zur Steuerzahlung akzeptiert wird (Hallsmith/Lietaer 2011: 117f.).

gesehen werden, insofern sie Ausdruck und Instrumente dieser Selbstabgrenzung sind (Schussman 2005: 4).¹¹¹ Andere Formen von Komplementärwährungen fungieren demgegenüber international. Beispiele hierfür sind das „Community Exchange System“¹¹², ein Tauschnetzwerk, das auf einer Art digitalem Schuldverschreibungssystem beruht, sowie die Minuto-Zeitgutscheine¹¹³, welche prinzipiell in allen Ländern gültig sind.

Im Gegensatz zu auf lokaler, regionaler oder auch nationalstaatlicher Ebene verbreiteten Geldern sind manche der vorgestellten Reformkonzepte ausdrücklich darauf angewiesen, auf internationaler Ebene umgesetzt zu werden. Dies gilt insbesondere für die Einführung von internationalen Emissionsquoten als Verrechnungseinheit, aber auch für Reformen der Besteuerung breiter Geldmengenaggregate wie die von Sollte (2009a, 2009b) vorgeschlagene Mehrgeldsteuer.

Die zweite Dimension der Reichweite liegt in der Abgrenzung von Benutzergruppen innerhalb der geografischen Räume. Hier lassen sich grundlegend zwei Ausprägungen unterscheiden: ein offener Interessentenkreis oder eine geschlossene, vorab definierte Gruppe natürlicher oder juristischer Personen. Während gesetzliche Zahlungsmittel, aber auch bestimmte Formen wechselseitiger Kreditgeldschöpfung (zum Beispiel Minutos), offen sind, können andere Währungen wie der Schweizer WIR ausschließlich von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) genutzt werden. Auch andere Unternehmenswährungen wie Paybacksysteme oder Bonusmeilen gelten nur innerhalb einer definierten Gruppe.

4.2 Geldfunktionen

Bei einer Betrachtung von Geld anhand seiner Funktionen fällt die unterschiedliche Bedeutungszuschreibung zu den verschiedenen Funktionen auf. Wie gezeigt, halten manche Sichtweisen die Tauschmittelfunktion, andere die abstrakte Wertmaßstabsfunktion für die grundlegende Geldfunktion, aus der sich die jeweils anderen Funktionen ableiten lassen. Insgesamt kann festgestellt werden, dass nicht jedes Geld oder jede Währung alle oder mehrere dieser Funktionen erfüllt. Einige pluralistische Geldkonzepte kombinieren explizit verschiedene Währungen mit unterschiedlichen Funktionen. Der jeweilige Grad, zu dem eine Währung beziehungsweise ein Geld die verschiedenen Geldfunktionen erfüllt, hilft, Geldformen voneinander zu unterscheiden und zu klassifizieren. Im Folgenden werden die wesentlichen Geldfunktionen zum Gegenstand gemacht, wobei eine soziale Bindungsfunktion ebenfalls Berücksichtigung erfährt.

111 Ein besonderes Beispiel hierfür ist in Nigeria der Versuch der gewaltfreien separatistischen „Movement für the Actualization of a Sovereign State of Biafra“ (MASSOB), durch das Projekt der „Biafran Pound Notes“ ein moralisches Geld herzustellen, welches sich gegen die nationale Währung wendet (Olly 2009, insbesondere 581f.).

112 Vgl. <www.ces.org.za>.

113 Vgl. <<http://minutocash.org/index.html>>.

4.2.1 Tauschmittel (*medium of exchange*)

Die meisten Gelder dienen als Tauschmittel, mithilfe dessen sich das Problem der Notwendigkeit einer *double coincidence of wants* umgehen lässt.¹¹⁴ Eine klare Abgrenzung von Geldern und Nichtgeldern auf Basis der Tauschmittelfunktion ist insofern beliebig, da es sich um ein Kontinuum handelt (Ryan-Collins et al. 2011: 52f.). Je größer die Liquiditätsprämie eines Wertes, je einfacher er also konvertiert werden kann, desto ausgeprägter ist seine Geldnähe (*moneyness*). Eine Betrachtung verschiedener (existierender oder geforderter) Gelder zeigt, dass nicht alle Gelder gleichermaßen als Tauschmittel dienen. Geldkonzepten, die auf einen Pluralismus von Währungen abzielen, liegt in der Regel die Vorstellung der Tauschmittelfunktion als zentrale Funktion zugrunde. Dies gilt sowohl für die der Stärkung privatwirtschaftlichen Bankenwettbewerbs verpflichteten Free-Banking-Theorien als auch für die Vorstellungen eines demokratischen Systems von Währungen, in dem Tauschwährungen auf lokaler und regionaler Ebene frei geschöpft werden. Wie gezeigt wurde, kann die Tauschmittelfunktion durch andere Geldfunktionen eingeschränkt werden, wenn etwa die Liquiditätspräferenz so hoch ist, dass Geld dem Tauschkreislauf entzogen wird. Im Falle umlaufgesicherter Gelder wird die Tauschmittelfunktion gestärkt, gleichzeitig treten die anderen Funktionen in den Hintergrund. Eine Umlaufsicherung von Geld ist zentraler Bestandteil von Gesells Freigeldkonzeption. Sie wird von manchen, aber nicht allen Befürwortern von 100%-Geld und Vollgeld gefordert. Darüber hinaus gehört sie zu vielen Regionalgeldern und innerhalb von Konzeptionen einer monetären Demokratie und der Ecology of Money zu bestimmten, der Tauschfunktion zugeordneten Geldern. Demgegenüber gibt es Gelder, die die Tauschmittelfunktion nicht oder kaum erfüllen. Zu diesen gehören innerhalb mehrstufiger Systeme Wertmaßstäbe wie der Bancor.

4.2.2 Recheneinheit und Wertmaßstab (*unit of account*)

Die Funktion des *unit of account* bedeutet nicht einfach, dass mit einer Währung gerechnet oder dass sie als Maßeinheit genutzt werden kann. Sie bedeutet vielmehr, dass Geld ein selbstständiger Träger abstrakten Wertes ist. Gesetzliche Zahlungsmittel erfüllen diese Funktion, Buchgelder erfüllen sie nicht *selbstständig*, da sie einen Anspruch auf gesetzliches Zahlungsmittel darstellen.¹¹⁵ Die Staatstheorie des Geldes (vgl. Ingham 2004: 47–49) verweist auf den engen Zusammenhang zwischen der Akzeptanz von Geldern zur Begleichung von Steuerschulden und deren Funktionsfähigkeit als Wertmaßstab. Gelder, die Wertmaßstabsfunktion nicht selbst erfüllen, nutzen in der Regel eine Verrechnung in eine konventionelle Währung. Viele Komplementärwährungen stehen

114 Zum von Jevons geprägten Begriff der doppelten Koinzidenz vgl. Ingham (2004: 17). Ohne ein solches, die doppelte Koinzidenz umgehendes Tauschmittel wäre der Tausch deutlich transaktionskostenintensiver, da zwei Personen selten wechselseitig genau die Güter anbieten beziehungsweise nachfragen, die sie besitzen.

115 Wiederum sei auf die Möglichkeit der Währungssubstitution hingewiesen. So mag der Dollar in Teilen Lateinamerikas oder Afrikas als *unit of account* gelten.

so im festen Wechselkurs zur Staatswahrung, erfüllen Wertmastabsfunktion daher nicht. Aber auch andere Komplementärwährungen wie viele Tauschringe basieren auf dem gesetzlichen Zahlungsmittel, das sie zumindest *indirekt* als Wertmaßstab nutzen, da die getauschten Güter und Dienstleistungen immer mit Blick auf ihre Marktpreise als Referenz betrachtet werden können.

Ausprägungen eines eigenständigen Wertmastabs sind konkrete Einheiten, beispielsweise Ressourcen wie Gold, Emissionsquoten oder Kohle¹¹⁶, sowie Zeiteinheiten im Falle der Zeitbanken. Gewichtete Zeiteinheiten hingegen bedienen sich zum Zwecke der Verrechnung oftmals der herkömmlichen Währung. Unter den diskutierten alternativen Konzepten finden sich Währungen, die in erster Linie als *unit of account* fungieren, wie der Bancor oder ressourcenbasierte CO₂-Emissionen.

Hinsichtlich der Erfüllung der Wertmastabsfunktion kann demnach zwischen einer eigenständigen Erfüllung durch konkrete Einheiten von Ressourcen oder Zeit sowie einer Abhängigkeit von Referenzwahrungen unterschieden werden.

4.2.3 Wertaufbewahrung (*store of value*)

Grundlegend für die Wertaufbewahrungsfunktion ist die Geldwertstabilität beziehungsweise die Erwartungen an diese Stabilität. Darüber hinaus stehen Wertaufbewahrungsfunktion und Tauschmittelfunktion in einem Spannungsfeld zueinander, da die Hortung von Geld seine Tauschmittelfunktion beeinträchtigt. Inwieweit sich eine Währung als Wertaufbewahrung eignet, hängt daher unter anderem von der Art des implementierten Zinsmechanismus ab. Während positive Zinsen die Wertaufbewahrungsfunktion erhöhen, verschlechtern Zinslosigkeit und vor allem Demurrage und andere Formen von Negativzinsen diese Funktionsfähigkeit. Währungen mit einem Verfallsdatum eignen sich nicht als langfristige Wertaufbewahrung.

Lokale Komplementärwährungen eignen sich unabhängig von einer Umlaufsicherung nur bedingt als Wertaufbewahrungsmittel. Dies gilt besonders, wenn sie nicht konvertibel in andere Währungen sind. Schließlich erscheint eine inkonvertible Währung, mit der lediglich eine begrenzte Zahl an Transaktionen durchgeführt werden kann, als eine vergleichsweise ineffektive Form der Wertaufbewahrung (Peacock 2006: 1074).

In der Freigeldkonzeption sowie den verschiedenen Reformvorschlägen mit Umlaufsicherung wird die Wertaufbewahrungsfunktion eingeschränkt. Auch innerhalb der wahrungpluralistischen Konzepte der Ecology of Money erfüllen einige Währungen diese Funktion kaum oder gar nicht, andere hingegen besonders gut. Schließlich impliziert eine Überwindung der Knappheit von Geld auf lokaler Ebene, dass lokale Gelder nicht

116 Der WARA der 1930er-Jahre wurde in Kilogramm Kohle gerechnet. Gleiches gilt für die japanische Holzkohlewahrung in Osaka (vgl. Kennedy/Lietaer 2004: 185, 253).

zur Wertaufbewahrung herangezogen werden können. Innerhalb mehrstufiger Geldsysteme werden die verschiedenen Funktionen auf einzelne Gelder aufgeteilt. Demgegenüber zielen Forderungen eines Free-Banking-Systems und eines Währungswettbewerbs nach Hayek auf eine Stärkung der Wertaufbewahrungsfunktion. Im Wettbewerb setzen sich schließlich besonders geldwertstabile Währungen durch.¹¹⁷

4.2.4 Vergemeinschaftung

Neben den drei grundlegenden Geldfunktionen verdient auch die vergemeinschaftende Funktion insbesondere von lokalen Geldern eine eingehende Betrachtung.¹¹⁸ Eine gemeinschaftsstiftende Funktion beruht einerseits auf der Tauschmittelfunktion, da der Austausch selbst auf den sozialen Beziehungen aufbaut und diese stärkt. Andererseits entsteht Gemeinschaft durch die Zuschreibung von Gemeinsamkeit, durch geteilte Ziel- oder Wertvorstellungen. Manche lokale und regionale Gelder repräsentieren solche Wertesysteme, die nachhaltiges Wirtschaften, regionale Wertschöpfung oder die Einhaltung sozialer Rechte fordern. Gelder können Gemeinschaft aber nicht nur durch den Bezug auf einen regionalen Raum (Lokal- und Regionalwährungen), sondern auch über Gruppenzugehörigkeit (Barter-Clubs wie der WIR) oder ideelle Zusammengehörigkeit (internetbasierte Tauschsysteme) bilden. Das gemeinsame Geld wird somit zum Symbol einer von den rein ökonomischen Funktionen unabhängigen Zielvorstellung. Gleichzeitig ist diese geteilte Zielvorstellung mutmaßlich Grundlage der Bereitschaft, solche Gelder zu akzeptieren.

Bei lokalen Tauschringen und Zeitbanken stehen oftmals eine Form der Gabe-Ökonomik und reziprok-solidarische Beziehungen im Vordergrund. Somit können zweckrationale Beziehungen in den Hintergrund treten und wertrationale Beziehungen gefördert werden. Der gemeinsame Bezugspunkt zu kollektiv-kooperativem alternativen wirtschaftlichen Handeln auf lokaler oder regionaler Ebene leistet keine Individualisierung, sondern im Gegenteil Vergemeinschaftung (für Ithaca Hours vgl. etwa Herrmann 2006: 136f.). Soziale, über den Tausch hinausgehende Beziehungen können entstehen oder verfestigt werden. Gleichwohl scheinen Währungssysteme auch auf lokaler Ebene stabiler zu sein, wenn sie eher auf ausgeglichener Reziprozität im Sinne Sahlins basieren, auch wenn sie die Prinzipien einer reinen Gabeökonomik nach Mauss betonen (Boulianne 2006).

117 Zumindest also für diejenigen Geldhalter, die auf die *post festum* stabilste Währung gesetzt haben, erfüllt diese die Wertaufbewahrungsfunktion. Der Wettbewerb erzeugt die Wertaufbewahrungsfunktion demnach um den Preis erhöhter Informationskosten.

118 Analysen von Geld und Geldfunktionen betonen zumeist die vergesellschaftende Wirkung, den Hang zur Individualisierung. So schreibt Mikl-Horke: „Geld als Tauschmittel ist gleichzeitig ein Medium der Interaktion und Kommunikation; es steht dabei jedoch für eine ganz bestimmte Qualität derselben, für sachliche und individuell zweckrationale Beziehungen zwischen den Menschen. Diese haben im Tausch einen horizontalen Charakter, nehmen aber bei verzögerter Geldzahlung im Ware-Geld-Austausch, also im Fall des Kredits, eine vertikale Form zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer an, die der besonderen Regelung bedarf“ (Mikl-Horke 2011: 190).

Die Ecology of Money bezieht lokale Gelder als Instrument sowohl sozialer Gemeinschaftsbildung als auch lokaler wirtschaftlicher Entwicklung in ihr mehrstufiges Geldsystem ein. Ein Vergleich der anderen Konzeptionen zeigt, dass nur wenige Gelder diese Funktion erfüllen. Prinzipiell ist sie aber mit den anderen Geldfunktionen kombinierbar, solange die Reichweite des Geldes gering bleibt.

4.3 Geldmedium und Geldschöpfung

Nach der Diskussion der verschiedenen Geldfunktionen wird nun der technische Umgang mit den Erfordernissen der Bereitstellung, Verwaltung und Stabilisierung von Geldern thematisiert. Unterschiedliche Entscheidungen hinsichtlich dieser Strukturmerkmale beeinflussen das Potenzial einer Währung, die genannten Funktionen zu erfüllen.

4.3.1 *Medium*

Währungen können in verschiedenen Medien existieren. Das bestehende System kombiniert bares Münz- und Papiergeld mit elektronischem Geld, „virtuellem“ Buchgeld und seinen Kontoverrechnungssystemen. Daneben gibt es Warengelder, die Gold, Kohle (zum Beispiel Wära) oder Warenkörbe (zum Beispiel Terra) nutzen. Andere Geldsysteme, wie Zeitbanken oder Barter-Clubs, aber auch internationale Referenzwährungen wie der Bancor, verwenden Verrechnungssysteme und werden nicht in physischer Form emittiert. Die Möglichkeiten computergestützter Systeme lassen weitere technische Innovationen erwarten. Die meisten Geldkonzepte basieren auf einer Mischung unterschiedlicher Medien. Grundsätzlich lassen sich jedoch Währungen mit physisch emittiertem Geld von reinen Verrechnungssystemen unterscheiden.

4.3.2 *Mechanismen und Ebenen der Geldschöpfung*

Verschiedene Mechanismen der Geldschöpfung unterscheiden sich hinsichtlich der Ebene, auf der sie stattfindet, der Deckungsbasis sowie hinsichtlich der verfügbaren Instrumente zur Begrenzung der Geldmenge. Die Entscheidung für bestimmte Verfahren in diesen Fragen hat Einfluss auf die Eignung zur Erfüllung der genannten Funktionen des Geldes.

4.3.2.1 Ebene

Die Geldschöpfung kann, wie gezeigt, exogen oder endogen stattfinden. Sie kann von einer zentralen Instanz oder dezentral von den Marktteilnehmern selbst ausgehen. Eine Betrachtung des bestehenden Systems zeigt zunächst, dass gesetzliche Zahlungsmittel

von einer zentralen Instanz herausgegeben werden. Buchgeld hingegen entsteht zwar vermittelt über eine Kreditvergabe gegen eine Sicherheit, dabei unterliegen die Geschäftsbanken allerdings einer Form der Regulierung, die der Zentralbank weiterhin die indirekte Steuerung der Geldmenge überlässt.

Die alternativen Geldkonzepte unterscheiden sich fundamental im Hinblick auf die Ebene der Geldschöpfung. Zentrale Geldmengensteuerung findet sich im 100%-Geld des Chicago-Plans, in den Vollgeldsystemen sowie bei international verhandelten Emissionsquoten. Hier wird die Geldmenge aus gesamtwirtschaftlicher Sicht exogen bestimmt. Demgegenüber wird die Geldmenge bei den Free-Banking-Ansätzen endogen, dezentral, durch die Marktteilnehmer geschöpft. Ein wesentlicher Bestandteil der Ecology of Money ist, dass auf den unteren Ebenen Gelder auch durch Unternehmen (beispielsweise WIR-Ring) oder Privatpersonen geschöpft werden können.¹¹⁹

Die Unterscheidung zwischen exogen und endogen geschöpftem Geld lässt sich darüber hinaus auch auf Gelder geringerer Reichweite anwenden. Im Falle der Komplementärwährungen existieren Ansätze einer Geldschöpfung durch zentrale Instanzen sowie Ansätze mit dezentraler Geldschöpfung. Zentral geschöpftes Geld gibt es bei einigen Tauschringen sowie bei den Regionalgeldern und Komplementärwährungen mit kommunaler Beteiligung. Zeitbanken und viele Tauschringe lassen hingegen eine endogene Geldschöpfung durch die Nutzer des Systems zu. Martignoni und Gmür nennen ein Kontinuum von Möglichkeiten der Kompetenz der Geldschöpfung, das von völliger Offenheit (also jeder Person) über abgegrenzte Mitglieder eines Währungssystems, „vielen kleinen Gruppen“, „wenige große Gruppen“ hin zu einer Zentralstelle reicht (Martignoni/Gmür 2012: 181). Dabei ist eine völlig dezentrale Geldschöpfung denkbar. Minuto-Zeitgutscheine können von jeder Person geschöpft werden. Das Vertrauen in die Währung wird dadurch erhöht, dass zwei Bürgen einen Geldschein unterzeichnen müssen und somit ihren Zeiteinsatz als Bürgschaft hinterlegen.

Vom Vertrauen in die emittierende Institution ist der Erfolg einer jeden Währung abhängig. Außerdem sind unterschiedliche Arrangements mit unterschiedlichen Erfolgsaussichten in der Erfüllung der zentralen Geldfunktionen verbunden. Es muss genug Geld vorhanden und im Umlauf befindlich sein, damit die Tauschmittelfunktion erfüllt wird. Gleichzeitig muss die Geldausweitung begrenzt sein, um einen Wertverlust und damit eine Beschränkung der Wertaufbewahrungsfunktion zu vermeiden. Wie bereits diskutiert, finden sich gegensätzliche Argumente dazu, welche Form der Bereitstellung diese Funktionen zu erfüllen in der Lage ist. Eine Lösung ist, verschiedene Gelder auf unterschiedlichen Ebenen zur Erfüllung der verschiedenen Funktionen zu nutzen.

119 In Douthwaites (1999) Konzeption können, um es präziser zu formulieren, Non-Profit-Unternehmen Geld schöpfen. Geldschöpfung von kommerziellen Unternehmen möchte er hingegen unterbinden.

4.3.2.2 Deckung

Das Geldschöpfungsmoment hängt mit der Deckungsbasis des Geldes zusammen. Hier lassen sich grundlegend zunächst wertgedeckte Gelder von Fiatgeld unterscheiden. Wertgedeckte Gelder basieren auf natürlichen Ressourcen, Fiatgeld entsteht ungedeckt, wie aus dem Nichts. Heutiges Zentralbank- und Buchgeld kann als Fiatgeld gesehen werden, auch wenn Kreditgeld als Darlehen gegen Sicherheiten ausgegeben wird.

Unter den vorgestellten Reformkonzepten finden sich solche, die im Kern eine Fiatgeldschöpfung vorsehen, wie beispielsweise das Vollgeld. Unter den Befürwortern von 100%-Geld finden sich sowohl Befürworter als auch Gegner einer Ressourcendeckung des Zentralbankgeldes. Gleiches gilt für die Vertreter von Konzepten des Free Banking, wenngleich meistens wertgedeckte Gelder als überlegen angesehen werden. Unter den Vorschlägen zu wertgedeckten Geldern finden sich Forderungen nach einem Goldstandard, aber auch Forderungen nach einer Deckung des Geldes anhand spezifischer Warenkörbe, die auch Emissionsquoten einbeziehen können.¹²⁰

Im Falle einiger komplementärer Währungen übernehmen höherwertige Gelder wie das gesetzliche Zahlungsmittel die Deckung eines Geldes. Regionalgelder etwa werden gegen eine hundertprozentige Reserve geschöpft, sind in einer solchen Sichtweise also durch staatliches Geld „gedeckt“. Andere Formen basieren auf wechselseitiger Kreditgewährung, also im Wesentlichen auf Vertrauen der Teilnehmer untereinander. Zu Beispielen hierfür gehören Zeitbanken, aber auch Barter-Verrechnungssysteme von Unternehmen. Darlehen können auch gegen Sicherheiten vergeben werden, welche das Vertrauen der Transaktionspartner untereinander substituieren können. Eine solcherart abgesicherte Geldschöpfung ist weitverbreitet. Sicherheiten können Boden oder andere Ressourcen, sonstige Sachwerte, Produkte oder Dienstleistungen sein. Bei manchen Komplementärwährungen wie Zeitbanken wird das Geld durch die Person selbst beziehungsweise ihr Sozialkapital gedeckt.

4.4 Finanzierung und Kostendeckung

Nach Kennedy und Lietaer lassen sich Komplementärwährungen nach dem Mechanismus der Kostendeckung oder der Finanzierung des Systems voneinander abgrenzen (Kennedy/Lietaer 2004: 263–265). Schließlich werden Ressourcen für den Aufbau einer Infrastruktur, Verwaltung etc. benötigt. Darüber hinaus verursachen Geldsysteme und Zahlungstransfers allgemein Kosten, die etwa in Form von Kontoführungsgebühren

120 Grundsätzlich sind alle Arten von Ressourcen zur Deckung von Geld denkbar. Einige Komplementärwährungen nutzen zum Beispiel Kohle. Zu Versuchen, lokale Nahrungsmittel als Deckung zu nutzen, vgl. Hallsmith und Lietaer in ihrem Kapitel zu Food Currencies (Hallsmith/Lietaer 2011: 152–157).

oder anderen Transaktionskosten anfallen. Bei Komplementärwährungen werden die benötigten Ressourcen in Teilen in Form von Zeitaufwendungen durch Protagonisten bereitgestellt. Mögliche Formen der Kostendeckung für Komplementärwährungen liegen darüber hinaus insbesondere in Mitgliedschaftsgebühren, Nutzungsgebühren und der Einführung von Liegegebühren oder einem Negativzins.

Grundsätzlich ist bei der Emittierung von Geld ein Seignioragegewinn erzielbar. Die Reformkonzepte des 100%-Geldes und des Vollgeldes sehen gerade eine Möglichkeit darin, durch die unbefristete und zinsfreie Überlassung der originären Seigniorage an den öffentlichen Haushalt zu einer verbesserten Staatsfinanzierung beitragen zu können (vgl. Huber 2011: 133–137).

4.5 Zielsetzung

Alternative Geldkonzepte verfolgen verschiedene Ziele. Die primären Zwecke einer Währung können in wirtschaftliche, soziale, politische und ökologische Ziele unterteilt werden. Ein zentraler Ansatz vieler Konzepte ist die Verbesserung der Geldmengensteuerung und eine an die realwirtschaftlichen Entwicklungen angepasste Vermehrung der Geldmenge. Das Ziel der verbesserten Geldmengensteuerung verfolgen dabei alle Ansätze, wenn auch aus unterschiedlichen Perspektiven. Bei manchen sollen Staaten oder Zentralbanken diese Aufgabe übernehmen (100%-Geld und Vollgeld) oder ökologische Gesichtspunkte in die Geldmengensteuerung aufnehmen (Ressourcendeckung durch Emissionsrechte). Andere Ansätze sehen eine optimale Geldmengensteuerung als nur über eine Privatisierung erreichbar (Free Banking und andere pluralistische Konzepte). Während die meisten Konzeptionen tendenziell auf eine Begrenzung der Geldmenschöpfung abzielen, möchten andere durch lokale Währungen gerade die Knappheit von Geld aufheben. Geld als Tauschmittel sollte in dieser Sicht immer dann geschöpft werden können, wenn es gerade benötigt wird. Lokales Geld sollte als Tauschmittel daher unbegrenzt vorhanden sein und an die Seite von auf höherer Ebene gesteuerten knapperen nationalen oder supranationalen Geldern treten, welche Wertmaßstabs- und Wertaufbewahrungsfunktionen übernehmen können.

Die Verbesserung der Geldmengensteuerung gilt vielen Ansätzen als instrumentelles Ziel, um letztlich eine Stabilisierung der Konjunktur, eine Abschwächung wirtschaftlicher Zyklen zu erreichen. Reformen der Geldschöpfung im Sinne des 100%-Geldes sowie des Vollgeldes wollen gezielt die systeminhärente Prozyklizität der Buchgeldschöpfung durch Geschäftsbanken durch eine antizyklische Geldsteuerung ersetzen. Auch einige bestehende Komplementärwährungen wirken antizyklisch stabilisierend. Schließlich wird in wirtschaftlichen Krisenzeiten der Zugang zu Krediten im herkömmlichen Geldsystem erschwert, sodass Vorteile der Komplementärwährung hervortreten. Originärer Zweck von Barter-Systemen von Unternehmen ist die Verbesserung der Handelsbeziehungen der Mitglieder untereinander. Dieses Ziel hängt eng mit dem Ziel

einer antizyklischen Geldbildung zusammen, da die Handelsbeziehungen insbesondere in Krisenzeiten oder während Abschwüngen durch diese Formen komplementärer Währungen verbessert werden. In der Tat zeigt das Beispiel des WIR, dass die Transaktionsvolumina in wirtschaftlich schwachen Zeiten zunahmten, während sie im Aufschwung abnahmen (Stodder 2009). Insofern können auch Komplementärwährungen zu einer Stabilisierung oder Abschwächung der Konjunkturzyklen beitragen. Auf diesem Zusammenhang basieren Ideen der Ecology of Money, wonach lokales und regionales Wirtschaften seine Abhängigkeit von globalen oder nationalen Konjunkturverläufen oder Krisen verringert.

Somit lässt sich auch die Stärkung regionalen Wirtschaftens als Ziel einiger Ansätze erkennen. Lokale und regionale Komplementärwährungen werden in der Literatur und vor allem von Praktikern als ein Element lokaler und regionaler Wirtschaftsentwicklung gesehen (North 2007; Seyfang 2001a).¹²¹ Auch Konzeptionen einer Ecology of Money haben in der Regel ebenfalls eine Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaft zum Ziel.

Viele Reformkonzepte wollen die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft verbessern oder erhalten. Dies gilt für die beiden Stränge der zentralisierten exogenen Geldmengensteuerung genau wie für den Währungswettbewerb. Eine besonders umfassende Reform des Geldsystems ist die Freigeldbewegung, nach der die Marktwirtschaft auf Kosten des Finanzkapitalismus gestärkt werden soll. Der Ansatzpunkt hierfür besteht in der Beseitigung des Zinsmechanismus. Andere Konzeptionen stellen nicht die grundsätzliche Stärkung der Marktwirtschaft, sondern im Gegenteil ihre Ergänzung in den Vordergrund. Hierzu gehören die Ideen einer Demokratisierung von Geldern, da auf lokaler Ebene gerade der Mangel an Geld beseitigt werden soll, damit wirtschaftliches Handeln jenseits der auf Knappheiten basierenden marktlichen Koordinierung möglich wird. Viele lokale Komplementärwährungen haben insofern dezidiert das Ziel, zu einer Überwindung des (kapitalistischen) Marktsystems beizutragen.

Neben diesen primär ökonomischen Zielen verfolgen einige alternative Geldkonzepte auch soziale Zielsetzungen. Lokale Geldsysteme wie LETS und Zeitbanken möchten zum Beispiel die Integration vom Arbeitsmarkt ausgegrenzter Personenkreise erreichen. Auch wollen sie zur Anerkennung informeller Tätigkeiten beitragen. Zeitbanken versuchen, diese Ziele zu realisieren, und führen dazu oftmals ein egalitäres Prinzip der ungewichteten Zeiteinheiten ein. Zu den sozialen Zielen gehört etwa die Ressourcennobilisierung (Güter und Dienstleistungen), wodurch soziale Ungleichheit verringert werden soll. Grundlegend können manche Zeitbanken und Tauschringe als Instrumente angesehen werden, soziale Beziehungen zu festigen und aufzubauen.

121 Da sie den Aspekt des regionalen Wirtschaftens hervorheben, können kommunale Komplementärwährungen in informationsökonomischer Terminologie grundlegend als Signal für die Nachfrage nach lokalen Produkten gesehen werden (Jayaraman/Oak 2005).

Nicht nur lokale Komplementärwährungen haben eine Reduktion von Ungleichheit zum Ziel. Auch andere alternative Geldkonzepte betonen soziale Ziele dieser Art, die allerdings weniger auf der Mikroebene, sondern eher auf gesellschaftlicher Ebene verwirklicht werden sollen. Der Vollgeldansatz erhofft sich durch die steigenden Seignioragegewinne und den langfristigen Wegfall von staatlichen Kreditzinsschulden bei Privatbanken einen vergrößerten Handlungsspielraum für sozialstaatliche Ausgaben. Auch ein Grundeinkommen wird in diesem Zusammenhang diskutiert, wenn auch von den meisten Befürwortern verworfen. Der Mehrgeldsteueransatz zählt die Reduktion sozialer Ungleichheit, welche durch das übermäßige Wachstum von Vermögen zustande gekommen ist, ebenfalls zum Ziel. Steuern sollen dabei einerseits Leitungsfunktionen erfüllen, andererseits die Finanzierung sozialstaatlicher Aufgaben ermöglichen.

So lassen sich auch genuin politische Zieldimensionen der alternativen Geldkonzepte erkennen. Zu den der politischen Sphäre zuzurechnenden Zielen verschiedener Reformkonzepte gehört neben der Reduktion sozialer Ungleichheit eine stärkere Regulierung des Geldsystems und damit des Finanzsektors durch den Staat. Staaten sollen Handlungsspielräume zurückgewinnen. Zu Ansätzen mit einer solchen Zielfunktion gehören 100%-Geld und Vollgeld, die Mehrgeldsteuer, aber auch Konzeptionen der Ressourcendeckung, in denen der Emissionsverbrauch endogenisiert werden soll.

In der Ecology of Money wird darüber hinaus eine Art Demokratisierung des Geldes verlangt, insofern für jede Person die Möglichkeit zur Schöpfung lokaler Tauschmittel vorgesehen ist. Auf einem ähnlichen Prinzip demokratischer Teilhabe basieren viele bestehende lokale Komplementärwährungen, die sich explizit als politische Bewegungen sehen. In weiten Teilen verfolgen sie politische Ziele, indem sie lokale Antworten auf die Globalisierung bieten möchten. Dadurch sollen auch ökologische und der Nachhaltigkeit verpflichtete Ziele erreicht werden. Dies gilt insbesondere für lokale und regionale Komplementärwährungen, deren Akteure durch die Förderung lokalen Konsums positive Wirkungen auf die Umwelt erwirken möchten. So reduzieren sie Transportwege und erhöhen das Wissen von Konsumenten über die angebotenen Güter. Solchen Komplementärwährungen wird ein hohes Potenzial als Politikinstrument zur Erreichung nachhaltigen Konsums zugesprochen (Seyfang 2006; Ryan-Collins 2011). Die meisten Formen zivilgesellschaftlicher Komplementärwährungen beziehen demnach ökologische Elemente in ihre Zielsetzung ein. Komplementärwährungen von Typ IV nutzen spezifische Anreizstrukturen, um nachhaltigen Konsum zu fördern.

Auch die Forderungen nach einem System multipler Gelder inklusive Karbonwährungen verfolgen (unter anderem) ökologische Ziele. Darüber hinaus werden weitere Reformkonzepte wie die Mehrgeldsteuer von Solte, aber auch Lietaers Währungspluralismus als Beitrag zu einer ökologischen Erneuerung gesehen.

5 Fazit

Aus den Diskussionen der Reform- und Ergänzungsvorschläge wird deutlich, dass die unterschiedlichen Ausgestaltungen der gelderzeugenden Akteure und Prozesse unterschiedlichen Zielvorstellungen entspringen. Diese wiederum ergeben sich zum Teil aus dem jeweils zugrunde liegenden Geldbegriff oder unterschiedlichen Ansichten über die Wirkungsweise der jeweiligen bestehenden oder vorgestellten Arrangements. Denn spezifische Ziele können die Erfüllung *bestimmter* Geldfunktionen erfordern. Zu den verschiedenen Zielen, die von alternativen Geldkonzepten verfolgt werden, gehören eine verbesserte Geldmengensteuerung, die Stabilisierung und Glättung von Konjunkturzyklen, regionale und lokale Wirtschaftsentwicklung, nachhaltiges Wirtschaften, soziale Inklusion, die Reduzierung sozialer Ungleichheit und lokale geldpolitische Gestaltungsmöglichkeiten. Grundlegend nebeneinander bestehen dabei sowohl Ansätze zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit von Märkten als auch Ansätze zur Entwicklung alternativer Wirtschaftsmodelle.

Alternative Geldkonzepte unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der ihnen zugrunde liegenden Problemidentifizierungen und -analysen als auch hinsichtlich der vorgeschlagenen Lösungsansätze. Im vorliegenden Literaturbericht wurden als zentrale Kritikstränge zunächst die Prozyklizität des Geldmengenwachstums beziehungsweise die allgemein mangelhafte Geldmengensteuerung sowie, damit verbunden, das Problem der Inflation und der darauf basierenden Blasenbildung und Krisenanfälligkeit ausgemacht. Darüber hinaus wird insbesondere der auf ökologische Grenzen stoßende systeminhärente Wachstumszwang und, im Zusammenhang damit, das Zinssystem selbst als Störfaktor identifiziert. Schließlich wird das bestehende Geldsystem aufgrund seiner sozial ausschließenden Wirkung kritisiert.

Hier wird bereits deutlich, dass in der Kritik herkömmlicher Modelle verschiedene Mängel wahrgenommen werden, die einerseits unmittelbar die Funktionsfähigkeit des bestehenden Geldsystems betreffen. Andererseits werden bestimmte unabhängige Ziele als unvereinbar mit dem bestehenden Geldsystem angesehen. Denn die vorgestellten Geldkonzepte verweisen nicht nur auf wahrgenommene systemische Mängel in der Funktionsfähigkeit des bestehenden Geldsystems. Manche erweitern auch die Anforderungen an das Geldsystem, indem sie ökologische oder soziale Dimensionen unmittelbar in die Zielvorstellungen von Geld einbeziehen. Eine solche Betrachtungsweise bedarf einer sich ändernden Vorstellung davon, was das Wesen des Geldes ist.

In der Literatur herrscht zunächst Uneinigkeit in der Beschreibung und in der Bewertung der bestehenden Geldschöpfungsmechanismen. Insbesondere erkennen einige Kritiker das zentrale Problem in der Steuerung durch Zentralbanken, während andere dies in der multiplen Buchgeldschöpfung durch Geschäftsbanken verorten. Aufbauend darauf werden Dysfunktionalitäten wie exorbitante Geldmengenausdehnung, Inflation, Instabilität und Krisenanfälligkeit entweder als durch endogene oder als durch exogene Geldschöpfung verursacht erklärt. Spiegelbildlich setzen einige Lösungsvorschläge

bei einer Abschaffung des Zentralbankmonopols und der Einführung eines Währungswettbewerbs auf Basis des Free Banking an, andere Lösungsvorschläge hingegen fordern eine Stärkung des Zentralbankmonopols und das Ende oder zumindest die strikte Eingrenzung der multiplen Kreditgeldschöpfung.

Eine dritte Perspektive sieht nicht eine (durch Staat oder Wettbewerb) zu wenig begrenzte Geldschöpfung als Problem an, sondern im Gegenteil die stetige Knappheit von Geld als Tauschmittel auf lokaler Ebene. Unter eine solche Perspektive kann sowohl der Freigeldansatz von Gesell subsumiert werden als auch die Ideen lokaler und regionaler Währungen, wie sie in der Ecology of Money gefordert und bereits heutzutage in Form einiger Komplementärwährungen bereitgestellt werden. Letztere verweisen auf die Chance, möglicherweise die Notwendigkeit, zivilgesellschaftliche Akteure und Strukturen in das Geldangebot einzubeziehen. Sie fordern pluralistische Geldsysteme, in denen verschiedene Gelder auf verschiedenen Ebenen jeweils eigene Funktionen erfüllen sollen. Hierzu bedarf es allerdings einer grundlegenden Wahrnehmungsveränderung, die mehrere parallele Geldtypen zur Verwirklichung unterschiedlicher Funktionen als miteinander vereinbar ansieht.

Verschiedene Ansätze betonen die hinter dieser Forderung stehende Feststellung, dass nicht jedes Geld in der Lage ist, sämtliche Geldfunktionen gleichermaßen zu erfüllen, und dass auch ein solcher Anspruch überhaupt nicht erhoben werden muss, zumal sich wesentliche Geldfunktionen wechselseitig einschränken. Diese Erkenntnis ist insofern nicht neu, als sie Kernbestandteil der Freigeldkonzeption Silvio Gesells ist. Ein Vergleich der Konzeptionen zeigt, dass sich auf Demurrage basierende Umlaufsicherungen sowohl bei einigen bestehenden Komplementärwährungen als auch als wesentliche Elemente einiger Forderungen nach umfassender Geldreform finden. Umlaufsicherung und Negativzins werden dabei grundsätzlich innerhalb der meisten Reformstränge diskutiert, wenn sie auch umstritten bleiben.

Zu einem wesentlichen Teil beschäftigte sich der vorliegende Bericht mit bestehenden Komplementärwährungen. Zahlreiche Beispiele zeigen Möglichkeiten und Grenzen solcher Projekte, die insgesamt zwar lokale Ergänzungen insbesondere des Tauschmittels darstellen mögen, aufgrund ihrer geringen Reichweite aber selbst keine umfassende Systemänderung erwirken können. Sie müssen in der Regel durch ein von ihnen selbst unabhängiges Geld als Wertaufbewahrungsmittel ergänzt werden, worauf verschiedene währungspluralistische Konzepte hinweisen. Auch die abstrakte Wertmaßstabsfunktion kann von ihnen nur eingeschränkt erfüllt werden.

Das breite Feld alternativer Geldkonzepte zeigt, dass unterschiedliche Problemidentifikationen auf verschiedenen Ebenen mit spezifischen Zielsetzungen einhergehen. Diese Ziele werden unter Rückgriff auf spezifische Vorstellungen von Geld und seinen Funktionen anhand von Entscheidungen über wesentliche Strukturelemente (Medium, Geldschöpfungsmechanismus und -ebene, Finanzierung) zu erreichen versucht. Dabei werden in der Literatur ebenfalls Probleme bei der Umsetzung der Reformvorschläge

diskutiert. Die unterschiedlichen Geldkonzepte sperren sich in einem gewissen Sinne einer umfassenden vergleichenden Bewertung, da sie zum Teil unterschiedliche Ziele verfolgen. Es ist vor allem die Beurteilung der Funktionsfähigkeit der anvisierten Mechanismen, die durch unterschiedliche Instrumente gesichert werden soll, möglich. So lässt sich fragen, ob die anvisierten Geldvorstellungen praktisch umsetzbar sind und ob sie geeignet sind, die genannten Ziele zu erreichen. Wie ein Blick in die Literatur zeigt, besteht auch über diese Fragen keine Einigkeit.

6 Literatur

- Adams, Carl, 2011: The Emergence of Non-Banks: E-Commerce Driven Competition in the Financial Sector. In: Simon Mouatt/Carl Adams (Hg.), *Corporate and Social Transformation of Money and Banking: Breaking the Serfdom*. Houndmills: Palgrave Macmillan, 121–133.
- Adams, Carl/Simon Mouatt, 2012: Alternatives to the Global Financial Sector: Local Complementary Currencies, LETS and Time-Backed Currencies. In: Zongwei Luo (Hg.), *Advanced Analytics for Green and Sustainable Economic Development*. Hershey, PA.: IGI Global.
- Allen, William R., 1993: Irving Fisher and the 100 Percent Reserve Proposal. In: *The Journal of Law and Economics* 36(2), 703–717.
- Andresen, Trond, 2012: What If the Greeks, Portuguese, Irish, Baltics, Spaniards, and Italians Did this: High-tech Parallel Monetary Systems for the Underdogs? In: *Real-World Economics Review* 59, 105–112.
- Angell, James W., 1935: The 100 Per Cent Reserve Plan. In: *Quarterly Journal of Economics* 50(1), 1–35.
- Arestis, Philip, 2006: Financial Liberalization and the Relationship between Finance and Growth. In: Philip Arestis/Malcolm C. Sawyer (Hg.), *A Handbook of Alternative Monetary Economics*. Cheltenham: Edward Elgar, 346–364.
- Arestis, Philip/Santonu Basu/Sushanta Mallick, 2005: Financial Globalization: The Need for a Single Currency and a Global Central Bank. In: *Journal of Post Keynesian Economics* 27(3), 507–531.
- Aron, Jacob, 2011: Virtual Money Gets Real. In: *New Scientist* 2815/210, 23–25.
- Bagus, Philipp /David Howden, 2010: Fractional Reserve Free Banking: Some Quibbles. In: *Quarterly Journal of Austrian Economics* 13(4), 29–55.
- , 2012: Still Unanswered Quibbles with Fractional Reserve Free Banking. In: *Review of Austrian Economics* 25(2), 159–171.
- Becker, Ralf, 2005: Zur Bedeutung der Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 42(147), 25–29.
- Benes, Jaromir/Michael Kumhof, 2012: *The Chicago Plan Revisited*. IMF Working Paper 12/202. Washington, DC: International Monetary Fund.
- Betz, Thomas, 2005a: War Keynes der bessere Gesell oder Gesell der bessere Keynes? In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 42(146), 13–23.
- , 2005b: Geld: Das letzte Rätsel der Freiwirtschaftslehre? In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 42(147), 3–14.
- , 2010: Keynes' Bancor-Plan Reloaded. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 47(164/165), 38–49.
- Binswanger, Hans Christoph, 1994: Geld und Wachstumszwang. In: Hans Christoph Binswanger/Paschen von Flotow (Hg.), *Geld und Wachstum: Zur Philosophie und Praxis des Geldes*. Stuttgart: Weitbrecht, 81–124.
- , 2009: *Die Wachstumsspirale: Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*. Marburg: Metropolis.

- Binswanger, Hans Christoph, 2012: Finanz- und Umweltkrise sind ohne Währungs- und Geldreform nicht lösbar. In: Verein Monetäre Modernisierung (Hg.), *Die Vollgeld-Reform: Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können*. Solothurn: Edition Zeitpunkt, 13–25.
- Blanc, Jérôme, 1998: Free Money for Social Progress: Theory and Practice of Gesell's Accelerated Money. In: *American Journal of Economics and Sociology* 57(4), 469–483.
- , 2009: Contraintes et Choix Organisationnels dans les Dispositifs de Monnaies Sociales. In: *Annals of Public and Cooperative Economics* 80(4), 547–577.
- , 2011: Community, Complementary and Local Currencies' Types and Generations. In: *International Journal of Community Currency Research* 15, Special Issue Section D, 4–10.
- Bofinger, Peter, 1985: *Währungswettbewerb: Eine systematische Darstellung und kritische Würdigung von Friedrich A. von Hayeks Plänen zu einer grundlegenden Neugestaltung unserer Währungsordnung*. Köln: C. Heymann.
- Borchert, Manfred, 2001: *Geld und Kredit: Einführung in die Geldtheorie und Geldpolitik*. München: Oldenbourg.
- Bordo, Michael D./Hugh Rockoff, 2011: *The Influence of Irving Fisher on Milton Friedman's Monetary Economics*. NBER Working Paper Nr. 17267. <www.nber.org/papers/w17267.pdf> [29.9.2012]
- Boulianne, Manon, 2006: The Movement for an Economy of Solidarity: Urban Agriculture and Local Exchange Trading Systems in Quebec. In: *Research in Economic Anthropology* 24, 261–279.
- Bowring, Finn, 1998: LETS: An Eco-Socialist Initiative? In: *New Left Review* 1/232, 91–111.
- Buchanan, James M., 2010: The Constitutionalization of Money. In: *Cato Journal* 30(2), 251–258.
- Cahn, Edgar S., 2001: On LETS and Time Dollars. In: *International Journal of Community Currency Research* 5, 1–4.
- Collom, Ed, 2005: Community Currency in the United States: The Social Environments in which it Emerges and Survives. In: *Environment and Planning A* 9/37, 1565–1587.
- , 2008: *Banking Time in an Alternative Market: A Quantitative Case Study of a Local Currency System*. Konferenzbeitrag, American Sociological Association, Boston, August 2008.
- , 2011: Motivations and Differential Participation in a Community Currency System: The Dynamics within a Local Social Movement Organization. In: *Sociological Forum* 26(1), 144–168.
- , 2012: Key Indicators of Time Bank Participation: Using Transaction Data for Evaluation. In: *International Journal of Community Currency Research* 16, Section A, 18–29.
- Collom, Ed/Judith N. Lasker/Corinne Kyriacou, 2012: *Equal Time, Equal Value: Community Currencies and Time Banking in the US*. Burlington, VT: Ashgate.
- Creutz, Helmut, 1993: *Das Geld-Syndrom: Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft*. München: Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig.
- , 2002: Vollgeld und Grundeinkommen: Anmerkungen zum Buch „Vollgeld“ von Joseph Huber. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 39(133), 14–19.
- , 2005a: Möglichkeiten und Grenzen praktischer Geldexperimente. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 42(144), 29–32.
- , 2005b: Geldschöpfung der Banken? – Warum die Klärung dieser Frage wichtig ist. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 42(147), 15–24.
- , 2011: Geldschöpfung in öffentlicher Hand – Gedanken zum gleichnamigen Buch von Joseph Huber und James Robertson. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 48(168/169), 24–39.
- Davidson, Paul, 1992: Reforming the World's Money. In: *Journal of Post Keynesian Economics* 15(2), 153–179.
- Dillard, Dudley, 1942: Silvio Gesell's Monetary Theory of Social Reform. In: *American Economic Review* 32(2), 348–352.
- Dodd, Nigel, 2005a: Reinventing Monies in Europe. In: *Economy and Society* 34(2), 558–583.
- , 2005b: Laundering 'Money': On the Need for Conceptual Clarity within the Sociology of Money. In: *European Journal of Sociology* 46(3), 387–411.
- Douthwaite, Richard J., 1999: *The Ecology of Money*. Totnes: Green Books. <www.feasta.org/documents/moneyecology/contents.htm> [16.9.2012]
- , 2011a: Degrowth and the Supply of Money in an Energy-scarce World. In: *Ecological Economics*. <www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0921800911001297> [16.9.2012]

- Douthwaite, Richard J., 2011b: *A Three-Step Emergency Plan for Ireland*. <<http://fleeingvesuvius.org/2011/04/07/a-three-step-emergency-plan-for-ireland/>> [22.9.2012]
- Eichhorn, Wolfgang/Dirk Solte, 2009: *Das Kartenhaus Weltfinanzsystem: Rückblick – Analyse – Ausblick*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Evans, Anthony J./Steven Horwitz, 2011: *An Appeal for Better Scholarly Discourse: How Bagus and Howden Have It Wrong on Free Banking*. SSRN eLibrary. <http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1826622> (30.9.2012)
- Evans, Michael S., 2009: Zelizer's Theory of Money and the Case of Local Currencies. In: *Environment and Planning A* 5/41, 1026–1041.
- Eyre, Nick, 2010: Policing Carbon: Design and Enforcement Options for Personal Carbon Trading. In: *Climate Policy* 10(4), 432–446.
- Fare, Marie, 2011: The SOL: A Complementary Currency for the Social Economy and Sustainable Development. In: *International Journal of Community Currency Research* 15, Special Issue Section D, 57–60.
- , 2012: *Community and Complementary Currencies as Tools for Sustainable Development*. <www.veblen-institute.org/IMG/pdf/community_currencies_marie_fare.pdf> [20.9.2012]
- Ferris, J. Stephen/John A. Galbraith, 2006: On Hayek's Denationalization of Money, Free Banking and Inflation Targeting. In: *European Journal of the History of Economic Thought* 13(2), 213–231.
- Fisher, Irving, 1933: *Stamp Scrip*. New York: Adelphi. <<http://userpage.fu-berlin.de/roehrigw/fisher/>> [18.6.2012]
- , 1935: *100% Money*. New York: Adelphi.
- Freydorf, Christoph, et al., 2012: *Wachstumszwänge in der Geldwirtschaft. Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld*. <http://oliver-richters.de/wang/files/geld-und-nachhaltigkeit_de_wachstumszwaenge_in_der_geldwirtschaft.pdf>
- Friedman, Benjamin M., 1999: The Future of Monetary Policy: The Central Bank as an Army with only a Signal Corps? In: *International Finance* 2(3), 321–338.
- Friedman, Milton, 1961: *A Program for Monetary Stability*, Bd. 3: *The Millar Lectures*. New York: Fordham University Press.
- Gedeon, Shirley J., 1997: The Modern Free Banking School: A Review. In: *Journal of Economic Issues* 31(1), 209–222.
- Gelleri, Christian, 2008: Theorie und Praxis des Regiogeldes. In: Mathias Weis/Heiko Spitzbeck (Hg.), *Der Geldkomplex: Kritische Reflexion unseres Geldsystems und mögliche Zukunftsszenarien*, Bd. 41: *St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik*. Bern: Haupt, 156–185.
- Gelleri, Christian/Thomas Meyer, 2012: *Expressgeld statt Euroaustritt: Wirtschaftsaufschwung in den Krisenstaaten durch umlaufbeschleunigtes und abflussgebremstes Regiogeld*. <fbkfinanzwirtschaft.files.wordpress.com/2012/02/2012_02_05_expressgeld-statt-euroaustritt.pdf> [26.9.2012]
- Gesell, Silvio, 1916: *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*. Les Hauts Geneveys: Selbstverlag.
- Gischer, Horst/Bernhard Herz/Lukas Menkhoff, 2012: *Geld, Kredit und Banken*. Berlin: Springer.
- Glover, Dominic, 1999: Defending Communities: Local Exchange Trading Systems from an Environmental Perspective. In: *IDS Bulletin* 30(3), 75–82.
- Godschalk, Hugo, 2004: Währungs- und bankrechtliche Aspekte [Annex B]. In: Margrit Kennedy/Bernard A. Lietaer (Hg.), *Regionalwährungen: Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*. München: Riemann, 218–236.
- , 2012: Does Demurrage matter for Complementary Currencies? In: *International Journal of Community Currency Research* 16, Special Issue Section D, 58–69.
- Gómez, Georgina M., 2010: What Was the Deal for the Participants of the Argentine Local Currency Systems, the Redes de Trueque? In: *Environment and Planning A* 7/42, 1669–1685.
- , 2012: Sustainability of the Argentine Complementary Currency Systems: Four Governance Systems. In: *International Journal of Community Currency Research* 16, Special Issue Section D, 80–89.

- Gómez, Georgina M./A. H. J. Helmsing, 2008: Selective Spatial Closure and Local Economic Development: What do we Learn from the Argentine Local Currency Systems? In: *World Development* 36(11), 2489–2511.
- Graeber, David, 2012: *Debt: The First 5,000 Years*. New York: Melville House.
- Greco, Thomas H., 2001: *Money: Understanding and Creating Alternatives to Legal Tender*. White River Junction, VT: Chelsea Green.
- , 2009: *The End of Money and the Future of Civilization*. White River Junction, VT: Chelsea Green.
- Grover, David, 2006: Would Local Currencies Make a Good Local Economic Development Policy Tool? The Case of Ithaca Hours. In: *Environment and Planning C: Government and Policy* 24(5), 719–737.
- Guptara, Prabhu, 2008: Was niemand sehen will: Die Folgen eines auf Zins beruhenden Weltwirtschaftssystems. In: Mathias Weis/Heiko Spitzbeck (Hg.), *Der Geldkomplex: Kritische Reflexion unseres Geldsystems und mögliche Zukunftsszenarien*, Bd. 41: *St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik*. Bern: Haupt, 69–88.
- Hallsmith, Gwendolyn/Bernard A. Lietaer, 2011: *Creating Wealth: Growing Local Economies with Local Currencies*. Gabriola Island, BC: New Society Pub.
- Hayek, Friedrich A. von, 1977: Toward a Free Market Monetary System. In: *Journal of Libertarian Studies* 3(1), 1–8.
- , 1990: *Denationalisation of Money: The Argument Refined (An Analysis of the Theory and Practice of Concurrent Currencies)*. London: Institute of Economic Affairs.
- Herrmann, Gretchen M., 2006: Special Money: Ithaca HOURS and Garage Sales. In: *Ethnology* 45(2), 125–141.
- Hirota, Yasuyuki, 2011: What Have Complementary Currencies in Japan Really Achieved? In: *International Journal of Community Currency Research* 15, Special Issue Section D, 22–26.
- Horwitz, Steven, 2011: Do We Need a Distinct Monetary Constitution? In: *Journal of Economic Behavior and Organization* 80(2), 331–338.
- Huber, Joseph, 1998: *Vollgeld: Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- , 2004: Reform der Geldschöpfung: Wiederherstellung des staatlichen Geldregals durch Vollgeld. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 41(142), 13–21.
- , 2011: *Monetäre Modernisierung: Zur Zukunft der Geldordnung*. Marburg: Metropolis.
- , 2012: Finanzreformen und Geldreform: Rückbesinnung auf die monetären Grundlagen der Finanzwirtschaft. In: Verein Monetäre Modernisierung (Hg.), *Die Vollgeld-Reform: Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können*. Solothurn: Edition Zeitpunkt, 27–53.
- Huber, Joseph/James Robertson, 2000: *Creating New Money: A Monetary Reform for the Information Age*. London: New Economic Foundation.
- , 2008: *Geldschöpfung in öffentlicher Hand: Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter*. Kiel: Verlag für Sozialökonomie.
- Hubert, Eva-Maria, 2004: *Tauschringe und Marktwirtschaft: Eine ökonomische Analyse lokaler Komplementärökonomien*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Hülsmann, Jörg Guido, 1996: Free Banking and the Free Bankers. In: *The Review of Austrian Economics* 9(1), 3–53.
- Ilgmann, Cordelius/Martin Menner, 2011: Negative Nominal Interest Rates: History and Current Proposals. In: *International Economics and Economic Policy* 8(4), 383–405.
- Ilgmann, Cordelius/Ulrich van Suntum, 2008: Ist die Finanzkrise eine Krise der Marktwirtschaft? In: *Wirtschaftsdienst* 88(11), 741–745.
- Ingham, Geoffrey, 2002: New Monetary Spaces? In: OECD (Hg.), *The Future of Money*. Paris: OECD, 123–142.
- , 2004: *The Nature of Money*. Cambridge: Polity Press.
- , 2007: The Specificity of Money. In: *European Journal of Sociology* 48(2), 265–272.
- , 2008: *Capitalism*. Cambridge: Polity Press.

- Issing, Otmar, 2007: *Einführung in die Geldtheorie*. München: Vahlen.
- Jayaraman, Rajshri/Mandar Oak, 2005: The Signalling Role of Municipal Currencies in Local Development. In: *Economica* 72(288), 597–613.
- Joachain, Helene/Frédéric Klopfert, 2011: *Emerging Trend of Complementary Currencies Systems as Policy Instrument for Environmental Purposes: Changes ahead?* Working Papers CEB, 11-047. Bruxelles: Université Libre de Bruxelles.
- Kennedy, Margrit, 2006: *Geld ohne Zinsen und Inflation: Ein Tauschmittel, das jedem dient*. München: Wilhelm Goldmann.
- Kennedy, Margrit/Bernard A. Lietaer, 2004: *Regionalwährungen: Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*. München: Riemann.
- Kent, Deirdre, 2005: *Healthy Money, Healthy Planet: Developing Sustainability through New Money Systems*. Nelson, NZ: Craig Potton Pub.
- Keynes, John Maynard, 1980: *Collected Writings Vol. XXV: Activities 1940–1944: Shaping the Post-War World: The Clearing Union*. Cambridge: Cambridge University Press.
- , [1936]1997: *The General Theory of Employment, Interest, and Money*. Amherst, NY: Prometheus.
- Köstler, Ursula, 2006: *Senioren-genossenschaften – Stabilitätseigenschaften und Entwicklungsperspektiven: Eine empirische Studie zu Sozialgebilden des Dritten Sektors auf Grundlage der Gegenseitigkeitsökonomik*. Münster: LIT.
- Köstler, Ursula/Frank Schulz-Nieswandt, 2010: *Genossenschaftliche Selbsthilfe von Senioren: Motive und Handlungsmuster bürgerschaftlichen Engagements*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Krohn, Gregory A./Alan M. Snyder, 2008: An Economic Analysis of Contemporary Local Currencies in the United States. In: *International Journal of Community Currency Research* 12, 53–68.
- Lee, Robert, 1996: Moral Money? LETS and the Social Construction of Local Economic Geographies in Southeast England. In: *Environment and Planning A* 8/28, 1377–1394.
- Lewis, Mervyn K., 1997: The Myths of Free Banking. In: Philip Arestis/Gabriel Palma/Malcolm Sawyer (Hg.), *Essays in Honour of Geoff Harcourt*, Volume 2: *Markets, Unemployment and Economic Policy*. London: Routledge, 290–298.
- Lietaer, Bernard A., 2001: *The Future of Money: A New Way to Create Wealth, Work, and a Wiser World*. London: Century.
- , 2003: Terra oder die Zukunft des Geldes (mit einem Interview mit B. Lietaer, geführt von L. Kirfel-Rühle und S. Roemer-Blum). In: Dirk Baecker (Hg.), *Viele Gelder*. Berlin: Kadmos, 31–74.
- , 2008a: Komplementärwährungen in Japan: Geschichte, Originalität und Relevanz. In: Mathias Weis/Heiko Spitzeck (Hg.), *Der Geldkomplex: Kritische Reflexion unseres Geldsystems und mögliche Zukunftsszenarien*, Bd. 41: *St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik*. Bern: Haupt, 208–231.
- , 2008b: Das Terra TRC Weissbuch. In: Mathias Weis/Heiko Spitzeck (Hg.), *Der Geldkomplex: Kritische Reflexion unseres Geldsystems und mögliche Zukunftsszenarien*, Bd. 41: *St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik*. Bern: Haupt, 114–134.
- , 2011: Monetary Monopoly as Structural Cause for Systematic Financial Instability? In: Simon Mouatt/Carl Adams (Hg.), *Corporate and Social Transformation of Money and Banking: Breaking the Serfdom*. Houndmills: Palgrave Macmillan, 25–56.
- Lietaer, Bernard A., et al., 2012: *Money and Sustainability: The Missing Link. A Report from the Club of Rome*. Axminster: Triarchy.
- Löhr, Dirk, 2011a: Zu kurz gesprungen: Von Vollgeld, Freigeld und Assetpreis-inflationen. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 48(168/169), 40–54.
- , 2011b: The Euthanasia of the Rentier: A Way Toward a Steady-State Economy? In: *Ecological Economics*. <www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0921800911004873> [30.8.2012]
- Martignoni, Jens, 2012: A New Approach to a Typology of Complementary Currencies. In: *International Journal of Community Currency Research* 16, Section A, 1–17.
- Martignoni, Jens/Markus Gmür, 2012: Erfolgsfaktoren im Management von Komplementärwährungsorganisationen. In: *Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen* 62(3), 177–192.

- Mayer, Thomas, 2012: *Der Geuro: Eine Parallelwährung für Griechenland?* Research Briefing Europäische Integration: Deutsche Bank. <www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000288868/Der+Geuro%3A+Eine+Parallelw%C3%A4hrung+f%C3%B4r+Griechenland%3F.PDF>
- Mellor, Mary, 2010: *The Future of Money from Financial Crisis to Public Resource*. London: Pluto.
- Mensching, Christopher, 2005: Umlaufsicherung und Geldsystem: Zur Notwendigkeit einer doppelten Geldreform. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 42(147), 33–39.
- Mikl-Horke, Gertraude, 2011: *Historische Soziologie – Sozioökonomie – Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 188–209.
- Mouatt, Simon, 2010: The Case for Monetary Diversity. In: *International Journal of Community Currency Research* 14, Section A, 17–28.
- North, Peter, 2005: Scaling Alternative Economic Practices? Some Lessons from Alternative Currencies. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 30(2), 221–233.
- , 2007: *Money and Liberation: The Micropolitics of Alternative Currency Movements*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- , 2011: Should Crisis-hit Countries Leave the Eurozone? In: *Economic Sociology – The European Electronic Newsletter* 12(2), 21–26.
- Olah, Norbert/Thomas Huth/Dirk Löhr, 2010: Geldpolitik mit optimaler Zinsstruktur. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 48(164/165), 13–22.
- Olly, Owen, 2009: Biafran Pound Notes. In: *Africa: The Journal of the International African Institute* 79(4), 570–594.
- Onken, Werner, 1986: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte: Die Selbsthilfeaktionen mit Freigeld. In: Helmut Creutz/Dieter Suhr/Werner Onken (Hg.), *Wachstum bis zur Krise? Drei Aufsätze*. Berlin: Basis, 63–87.
- , 2000: The Political Economy of Silvio Gesell: A Century of Activism. In: *American Journal of Economics and Sociology* 59(4), 609–622.
- Ould-Ahmed, Pepita, 2010: Can a Community Currency Be Independent of the State Currency? A Case Study of the Credito in Argentina (1995–2008). In: *Environment and Planning A* 6/42, 1346–1364.
- van Ouytsel, Jeff/Katrijn Vanderweyden, 2004: Do LETS Work? Weighing up Local Exchange Trading Systems and Wage Labour. In: *Community, Work and Family* 7(1), 71–93.
- Pacione, Michael, 2011: Local Money: A Response to the Globalisation of Capital? In: *Quaestiones Geographicae* 30(4), 9–19.
- Parag, Yael/Nick Eyre, 2010: Barriers to Personal Carbon Trading in the Policy Arena. In: *Climate Policy* 10(4), 353–368.
- Paul, Axel T., 2003: Blütenträume: Über einige Schwierigkeiten beim Versuch, die Zukunft des Geldes zu gestalten. In: Dirk Baecker (Hg.), *Viele Gelder*. Berlin: Kadmos, 149–180.
- , 2009: Die Unverfügbarkeit des Geldes und die Rolle der Zentralbanken. In: Jens Beckert/Christoph Deutschmann (Hg.), *Wirtschaftssoziologie*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 49, 243–265.
- , 2012: *Die Gesellschaft des Geldes: Entwurf einer monetären Theorie der Moderne*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Paul, Ron/Lewis Lehrman, 2007: *The Case for Gold: A Minority Report to the U.S. Gold Commission*. Auburn, AL: Ludwig von Mises Institute. <<http://library.mises.org/books/Ron%20Paul/Case%20for%20Gold.pdf>> [30.9.2012]
- Peacock, Mark S., 2003: Die volkswirtschaftliche Analyse einer neuen Geldform: Der Fall lokaler Tauschringe. In: Dirk Baecker (Hg.), *Viele Gelder*. Berlin: Kadmos, 93–119.
- , 2006: The Moral Economy of Parallel Currencies. In: *American Journal of Economics and Sociology* 65(5), 1059–1083.
- Polanyi, Karl, 1957: The Economy as Instituted Process. In: Conrad M. Arensberg/Karl Polanyi/Harry W. Pearson (Hg.), *Trade and Market in the Early Empires, Economies in History and Theory*. New York: Free Press, 243–270.

- Preissing, Sigrun, 2009: *Tauschen – Schenken – Geld? Ökonomische und gesellschaftliche Gegenentwürfe*. Berlin: Reimer.
- Riegel, Edwin C., 2003: *Flight from Inflation: The Monetary Alternative*. Los Angeles: The Heather Foundation.
- Roháč, Dalibor, 2011: Towards Sound Monetary Institutions. In: *Economic Affairs* 31(3), 36–40.
- Rösl, Gerhard, 2005: Regionalwährung in Deutschland. In: *Wirtschaftsdienst* 85(3), 182–190.
- , 2006: *Regionalwährungen in Deutschland: Lokale Konkurrenz für den Euro?* Frankfurt a.M.: Deutsche Bundesbank.
- , 2008: Schwachpunkte der Freigeldlehre und der Regionalgeldmodelle. In: Mathias Weis/Heiko Spitzbeck (Hg.), *Der Geldkomplex: Kritische Reflexion unseres Geldsystems und mögliche Zukunftsszenarien*, Bd. 41: *St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik*. Bern: Haupt, 242–257.
- Rossi, Sergio, 2006: The Theory of Money Emissions. In: Philip Arestis/Malcolm C. Sawyer (Hg.), *A Handbook of Alternative Monetary Economics*. Cheltenham: Edward Elgar, 121–138.
- Ryan-Collins, Josh, 2010: Not so „Mickey Mouse“: Lessons in the Nature of Modern Money from Complementary Monetary Innovations. In: *Economic Sociology – The European Electronic Newsletter* 12(1), 58–67.
- , 2011: Building Local Resilience: The Emergence of the UK Transition Currencies. In: *International Journal of Community Currency Research* 15, Section D, 61–67.
- Ryan-Collins, Josh, et al., 2011: *Where Does Money Come From? A Guide to the UK Monetary and Banking System*. London: New Economics Foundation.
- Sademach, Marit, 2012: *Regionalwährungen in Deutschland: Strategie, Hintergrund und rechtliche Bewertung*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmölders, Günter, 1968: *Geldpolitik*. Hand- und Lehrbücher aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften. Tübingen: Mohr.
- Schroeder, Rolf F. H./Yoshihisa Miyazaki/Marie Fare, 2011: Community Currency Research: An Analysis of the Literature. In: *International Journal of Community Currency Research* 15, Section A, 31–41.
- Schuler, Kurt, 2001: Note Issue by Banks: A Step toward Free Banking in the United States? In: *Cato Journal* 20(3), 453–465.
- Schumpeter, Joseph Alois, [1954]1965: *Geschichte der ökonomischen Analyse*, Bd. 2. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schussman, Alan, 2005: *Remaking Money: Local Currency and the Meaning of Money in the United States*. Konferenzpapier. American Sociological Association, Philadelphia, August 12, 2005, 1–20.
- Schuster, Ludwig/Margrit Kennedy, 2011: Mit einer Komplementärwährung kann Griechenland abwerten und in der Euro-Zone bleiben. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 48(170/171), 10–12.
- Selgin, George A., 1988: *The Theory of Free Banking: Money Supply under Competitive Note Issue*. Totowa, NJ: Cato Institute.
- , 1994: Free Banking and Monetary Control. In: *The Economic Journal* 104(427), 1449.
- , 2010: The Futility of Central Banking. In: *Cato Journal* 30(3), 465–473.
- , 2012: Mere Quibbles: Bagus and Howden’s Critique of the Theory of Free Banking. In: *Review of Austrian Economics* 25(2), 131–148.
- Servet, Jean-Michel, 2009: Toward an Alternative Economy: Reconsidering the Market, Money, and Value. In: Chris Hann/Keith Hart (Hg.), *Market and Society: The Great Transformation Today*. Cambridge: Cambridge University Press, 72–90.
- Seyfang, Gill, 2001a: Money that Makes a Change: Community Currencies, North and South. In: *Gender and Development* 9(1), 60–69.
- , 2001b: Working for the Fenland Dollar: An Evaluation of Local Exchange Trading Schemes as an Informal Employment Strategy to Tackle Social Exclusion. In: *Work, Employment and Society* 15(3), 581–593.
- , 2002: *Tackling Social Exclusion with Community Currencies: Learning from LETS to Time Banks*. *International Journal of Community Currency Research* 6, o.S.
- , 2006: Sustainable Consumption, the New Economics and Community Currencies: Developing New Institutions for Environmental Governance. In: *Regional Studies* 40(7), 781–791.

- Seyfang, Gill, 2009a: *Carbon Currencies: A New Gold Standard for Sustainable Consumption?* CSERGE Working Paper EDM 09–07. Norwich: The Centre for Social and Economic Research on the Global Environment.
- , 2009b: *Low-carbon Currencies: The Potential of Time Banking and Local Money Systems for Community Carbon-reduction.* CSERGE Working Paper EDM 09/04. Norwich: The Centre for Social and Economic Research on the Global Environment.
- Shakespeare, Rodney/Peter Challen, 2002: *Seven Steps to Justice.* Chippenham: New European Publications.
- Slay, Julia, 2011: *More than Money: Literature Review of the Evidence Base on Reciprocal Exchange Systems.* Nesta Discussion Papers. <www.nesta.org.uk/publications/assets/documents/More%20Than%20Money%20Literature%20Review> [22.5.2012]
- Smithin, John, 2006: The Theory of Money Emissions. In: Philip Arestis/Malcolm C Sawyer (Hg.), *A Handbook of Alternative Monetary Economics.* Cheltenham: Edward Elgar, 273–290.
- Solomon, Lewis D., 1996: *Rethinking our Centralized Monetary System – The Case for a System of Local Currencies.* Westport: Praeger.
- Solte, Dirk, 2009a: *Weltfinanzsystem in Balance: Die Krise als Chance für eine nachhaltige Zukunft.* Berlin: Terra-Media-Verlag.
- , 2009b: *Die „Reise nach Jerusalem“: Gewinner und Verlierer der Finanzmarktkrise.* <www.faw-neu-ulm.de/reise-nach-jerusalem>
- Stiglitz, Joseph E./Bruce Greenwald, 2010: Towards a New Global Reserve System. In: *Journal of Globalization and Development* 2, Article 10/1. <www.degruyter.com/view/j/jgd.2010.1.2/jgd.2010.1.2.1126/jgd.2010.1.2.1126.xml> [16.9.2012]
- Stodder, James, 2009: Complementary Credit Networks and Macroeconomic Stability: Switzerland's Wirtschaftsring. In: *Journal of Economic Behavior and Organization* 72(1), 79–95.
- Studer, Tobias, 1998: *WIR in unserer Volkswirtschaft.* Basel: WIR.
- Suhr, Dieter, 1988: *Alterndes Geld: Das Konzept Rudolf Steiners aus geldtheoretischer Sicht.* Schaffhausen: Novalis.
- Thiel, Christian, 2011: *Das „bessere“ Geld: Eine ethnographische Studie über Regionalwährungen.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- UN (Hg.), 2009: *Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System.* <www.un.org/ga/econcrisissummit/docs/FinalReport_CoE.pdf> [3.6.2012]
- Verein Monetäre Modernisierung (Hg.), 2012: *Die Vollgeld-Reform: Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können.* Solothurn: Edition Zeitpunkt.
- Victor, David F./Joshua C. House, 2004: A New Currency. In: *Harvard International Review* 26(2), 56–59.
- Volkman, Krister, 2009: *Regional – und trotzdem global: Solidarische Ökonomie im Spannungsfeld zwischen Regionalität und Globalität. Eine explorative Studie zu Regionalwährungen.* Münster: LIT.
- Wagner, Simone, 2009: *Lokale Tauschnetze: Untersuchungen zu einem alternativen Wirtschaftssystem.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Walter, Johan, 2008: Staatliche Komplementärwährungen: „Dritter Weg“ zwischen Geldreform und dezentralen Regionalwährungen? In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 45(158/159), 26–37.
- Wenzlaff, Ferdinand, et al., 2012: *Theoretische Zugänge einer Wachstumsnotwendigkeit in der Geldwirtschaft.* Unveröffentlichtes Manuskript für das Denkwerk Zukunft. Bonn.
- White, Lawrence H., 2010: The Rule of Law or the Rule of Central Bankers? In: *Cato Journal* 30(3), 451–463.
- , 2011: A Gold Standard with Free Banking Would Have Restrained the Boom and Bust. In: *Cato Journal* 31(3), 497–504.
- Williams, Colin C., 1996: The New Barter Economy: An Appraisal of Local Exchange and Trading Systems (LETS). In: *Journal of Public Policy* 16(1), 85–101.
- Williams, Colin C., et al., 2001a: Bridges into Work? An Evaluation of Local Exchange and Trading Schemes (LETS). In: *Policy Studies* 22(2), 119–132.
- , 2001b: Local Exchange and Trading Schemes (LETS): A Tool for Community Renewal? In: *Community, Work and Family* 3/4, 355–361.

- Xiaochuan, Zhou, 2009: *Reform the International Monetary System*. BIS Review 41. Basel: Bank for International Settlements. <www.bis.org/review/r090402c.pdf> [26.9.2012]
- Zarlenga, Stephen, 2002: *The Lost Science of Money: The Mythology of Money, the Story of Power*. Valatie, NY: American Monetary Institute.
- Zoellick, Robert, 2010: The G20 Must Look beyond Bretton Woods II. In: *Financial Times*, 7. November 2010. <www.ft.com/intl/cms/s/0/5bb39488-ea99-11df-b28d-00144feab49a.html#axzz14dKEeR16> [30.9.2012]

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 12/11
J. Kim
How Politics Shaped Modern Banking in Early Modern England: Rethinking the Nature of Representative Democracy, Public Debt, and Modern Banking

DP 12/10
H. Callaghan
Economic Nationalism, Network-based Coordination, and the Market for Corporate Control: Motives for Political Resistance to Foreign Takeovers

DP 12/9
P. Balsiger
Competing Tactics: How the Interplay of Tactical Approaches Shapes Movement Outcomes on the Market for Ethical Fashion

DP 12/8
M. Lutter
Wem wird gegeben? Matthäus-Effekte und geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt für Filmschauspieler

DP 12/7
M. Lutter
Soziale Strukturen des Erfolgs: Winner-take-all-Prozesse in der Kreativwirtschaft

DP 12/6
F. W. Scharpf
Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Polity and Its Collapse in the Euro Crisis

DP 12/5
M. Höpner, A. Schäfer
Integration among Unequals: How the Heterogeneity of European Varieties of Capitalism Shapes the Social and Democratic Potential of the EU

DP 12/4
J. Beckert
Capitalism as a System of Contingent Expectations: Toward a Sociological Microfoundation of Political Economy

DP 12/3
J. Rössel, J. Beckert
Quality Classifications in Competition: Price Formation in the German Wine Market

DP 12/2
C. Deutschmann
Capitalism, Religion, and the Idea of the Demonic

DP 12/1
M. Höpner, M. Waclawczyk
Opportunismus oder Ungewissheit? Mitbestimmte Unternehmen zwischen Klassenkampf und Produktionsregime

MPIfG Books

M. R. Busemeyer, C. Trampusch (eds.)
The Political Economy of Collective Skill Formation
Oxford University Press, 2012

R. Mayntz (ed.)
Crisis and Control: Institutional Change in Financial Market Regulation
Campus, 2012

T. Paster
The Role of Business in the Development of the Welfare State and Labor Markets in Germany: Containing Social Reforms
Routledge, 2012

B. Rehder
Rechtsprechung als Politik: Der Beitrag des Bundesarbeitsgerichts zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Deutschland
Campus, 2011

J. Beckert, P. Aspers (eds.)
The Worth of Goods: Valuation and Pricing in the Economy
Oxford University Press, 2011

U. Dolata
Wandel durch Technik: Eine Theorie soziotechnischer Transformation
Campus, 2011

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de

Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)*, which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.